

Protokoll

SPD

Nordrhein-Westfalen



**5. Ordentlicher
Landesparteitag
Nordrhein-Westfalen**

am 16. Juni 1979
in Herne – Kulturzentrum

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Eröffnung und Begrüßung	5 – 8
2. Konstituierung des 5. Ordentlichen Landesparteitages	11
3. Beschlußfassung über	
a) Tagesordnung	15
b) Geschäftsordnung	15
4. a) Bericht über die Arbeit in der Landespolitik	19 – 24
b) Bericht über die Arbeit der Landeskontrollkommission	25
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission	29
6. Behandlung der Anträge und Entschlieûungen	
– Antragsspiegel	33 – 40
– Wortlaut der beschlossenen Anträge	41 – 62
– Wortlaut der überwiesenen Anträge	63 – 65
7. Wahlen	69 – 70
8. Schlußwort	73
Presseschau	77 – 91

1. Eröffnung und Begrüßung

Antje HUBER, MdB,
stellvertretende SPD-Landesvorsitzende:

„Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste!

Acht Jahre nach der Gründung der nordrhein-westfälischen Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei führen wir heute den 5. Ordentlichen Landesparteitag durch — knapp elf Monate vor der Landtagswahl, mit der die Weichen gestellt werden in dem größten und wichtigsten Bundesland. Wir sind zusammengekommen, um Bilanz ohne Schönfärberei zu ziehen und ohne Scheu, aber in richtiger Verantwortung die Probleme anzugehen, die wir heute haben, um dadurch Signale zu setzen für unsere künftige Arbeit, aber auch für die künftige Entwicklung.

Wir begrüßen auf diesem, unserem 5. Ordentlichen Landesparteitag zunächst unseren früheren Ministerpräsidenten, ehemaligen Landesvorsitzenden und jetzigen Europaabgeordneten **Heinz Kühn**.

Wir begrüßen die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, unsere Genossin **Annemarie Renger**.

Wir begrüßen alle Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europaparlament und insbesondere am heutigen Tage

den Oberbürgermeister der Stadt Herne, **Manfred Urbanski**.

Ein besonderer Gruß gilt dem Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks **Siegfried Bleicher**. Wir begrüßen auch den Vorsitzenden des DAG-Landesverbandes **Horst Günther**. Wir heißen willkommen die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen von Nordrhein-Westfalen und die Damen und Herrn der Auslandsvertretungen. Ganz besonders begrüßen wir unseren engen Freund aus der Israeli-schen Arbeiterpartei **David Frankfurter**.

Wir begrüßen die Vertreter der befreundeten Organisationen: der Arbeiterwohlfahrt, der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, der Falken, der Friedrich-Ebert-Stiftung und außerdem die hier anwesenden Vertreter der Presse.

Ein besonderer Dank sollte von uns allen heute morgen an die Bergmannskapelle der Schachanlage Konsul gehen, die uns zum Auftakt gespielt hat.

Der Parteitag ist eröffnet.“



Manfred URBANSKI,
Oberbürgermeister der Stadt Herne:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen!

Das Revier, der Emscher-Lippe-Raum, hat sich über viele Jahrzehnte hinweg nicht der Gunst der Mächtigen und Regierenden erfreut. Das ist, ich stelle es mit Freude fest, in den letzten zehn, fünfzehn Jahren besser geworden. Das Wort, „daß im Revier keine Kasernen, aber auch keine Hochschulen sein dürfen“, gilt nicht mehr. Wir in den Städten und Kommunen des Ruhrgebietes wissen zu schätzen, daß anerkannt wird, daß neben der schweren Arbeit auch das Recht auf Bildung, auf Lebensqualität in den Vordergrund gerückt wird.

Von da aus freut es uns, daß im Rahmen der vielfältigen Aktivitäten dieser 5. Landesparteitag in Herne stattfindet. Ihnen allen, Genossinnen und Genossen, gilt der Gruß der Bürgerschaft unserer Stadt.

Wir hoffen, daß auch auf diesem Parteitag weitere Beschlüsse gefaßt werden, die uns bei der Bewältigung unserer Probleme helfen. Ausgehend von Castrop-Rauxel am 8./9. Mai über diesen Landesparteitag, über Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl wird sicher zu berücksichtigen bleiben und zu sehen sein, was Sozialdemokraten geleistet haben.

Wir sind in Herne eigentlich sehr stolz darauf, daß wir zwar am letzten Sonntag auch ein paar Federn lassen mußten, aber mit unserem Ergebnis bei der Europawahl immer noch über die 60-Prozent-Grenze gekommen sind.

Alle hier Anwesenden im Saal wissen wieviel Beharrlichkeit, wieviel Fleiß und wieviel Arbeit dazu gehört.

Wir hoffen und wünschen, daß wir auch in Zukunft Unterstützung und Hilfe für unsere weitere Arbeit in dieser Stadt finden werden. Ich möchte aber die Gelegenheit auch nutzen, um schon ein erstes Dankeschön zu sagen. Ein Dankeschön an Rat und Verwaltung dieser Stadt, an die Landesregierung und hier in erster Linie an Johannes Rau; denn die ersten Auswirkungen der vielfältigen Bemühungen um die Bewältigung unserer Probleme sind feststellbar. Wir wünschen und hoffen, daß sich das fortsetzen wird für uns alle.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Kulturzentrum, in dem der 5. Landesparteitag stattfindet, ist vor etwas mehr als zweieinhalb Jahren eröffnet worden. Während der Eröffnungsveranstaltung wurde auch gesagt, daß es ein Haus des Bürgers sein solle.

Wir glauben, daß nach zweieinhalb Jahren alle Gesellschaftsschichten unserer Stadt dieses Haus angenommen haben.

Ich hoffe und wünsche, daß Sie sich in den Räumlichkeiten nicht nur wohlfühlen, sondern daß sie inspiriert werden zu fruchtbarer Arbeit. Der Tagung viel Erfolg und ein herzliches Glückauf!

Rede von Hermann Heinemann

Hermann HEINEMANN,
SPD-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen des Bezirkes Westliches Westfalen sage ich Euch ein herzliches Willkommen. Wir freuen uns, daß der 5. Landesparteitag in unserem Bezirk durchgeführt wird, in einer Stadt unseres Bezirkes, von der der Oberbürgermeister Manfred Urbanski vorhin mit Stolz sagte, daß mehr als 60 Prozent ihrer Bürger bei der Europawahl sozialdemokratisch gewählt haben. Bei der Europawahl sind aber auch im Revier nicht alle Blümenträume gereift. Es hätte ein bißchen mehr sein können und es wäre ein bißchen mehr gewesen bei einer höheren Wahlbeteiligung, wenn wir die Wähler in den Arbeitergebieten stärker zur Urne bekommen hätten. Aber dennoch, Genossinnen und Genossen: In den Städten des Reviers, im Ballungsraum Herne wie auch in den anderen Städten sind für die Sozialdemokratische Partei Mehrheiten von mehr als 50 Prozent bis über 60 Prozent zustandegekommen. Wieder einmal ist der Versuch der CDU — seit Adenauers Zeiten von Biedenkopf immer wiederholt — im Ballungsraum an der Ruhr fehlgeschlagen, in den Städten die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Wir in diesem Bereich werden nicht selbstgefällig werden, sondern

wie bisher auf der Vertrauensbasis der Bevölkerung weiterarbeiten.

Die Bevölkerung hat die Leistungen der SPD in diesem Raum bei den Wahlen honoriert. Die Bevölkerung dieses Gebietes kann unterscheiden zwischen dem Bemühen der Sozialdemokraten, die Probleme dieses Raumes zu erkennen und sie zu lösen und sie kann unterscheiden zwischen diesen Bestrebungen und der politischen Schauspielerei à la Biedenkopf.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, in der vor uns liegenden Zeit mitzuhelfen, auch für die Zukunft in diesem Ballungsraum wie in den ländlichen Gebieten unseres Bezirks für die Landtagswahl gute sozialdemokratische Ergebnisse zu bekommen. Das wird uns gelingen, wenn sich die Partei auf die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner konzentriert.

Dieser Landesparteitag sollte erste Schritte in diese Richtung tun. Ich wünsche ihm dafür viel Erfolg und ein herzliches Glückauf!



Willi POHLMANN, MdL,
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Herne:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

im Auftrag des Unterbezirks Herne begrüße ich Euch zu dem heutigen Landesparteitag herzlich. Ich tue dies zugleich im Namen von fünfeinhalbtausend Sozialdemokraten in dieser Stadt, die dem Landesvorstand sehr dankbar sind, daß er diesen Landesparteitag nach Herne gelegt hat. Wir in der Parteiorganisation fassen dies auch als eine Ermutigung für unsere weitere Arbeit auf. Die Stadt Herne ist mit ihren fast 190 000 Einwohnern nach dem Zusammenschluß von Herne und Wanne-Eickel eine Stadt, die über fast ein Jahrhundert vom Bergbau bestimmt und geprägt wurde. Der Oberbürgermeister hat die Probleme, die uns hier in dieser Stadt bedrücken, nur kurz angerissen. Es sind Schwierigkeiten, liebe Genossinnen und Genossen, die nicht nur uns in Herne, sondern viele Städte im Emscher-Lippe-Bereich betroffen haben.

Aber ich möchte diese Probleme hier nicht vertiefen, sondern ein paar Worte sagen zu dem, daß mit der Entwicklung des Bergbaus in dieser Stadt auch die politische Entwicklung, insbesondere auch die der SPD, einhergegangen ist.

Diese Partei hat in dieser Stadt eine gute Tradition. Es gab bereits 1870 die ersten Sozialdemokraten in Herne, wenn auch damals noch in einer ungefügten Organisation. Es ist

sicherlich interessant zu wissen, daß die SPD in Herne 1898 bereits 18 Mitglieder hatte, zu einer Zeit, als Herne gerade dabei war, sich aus einem Dorf zu einer Stadt zu entwickeln. 1909 waren es bereits 427 Männer und 180 Frauen und bei Ausbruch des Weltkrieges 1914 waren bereits 800 Bürger dieser Stadt Mitglied der SPD.

Vielleicht ist noch ein anderes kleines Detail am Rande von Interesse: der Wahlanteil der Sozialdemokraten bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1907 betrug bei 7618 Wahlberechtigten bereits 3158 Stimmen für die SPD.

Wenn ich gesagt habe, liebe Genossinnen und Genossen, daß die SPD in dieser Stadt eine gute Tradition hat, so möchte ich ergänzen, daß bereits 1903 der damalige Bergarbeiterführer Otto Huc im Wahlkreis Herne-Bochum trotz des Dreiklassenwahlrechtes diesen Wahlkreis für die Sozialdemokraten erobert hat und damit als erster Sozialdemokrat in den Reichstag entsandt wurde. Er wurde 1913 abgelöst durch eine Frau, durch die Genossin Berta Schulz, die dieses Mandat wahrgenommen hat, bis 1933 ihr die Nazis dies entzogen haben.

Die Tradition der engen Verknüpfung von SPD und Bergbau hat sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt: der erste Bundestagsabgeordnete hier in dieser Stadt war der

damalige Vorsitzende der IG Bergbau Heinrich Imig und zur Zeit ist Walter Arendt im Wahlkreis Herne als Bundestagsabgeordneter tätig.

Diese Stadt hat nach dem Kriege die fragwürdig-anerkennde Bezeichnung „Goldene Stadt“ gehabt. Vielleicht haben wegen dieser Bezeichnung „Goldene Stadt“, die dadurch, daß diese Stadt bei den Bombenangriffen erstaunlicherweise nahezu unzerstört geblieben ist, zustandekam, nach dem Kriege sehr viele Kongresse der Gewerkschaften und der Parteien hier in Herne stattgefunden. Unter anderem — einige werden es sicherlich wissen — sind in einer sehr wichtigen Sitzung des Parteivorstandes nach dem Kriege die sogenannten „Herner Beschlüsse“ gefaßt worden. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, Carlo Schmid und andere sind in großen Versammlungen hier aufgetreten.

Eine weitere wichtige Konferenz war die erste Reichskonferenz der Sozialistischen Jugend Die Falken, die 1948 hier stattgefunden hat unter dem Vorsitz von Erich Lindstaedt, im übrigen die einzige Reichskonferenz, die die Falken nach dem Kriege noch durchführen konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen, Sozialdemokraten waren es auch, die nach den beiden Weltkriegen durch ihr persönliches und mutiges Auftreten dazu beigetragen haben, daß diese Stadt neu aufgebaut und neu entwickelt wurde.

So haben zum Beispiel die Arbeiter- und Soldatenräte mit führenden Sozialdemokraten an der Spitze hier beim sogenannten Kapp-Putsch verhindert, daß diese Stadt in ein Schlachtfeld verwandelt wurde. Auch 1945 haben wiederum Sozialdemokraten beherzt die Initiative zum Wiederaufbau ergriffen und damit den Grundstein für ein Erbe gelegt, das wir Jüngeren dann übernehmen konnten.

Vorhin haben Manfred Urbanski und auch Hermann Heine mann auf die Wahlergebnisse der Europawahl hingewiesen.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, auch bei den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen Prozentanteile von über 60 in dieser Stadt gehabt..

So sehr wir auf diese Ergebnisse stolz sind und uns über die Anerkennung der Bevölkerung in dieser Stadt für unsere Partei freuen, so wissen wir aber auch, daß dies uns nicht übermütig machen darf: Ein solches Vertrauen muß immer neu erkämpft werden. Wir haben nicht vergessen, daß dieser Erfolg uns nicht etwa in den Schoß gefallen ist, sondern in den Jahren 1953 und 1957 beispielsweise dieser Wahlkreis noch knapp an die CDU gefallen ist und wir erst in mühevoller Arbeit diese Anerkennung in der Bevölkerung gefunden haben.

Alles in allem: unsere Partei kann sich auf die SPD in Herne verlassen. Wir haben unsere Sorgen in dieser Stadt. Wir bejammern sie nicht, aber wir meinen, daß sie aufgezeigt und überwunden werden müssen.

Die Bevölkerung dieser Stadt ist nüchtern und sachlich genug, um zu erkennen, daß die über 30 000 Arbeitsplätze im Bergbau, die größtenteils unter der Erde gelegen haben, nicht von heute auf morgen durch Arbeitsplätze über der Erde ersetzt werden können. Für die Hilfen, die das Land bietet, sind wir dankbar. Wir wissen, daß wir uns auf unsere Genossinnen und Genossen in der Landespartei und in der Landesregierung verlassen können. Was wir an Eigenhilfe zu leisten haben, haben wir getan und werden wir auch weiterhin einbringen.

So hoffen wir, daß der Landesparteitag der SPD 1979 an die gute Tradition der SPD in dieser Stadt anknüpft. Wir hoffen und wünschen, daß von diesem Landesparteitag in Herne Impulse ausgehen für unsere Partei, Impulse, die sich positiv auswirken werden auf die kommenden Wahlen. Ich wünsche in diesem Sinne dem Landesparteitag einen guten Verlauf und ein herzliches Glückauf!

2. Konstituierung

Konstituierung des 5. Ordentlichen Landesparteitages

Auf Vorschlag des Landesvorstandes wählen die Delegierten einstimmig nachstehende Genossinnen und Genossen in die Parteitagegremien:

a) PRÄSIDIUM

Eleonore Gullenstern	Bezirk Niederrhein
Helmut Hellwig	Landesvorstand
Hilde Junker-Seeliger	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hans Peters	Bezirk Westliches Westfalen
Jürgen Wilhelm	Bezirk Mittelrhein

b) MANDATSPRÜFUNGS-KOMMISSION

Max Archimowitz	Bezirk Niederrhein
Hans Kalkbrenner	Bezirk Mittelrhein
Karl Mirus	Bezirk Westliches Westfalen
Wilfried Mittelberg	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Rainer Verhoeven	Bezirk Westliches Westfalen

c) WAHLKOMMISSION

Günter Essen	Bezirk Niederrhein
Günter Harke	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Günter Holthoff	Bezirk Niederrhein
Norbert Januschowski	Bezirk Westliches Westfalen
Hans Kalkbrenner	Bezirk Mittelrhein
Klaus Kohts	Bezirk Westliches Westfalen
Volker Lindlar	Bezirk Mittelrhein
Heinrich Tiekötter	Bezirk Ostwestfalen-Lippe

**3.
Beschlufassung
über Tagesordnung
und Geschäftsordnung**

Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

a) TAGESORDNUNG

Auf Vorschlag des Präsidiums erklärten sich die Delegierten damit einverstanden, die zu Punkt 7 der Tagesordnung vorgesehenen Wahlen während der Antragsberatung durchzuführen.

Im übrigen wurde der Vorschlag zur Tagesordnung einstimmig angenommen.

1. Eröffnung und Begrüßung;
2. Konstituierung des 5. Ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums,
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission,
 - c) Wahl der Wahlkommission;
3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung,
 - b) Geschäftsordnung;
4. a) Bericht über die Arbeit in der Landespolitik
Berichterstatler: Johannes R a u ,
b) Bericht über die Arbeit der Landeskontrollkommission
Berichterstatler: Karl M i r u s ,
— Aussprache —;
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
6. Behandlung der Anträge und Entschließungen;
7. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden,
 - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden,
 - c) der Beisitzer,
 - d) eines Mitgliedes des Parteirates,
 - e) der Landeskontrollkommission;
8. Schlußwort.

b) GESCHAFTSORDNUNG

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde einstimmig angenommen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß der Satzung (§§ 6 und 9) des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.
Hintereinander werden gewählt:
der Landesvorsitzende,
die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen,
die Beisitzer,
das Mitglied des Parteirates sowie
die Mitglieder der Landeskontrollkommission.
Im übrigen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt.
Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativanträge.
Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (5. Mai 1979) nicht absehbar war.
Antragsschluß für Initiativanträge ist der 16. Juni 1979, 11.00 Uhr.
Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von dreißig Delegierten aus zwei Bezirken.
6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatler können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
12. Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen ist der 16. Juni 1979, 11.00 Uhr.

4.

**Bericht über die Arbeit
in der Landespolitik**

**Bericht über die Arbeit
der Landeskontrollkommission**



Berichterstatler: Johannes R A U

Liebe Genossinnen und Genossen,
meine Damen und Herren!

Wer über zwei Jahre Arbeit der Sozialdemokraten in unserem Land berichtet, der kann nicht alles Geschehene darstellen. Am 25. Juni 1977 haben wir einen Landesparteitag gehabt, der im öffentlichen Echo von der dort geschehenen Personalentscheidung bestimmt war. Viele haben dabei zu wenig erkannt, daß dieser Landesparteitag in Duisburg auch wichtige Entscheidungen in der Sache getroffen hat und daß wir mit diesem Landesparteitag in Duisburg Akzente gesetzt, Richtungen vorgegeben und Entscheidungen vorbereitet haben für die Gesamtpartei und für den Bundesparteitag in Hamburg.

Der energiepolitische Kompromiß, der in Hamburg zustande gekommen ist, die Linie, die wir in Duisburg gefunden haben auch für die Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik — beide haben ihren Ausgang beim Landesparteitag in Duisburg.

Von heute aus und heute kommt es nun darauf an, die Richtung mitzubestimmen für den Bundesparteitag in Berlin, deutlich zu machen: Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen mit ihren 300 000 Mitgliedern stehen in der Verantwortung, wollen diese Verantwortung wahrnehmen, wollen die stärkste Kraft in der Bundesrepublik sein und wollen mit ihrem Tun und Handeln, mit ihrem Reden und mit ihrem Gespräch mit dem Bürger die Voraussetzung dafür schaffen, daß Helmut Schmidt im Oktober 1980 wieder Bundeskanzler wird.

Alles, was von heute an geschieht — die Kommunalwahl am 30. September, die Landtagswahl am 11. Mai —, alles das wird publizistisch und im Bewußtsein der Bürger ausgerichtet sein

und ausgerichtet sein müssen auf den großen Wettbewerb, der im Oktober nächsten Jahres zwischen Helmut Schmidt und Mister X stattfinden wird.

Wir beteiligen uns als Sozialdemokraten nicht an dem gegenwärtigen Schönheitswettbewerb zwischen Albrecht und Strauß. Wir überlassen die Entscheidung, wer an der Spitze der Union in den Wahlkampf gehen soll, denen, die in der CDU Verantwortung tragen und die in den letzten Tagen mehr gereist sind und mehr über die Landesgrenzen hinausgereist sind, als das dieser Partei gut tut.

Wir haben vor zwei Jahren einen Parteitag gehabt, der unsere Kräfte gesammelt und gebündelt hat. Dann sind wir am 4. März 1978 in Leverkusen zusammengewesen und haben einen kommunalpolitischen Sonderparteitag gehabt, dessen Entscheidungen und Ergebnisse zwar umgesetzt, aber längst noch nicht ausgeschöpft sind in dem, was wir dem Bürger über unsere Verantwortung in den Gemeinden zu sagen haben.

Das, was wir dort an Bereitschaft zur Bürgernähe im praktischen Tun proklamiert haben, ist noch nicht allen deutlich geworden und deshalb muß es von heute an deutlich werden, daß unser Ziel ist, Mehrheiten in den Gemeinden zu verstärken und da zu erringen, wo wir sie noch nicht haben. Es war kein gutes Wort von Horst-Ludwig Riemer auf dem F.D.P.-Parteitag zum Machtkartell der Oberbürgermeister, aber der Hinweis auf dieses Machtkartell der Oberbürgermeister veranlaßt mich zu sagen: „Da sind noch Plätze frei, da müssen noch einige hinzukommen, der Kreis muß erweitert werden.“ Und ich füge hinzu: Das gilt nicht nur für Oberbürgermeister, das gilt auch für Bürgermeister. Denn wir haben gelernt — und die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und im Saarland haben es uns gezeigt —, wir haben unsere Zuwachsraten und unsere Zuwachschancen im ländlichen Bereich längst noch nicht ausgeschöpft. Da werden wir einiges hinzulegen müssen und hinzulegen können.

Wenn man uns fragt — und auch auf diesem Parteitag hier wird gefragt werden — welche Kommunalpolitik wir wollen, dann sagen wir: Nicht Ausweitung der öffentlichen Verwaltung, aber Verbreiterung des öffentlichen Dienstes als Service für den Bürger. Dann sagen wir: Eine Kommunalpolitik, die die Planung für die Beteiligung des Bürgers öffnet und die ihn Anteil nehmen läßt an den Entscheidungen, die für lebenswerte Städte und Gemeinden nötig sind. Dann sagen wir: Beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik auch in den Gemeinden! Die Gemeinden müssen die ersten sein, die den Kampf mit der Arbeitslosigkeit aufnehmen und weiterführen und dafür Platz schaffen in den Haushalten der Städte. Dann sagen wir: Umweltschutz nicht als die große Diskussion allein um die Standorte von Kraftwerken, sondern Lärminderungspläne in den Städten und Gemeinden und Lärmschutz da, wo die Bürger wohnen und wo die Bürger in Ruhe wohnen möchten. Wenn wir gefragt werden nach unserer Kommunalpolitik, dann sagen wir: Diese Städte in Nordrhein-Westfalen, die bundesweit und darüber hinaus immer mißverstanden werden als Orte von Dreck und Malochs, die sind auch die Stätten der Freizeit — und unsere Revierparks und Grünflächen machen das Monat für Monat deutlicher — und wir erweitern die Grünflächen im Land.

Kommunalpolitik — das heißt für uns: Hineinnehmen der Familienpolitik an den Ort der eigentlichen Entscheidungen, und das ist die Gemeinde. Dann heißt das für uns auch, daß wir kindergerechte Städte und Gemeinden haben wollen und daß wir eine Politik für Kinder machen wollen, bei der man in den Städten und Gemeinden danach fragt, ob da eigentlich gern jemand Kind ist und ob man da gerne Kinder hat; das ist uns lieber als alles bevölkerungspolitische Gerede, als könnten wir mit Prämien dafür sorgen, daß unser Volk größer wird!

Wir wollen nicht, daß unser Volk durch Prämien größer wird, aber wir wollen dafür sorgen, daß durch die Art, wie wir mit-

einander leben, mehr Menschen in unseren Städten und Gemeinden Freude am Leben haben. Deshalb ist das wichtigste Datum, das jetzt vor uns steht, der 30. September, der Tag, an dem die Sozialdemokraten bewußt und gewollt und erkennbar auf den Prüfstand gehen und sich der Meinung und dem Votum der Wähler stellen.

Ein Landesparteitag, von dem ich zu berichten habe, ist der Sonderparteitag, den wir am 17. September 1978 gehabt haben. Da fand das statt, was Heinz Kühn immer wieder den „Stafettenwechsel“ genannt hat.

Ich will bei diesem ersten Parteitag, in dem ich in der Doppelfunktion des Ministerpräsidenten und des Landesvorsitzenden spreche und bei dem also auch etwas von der Rechenschaft über die ersten zehn Monate gesagt werden muß, noch einmal ein Wort des Dankes an Heinz Kühn richten, der dieses Land geprägt hat wie kein anderer vor ihm und dem ich nachzueifern möchte.

Laßt mich, Genossinnen und Genossen, von den beiden Parteitagstagen im Juni 1977 und im September des vergangenen Jahres her noch einen Gedanken aufgreifen. Ich bin ja bei diesen beiden Parteitagstagen gewissermaßen Spezialist für knappe Mehrheiten geworden. Ich will das ändern: es muß mehr werden am 11. Mai des nächsten Jahres!

Aber mir geht es hier um einen anderen Hinweis: Ich habe bei jedem dieser beiden Parteitage je einen Konkurrenten gehabt und ich möchte angesichts des Personalgerangels der CDU/CSU deutlich und dankbar feststellen: drei Konkurrenten in zwei Jahren sind heute unverbrüchliche Freunde in einem Kabinett und arbeiten zusammen und helfen sich gegenseitig. Und wenn ich aus der Zahl derer, die mir in diesen Jahren geholfen haben, niemanden hier nennen kann, dann meine ich, ein Wort des Dankes an Friedhelm Farthmann und Diether Posser für diese Gesinnung und diese Tatsache und Handlung gewordenen Gesinnung sei bei diesem Parteitag angemessen.

Nun erleben wir in der Opposition unseres Landes ein interessantes Spiel. Interessante Spiele sieht man oft mit Wohlbehagen. Aber ich gestehe, daß mich gelegentlich auch Sorge umschleicht, wenn ich sehe, was da stattfindet. Heinrich Köppler und Kurt Biedenkopf — die beiden haben sich ja erst Anfang dieses Jahres gegenseitig entdeckt, als sie gemeinsam an die Arbeit gingen, um Helmut Kohl zu demontieren. Nach dieser Demontage Kohls sind sie nun bei einer interessanten Arbeitsteilung: der eine kriegt das Feld für landespolitische Sprüche und der andere darf in Bonn und von Bonn aus mit Franz-Josef Strauß die CDU nach rechts rücken. Das ist die Arbeitsteilung zwischen Köppler und Biedenkopf.

„Dies Land ist keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“, das wird der Wähler sehen und sagen.

Seit 1970 dreht Heinrich Köppler jeden Dienstag um 14.00 Uhr im Landtag die Gebetsmühle seiner Pressekonferenz. Und außer den Grußworten hat er noch drei Worte, die kommen in jeder dieser Pressekonferenzen vor: Die Regierung ist entscheidungsarm, führungsschwach und verbraucht. Das ist seit Juli 1970 die These von Heinrich Köppler. Wir werden dafür sorgen, daß er diese Gebetsmühle mindestens bis 1985 immer wieder drehen kann, wenn ihm schon nichts anderes einfällt. Die Vollmundigkeit, mit der Heinrich Köppler solche Thesen verbreitet, sagt aber nichts über unsere Art des Regierens und des Handelns. Wenn eine Politik gewissenhaften Nachdenkens und breiter Diskussion mit nichts anderem als solchen Vokabeln bezeichnet wird, dann sagt das doch nichts über unsere Politik, sondern nur etwas über die Vollmundigkeit und Leichtfertigkeit, mit der Köppler politisch handelt. Wir werden das nicht hinnehmen und wir werden zeigen — und ich hoffe, dieser Tag zeigt uns die Entscheidungen, die wir getroffen haben und die wir dem Bürger erläutern —: Dies ist nicht die

Situation unseres politischen Handelns, dies ist nicht die Situation, von der wir auszugehen haben, aber: Eine Union im Zerfall, eine Union, die im Personalgerangel vollbeschäftigt ist, fällt für Sachfragen aus und schlingert herum und hat nicht mehr anzubieten als die Monotonie ihrer Gebetsmühle.

Wir haben, Genossinnen und Genossen, vor einer Woche die Europawahl gehabt, die schon auf vielfache Weise kommentiert worden ist. Ich will die Kommentare zu dieser Wahl hier nicht noch einmal wiederholen und ich will nicht alles, was zu dieser Wahl zu sagen wäre, vorwegnehmen, bevor die Einzelanalysen vorliegen. Ich möchte auf zwei Dinge hinweisen:

Erstens hat sich erwiesen, daß niedrige Wahlbeteiligung sich negativ für Sozialdemokraten auswirkt. Wir müssen alles tun, um die Wähler für drei Wahlen zu mobilisieren — das ist die stärkste Herausforderung für unsere Partei, die es in der Geschichte unserer Partei nach 1945 je gegeben hat.

Zweitens müssen wir darauf achten, daß die drei Prozent Grünen sich nicht stabilisieren und vermehren und daß wir die Sorgen und die Nöte derer aufnehmen, denen es um mehr geht als um Grünflächen, bei denen Lebensängste angesprochen sind, die gerne wissen möchten, ob die Parteien glaubwürdig politisch handeln.

Wir dürfen diese drei Prozent nicht zu den Sektierern der Politik machen. Aber wir müssen hinzufügen: Unser eigentliches Potential liegt bei denen, die in Nordrhein-Westfalen immer noch irrtümlich CDU wählen, da gilt es anzusetzen.

Viele haben übersehen, daß, gemessen an der Landtagswahl 1975, der Abstand zwischen SPD und CDU geringer geworden ist. Es sind nur noch 1,2 Prozent zugunsten der CDU. Nicht nur die sind zu schaffen, sondern wir müssen ins Plus kommen: Die Sozialdemokraten müssen die stärkste Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen werden, wie sie es von 1966 an gewesen sind.

Das aber geschieht nicht mit vollmundigen Sprüchen, sondern das geschieht mit verantwortlichem Handeln. Und so laßt mich an fünf Punkten zu zeigen versuchen, wie wir verantwortlich gehandelt haben.

Als wir beim Landesparteitag am 17. September des vergangenen Jahres in Duisburg waren, hat viele unter uns die Problematik der Lohnsummensteuer beschäftigt. Da lagen wir in einem offenen Dissens mit unseren Freunden in der Bundesregierung. Dieser offene Dissens hat uns sehr geschmerzt. Er hat uns deshalb sehr geschmerzt, weil wir ja wissen, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen und die SPD im Bund unverbrüchlich zusammengehören. So wie wir ohne Helmut Schmidt bei der Landtagswahl nicht gewinnen können, so haben wir bisher in Nordrhein-Westfalen stets dafür gesorgt, daß in Bonn von 1966 an Sozialdemokraten regieren konnten. Das ist ein Pakt auf Gegenseitigkeit.

Es ist uns gelungen, den Streit um die Lohnsummensteuer nicht nur zu schlichten, sondern zu entscheiden. Das Kabinett wird am kommenden Dienstag den Ausgleich der Lohnsummensteuer so befinden, daß dabei die Beschlüsse des letzten Landesparteitages realisiert werden und daß die Gemeinden das ihnen Zugesagte und das ihnen Zukommende erhalten.

Die zweite Entscheidung, die wir zu treffen hatten, war schwer genug: die Entscheidung in Sachen Kalkar.

Nun ist Kalkar eines der Reizworte in der innerparteilichen Diskussion. Ich bitte alle diejenigen, die gegenüber dieser unserer Entscheidung Vorbehalte und Bedenken haben, die sie für falsch halten, sich noch einmal durchzulesen, was wir gemeinsam mit unseren Freunden im Bund eingearbeitet haben in die Dezemberentscheidung des Bundestages und welches

Sicherheitssystem in dieser EntschlieÙung des Deutschen Bundestages steht, damit deutlich wird, was wir vor zwei Jahren gesagt haben:

Bei der Kernenergie gibt es einen Vorrang der Sicherheit und einen Vorrang der Gesundheit der Bürger, und wir werden keine weitere Tellerrichtungsgenehmigung erteilen, bevor nicht die Enquete-Kommission des Bundestages unser Wissen geschärft, unseren Sachverstand erhöht, unsere Entscheidung möglich gemacht hat. Dabei bleibt es.

Das Dritte, was wir zu tun hatten und was sich aus der Regierungserklärung ergab, ist das, was mit dem Stichwort Ruhrgebietskonferenz angesprochen ist. Ich werde diese Ruhrgebietskonferenz auch nachträglich nicht zu einer SPD-Veranstaltung umstilisieren — das war sie nicht. Ich will sie mir nicht selber als Erfolg zuschreiben. Aber ich werde nicht aufhören, öffentlich zu sagen: Diese Ruhrgebietskonferenz war ein Erfolg für das Revier und wir werden Jahr für Jahr Rechenschaft ablegen, wie sich das Revier verändert, verbessert, wie seine menschlichen Lebensbedingungen und seine Arbeitsbedingungen sich aufgrund des 5-Milliarden-Programms verbessert haben, das wir an die Ruhr geben. Ich sage denen, die nicht aus dem Ruhrgebiet kommen: Blickt nicht neidvoll dahin, denn was sich da tut, ist gut für unser ganzes Land. Wenn das Herz nicht in Ordnung ist, muß der Kreislauf kollabieren. Wir werden das Herz dieses Landes in Ordnung bringen, damit der Kreislauf wieder in Ordnung kommt.

Heute schon möchte ich vorschlagen und anregen — in den Anträgen findet das seinen Niederschlag —: Wir werden deutlich machen, daß das Ruhrprogramm, das wir entwickeln, nur ein Anfang ist. In die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und in das Werben um den Bürger gehen wir Sozialdemokraten mit einem klaren Konzept. Wir brauchen ein NW-Programm 1985, und wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, dann machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin.

Die vierte Entscheidung, die gefallen ist, ist die Abschaffung der Regelanfrage. Viele Genossinnen und Genossen sind da in den letzten zehn Monaten ungeduldig gewesen. Ich glaube, daß diese Ungeduld nicht gerechtfertigt war; denn das, was wir heute dem Parteitag als Ergebnis und als Kabinettsbeschluß darstellen können, ist etwas anderes als das in Rede gewesene Listenmodell, ist etwas anderes als die Wiederholung der Regelanfrage mit anderen Vokabeln. Das ist eine freiheitliche, eine liberale Lösung, die deutlich macht: Sozialdemokraten wollen, daß diese Bundesrepublik — der freiheitlichste Rechtsstaat, der je auf deutschem Boden existiert hat — nicht ins Gerede kommt und nicht abdriftet dadurch, daß ein großer Teil der jungen Generation glaubt, er wäre zum Duckmäusertum verurteilt und es lege sich die Anfrage durch den Verfassungsschutz wie Mehltau über alle Schulen und Hochschulen. Das ist geleistet, das ist geschafft! Das muß nun verbunden werden mit der deutlichen Aussage und mit der Bekräftigung dessen, was wir auf dem Bundesparteitag in Köln gesagt haben: Es ist ganz selbstverständlich und Sozialdemokraten sind die Garanten dafür, daß keiner, der diesen Staat aktiv bekämpft und der diese Verfassung in ihren Grundpositionen abschaffen will, in den öffentlichen Dienst kann. Dabei muß es bleiben.

Das fünfte, was wir erreicht haben, ist die kürzlich getroffene Entscheidung zum 10. Schuljahr. An dieser Stelle möchte ich nun gerne auch ein selbstkritisches Wort sagen und ein kritisches Wort gegenüber dem Partner: Ich stelle vorweg fest, daß die Zusammenarbeit mit der F.D.P. in Koalition und Kabinett gut und erfolgreich ist. Wir können sie fortsetzen und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie fortgesetzt werden kann. Aber eine der Voraussetzungen zur Fortsetzung dieser Koalition ist, daß unsere Entscheidungen

vor dem Bürger deutlicher werden als die Entscheidungsprozesse, die vor der Entscheidung gelegen haben. Es darf nicht so lange öffentlich hin und her gehen, bis die Entscheidung da ist, weil sonst die Wege zuvor, die Schritte dahin in der Partei intensiver diskutiert werden als das, was wir an Veränderungen in der Gesellschaft und an Verbesserungen unserer Lebensbedingungen erreicht haben.

Wir wollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß diese Arbeit fortgeführt werden kann.

Dabei wird die Energiepolitik in diesem Land eines der wichtigsten Felder sein und bleiben neben dem, was mit der Ruhrkonferenz zu erörtern ist.

Zur Ruhrkonferenz haben wir viele positive Stimmen gehört. Bei der Ruhrkonferenz hat sich gezeigt, daß auch Gruppen, die von ihrer Bestimmung her in Konflikten leben — wie Arbeitgeber und Gewerkschaften zum Beispiel — sich um einer Sache willen verbünden können und daß sie ihren Anteil in das einbringen können, was zur Verbesserung der Situation im Ruhrgebiet nun nötig ist. Uns fehlt noch der positive, der erkennbare, der über Etat-Zahlen hinausgehende Beitrag der Opposition zur Situation im Ruhrgebiet. Das einzige, was wir dazu bisher gehört haben, ist der Satz von Birgit Breuel, der niedersächsischen Wirtschaftsministerin, die jetzt schon an den Bund und an unsere Regierung herantritt mit der Sorge, das Ruhrgebiet könnte bevorzugt werden. Wer so denkt, der hat vergessen und übersehen, daß wir im Ruhrgebiet seit 150 Jahren die Kohlen zwar nicht aus dem Feuer, aber aus dem Stroh holen und daß wir gerne die Anerkennung der anderen Länder dafür hätten, daß wir in diesem Lande die Energiepolitik sichern. Nur wenn das anerkannt wird, nur wenn das gesehen wird, nur wenn sich das einmal deutlich



zeigt auch im gesamtstaatlichen Handeln, nur dann können die Sozialdemokraten auf ihre Weise und in dem Land, das das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik sein und bleiben soll, die energiepolitischen Beschlüsse von 1977 durchsetzen und durchhalten.

Wir haben gesagt: Vorrang für die Kohle! Wir haben gesagt: Vorrang für Sicherheit, und das heißt vor allem jetzt: Entsorgungsentscheidungen müssen gefällt werden. Da darf man nicht wie Herr Albrecht ausweichen und weglaufen und, obwohl man es politisch könnte, darauf verweisen, daß die Opposition nicht mittut und sich so aus der Verantwortung stehlen.

Wir wollen und wir werden aus gesamtstaatlicher Verantwortung unter bestimmten Voraussetzungen das Zwischenlager in Ahaus anbieten. Aber wenn ich sage „aus gesamtstaatlicher Verantwortung“, dann heißt das nicht „an Stelle aller anderen, die das nicht zu tun brauchen“.

Wir haben keine Bundesbürgschaft für Albrecht und für Strauß zu übernehmen, nur weil sie keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten! Und das, was der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann dazu gesagt hat, ist nach meiner Überzeugung so wenig verantwortungsvoll, daß wir immer wieder darauf hinweisen müssen: Wir in Nordrhein-Westfalen sind nicht bereit, auch noch für bayerische Kernenergie die Entsorgung sicherzustellen und Herrn Jaumann mit ein paar feuilletonistischen Bemerkungen entkommen zu lassen.

Wenn wir ein solches Ja zum Zwischenlager sagen unter den Bedingungen, die in dem Leitantrag stehen, der Euch heute vorliegt, dann heißt das gleichzeitig – und ich hoffe, der Leitantrag macht das deutlich: Die SPD ist nicht der Kriegsschauplatz für den Glaubenskampf zwischen Kernenergiegegnern und Kernenergiebefürwortern. Aber die SPD wird sich von keiner Partei übertreffen lassen in der Ernsthaftigkeit, mit der sie die Ängste und die Sorgen der Bürger aufnimmt und anhört und in der Gewissenhaftigkeit, mit der sie auf diese Ängste und Sorgen der Bürger antwortet. Das macht der Leitantrag nach meiner Auffassung deutlich.

Wer so glaubwürdig Politik betreibt, wie wir das in diesem Bereich tun – und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist diejenige, die sich nach Harrisburg am wenigsten in ihren Entscheidungen zu korrigieren brauchte, weil sie die behutsamste und die problemorientierteste und deshalb die glaubwürdigste Politik betrieben hat –, der kann das Vertrauen der Bürger gewinnen.

Es muß aber hinzukommen, Genossinnen und Genossen, daß wir in der Energiepolitik neue Wege und andere Schritte gehen, daß wir alternative Energien stärker in die Forschung einbeziehen, daß wir begreiflich machen: Die Kohle ist zu wertvoll, als daß man sie einfach verbrennen darf. Die Methoden der Kohleverflüssigung und Kohlevergasung müssen bei uns mit Vorrang und mit Intensität und mit viel Geld gefördert werden. Das alles steht in dem Programm, das wir nach Castrop-Rauxel erarbeitet haben. Das, was wir an Energie haben, ist auch viel zu wertvoll, als daß wir es einfach durch die Wände und durch die Schornsteine gehen lassen dürfen. Wir brauchen ein Konzept für die Prozeßwärme, wir brauchen ein Konzept, mit dem wir Fernheizsysteme und Abwärmekopplung bei uns in Nordrhein-Westfalen einführen, um damit die mehr als vierzig Prozent, die jetzt verlorengehen, für die Menschen in unserem Lande und für die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen zu nutzen.

Alle diese Probleme werden in den nächsten Wochen und Monaten noch sehr viel dringlicher. Viele Bürger, denen sie jetzt noch nicht bewußt sind, werden erfahren: Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg von Teufel zu Belzebub, aber ein Weg zur besseren Ölversorgung war er nicht. Wir kommen in eine Ölverknappung, bei der Benzinpreiserhöhungen und Heizkostenerhöhungen viele Bürger belasten werden und vielen das wegnehmen werden, was sie bei schwierigen Tarifverhandlungen erreicht und bekommen haben. Und wenn Mietanpassungen und allgemeine Preissteigerungen dazukommen, dann kann in Nordrhein-Westfalen eine ernste und eine schwierige Situation entstehen. Dann müssen Helmut Schmidt und die Bundesregierung und die Landesregierung handeln und ein Konzept haben, um den Menschen bei uns im Land zu helfen, so wie wir das 1973 getan haben, und dann werden wir ein solches Konzept vorlegen. Das geht nicht ohne die Bundesregierung, aber wir weisen früh genug darauf hin, daß hier Probleme von außerordentlicher Bedeutung auf uns zukommen, die den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Monate in Mitleidenschaft ziehen können und bei denen wir hellwach und früh genug nach Lösungen suchen müssen.

Genossinnen und Genossen, die Energiepolitik wird in der Diskussion ganz gewiß einen Teil dieses Parteitages beschäftigen. Es gehört nicht viel Phantasie und Prophetie dazu, das vorherzusagen.

Mir ging es darum, deutlich zu machen: Wir bemühen uns um gewissenhafte Entscheidungen; wir bemühen uns darum, das Pfand, das wir als das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik in der Hand haben, nicht leichtfertig zu verspielen und deutlich zu machen: Die SPD hat die Dimension für die Zukunft und die SPD macht deutlich, in welche Richtung sie gehen will.

Ich würde an dieser Stelle gerne eine Bemerkung machen und ich verspreche, Kurt Biedenkopf dann nicht mehr zu erwähnen. Er ist ja in die Zeitgeschichte nicht, aber doch in die Schlagzeilen eingegangen als der Verfasser und als der Autor eines neuen Fremdwortes, des Wortes „Filzkokratie“. Unter diesem Wort möchte er verstanden wissen, daß die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften unter einer Decke stecken. Ich halte dieses Wort für ein erhebliches Mißverständnis, und ich kann mir das nur so erklären, daß dieses Wort bei Kurt Biedenkopf entstanden ist, weil er Jura zu einer Zeit studiert hat, als Sozialwissenschaft noch kein Pflichtfach war. Denn wäre Sozialwissenschaft damals schon Pflichtfach gewesen, dann wüßte Biedenkopf: Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gemeinsam die Ärmel aufkrempeln, um den Menschen in unserem Land zu helfen, dann ist dies nicht Filzkokratie, dann ist das Gesinnungsgemeinschaft, das ist so gewollt.

Die Erklärungen Siegfried Bleichers zu manchen landespolitischen Aussagen in den letzten Monaten haben deutlich gemacht: Die Gewerkschaften sind kein Akklamationsverein für sozial-liberale Regierungen, sie sind nicht die fünften Kolonnen, die wir da irgendwo haben. Aber deutlich geworden ist wohl auch: Hier geht es um zwei eigenständige Reformbewegungen, die aus einer Wurzel kommen und die diese eigene Wurzel und diese gemeinsame Quelle nicht verleugnen wollen. Wir werden auch in den kommenden zwei Jahren dafür sorgen, daß das Gespräch mit den Gewerkschaften nicht abreißt, daß die Abstimmung dessen, was wir gemeinsam zu tun haben, nicht aufhört, und daß Abgrenzung da stattfindet, wo sie sich aus der Natur der Sache ergibt.

Ein Feld, zu dem ich ein paar Bemerkungen machen muß, ist die Frage der Schulpolitik, in der es in der letzten Zeit eine Reihe von Mißverständnissen gegeben hat.

In den zwei Jahren, aus denen ich zu berichten habe, liegt ja auch – und ich darf und will das nicht verschweigen – das aus unserer Sicht gescheiterte Volksbegehren in Sachen kooperative Schule. Da hat es viele gegeben, die haben die Schuld hin- und hergeschoben; zum Glück sind wir nicht in eine Wählerbeschimpfung hineingeraten. Der Landesvorstand und der Landesvorsitzende nahmen ihren Anteil an Fehleinschätzung, der ihnen unterlaufen ist, auf sich. Aber wir sagen: Das darf uns nun nicht müde machen auf dem Weg, eine kindergerechte Schule in Nordrhein-Westfalen immer stärker Realität werden zu lassen.

Wir dürfen auch den Beschluß des Leverkusener Parteitages nicht vergessen, mit dem wir gesagt haben: Ab 1980 möchten wir, daß die Gesamtschule neben dem herkömmlichen Schulsystem als Angebotsschule flächendeckend eingeführt wird, damit endlich Elternrecht in Nordrhein-Westfalen auch für die Gesamtschule möglich wird.

Genossinnen und Genossen, wer das in die Abschaffung des herkömmlichen Schulsystems ummünzt, der hat uns verfälscht oder mindestens falsch verstanden. Wir haben nicht die Absicht, etwas abzuschaffen. Aber wer von Chancengleichheit redet, der muß auch der Gesamtschule endlich Chancengleichheit einräumen, weil sie nach unserer Meinung die Schule ist, die Menschen mehr fördert, als sie auszusieben und auszuweisen. Diese Schule muß dann auf den Prüfstand. Da sagen wir nicht: „Wir wollen doch erst einmal die wissenschaftlichen Begleitungen suchen.“ Die beste Begleitung, die eine Schule finden kann, ist die durch engagierte Lehrer und durch die

Eltern, die ihre Kinder gern in eine solche Schule schicken. Die wollen wir zusammenbinden in der Angebotsschule der Gesamtschule. Wenn ich von Schule spreche, dann spreche ich von Kindern und von den jungen Leuten in unserer Gesellschaft und da stelle ich fest – ich weiß nicht, wie viele mir darin zustimmen könnten: Wir gehen auf einen neuen Generationskonflikt zu und darüber müssen wir als Partei miteinander sprechen. Es ist das historische Versäumnis der CDU/CSU in den 60er Jahren, daß sie die protestierende junge Generation nicht aufgenommen, nicht angehört und nicht integriert hat. Das hat sie den Sozialdemokraten überlassen. Wir haben es getan und wir haben das geschafft. Dabei haben wir uns Narben geholt, aber es war richtig, das zu tun und die junge Generation der 60er Jahre in die politische Verantwortung hineinzunehmen. Jetzt besteht eine andere Gefahr: die Gefahr, daß viele junge Leute in Staatsverdrossenheit und Staatsverweigerung hineingeraten, bei denen Schulterzucken ihre lebhafteste Bewegung ist. Es besteht andererseits die Gefahr, daß viele der älteren Menschen das Gefühl haben, sie seien nicht mehr vorgesehen, sie würden nicht mehr gebraucht, sie hätten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, sie würden beiseite geschoben.

Ich glaube, daß es die historische Chance der SPD in den 80er Jahren ist, das Gespräch zwischen den Jungen und den Alten in Gang zu bringen, den Alten deutlich zu machen: wir haben für sie mehr Angebote als Autofahrten mit Betreuungsscharakter und Streuselkuchen.

Wir wollen ihnen mit diesem Angebot bis in die Weiterbildung hinein deutlich machen: Wir stehen nicht selbstgerecht auf dem Podest, sondern wir, die wir heute die Verantwortung tragen, wissen, daß wir das, was wir vorhalten und was wir weiterentwickeln wollen, denen verdanken, die dieses Land in den letzten drei Jahrzehnten mit harter Arbeit und mit großem Einsatz so aufgebaut haben, daß es ein schönes und ein lebenswertes Land geworden ist. Wir danken den Alten dafür, daß sie das getan haben. Wir stellen sie nicht in die Ecke, sondern wir holen sie zu uns heran. Das bedeutet aber gegenüber den jungen Menschen, daß wir ihnen die Geduld des Zuhörens zumuten müssen. Dabei gibt es einen guten Ansatz, den nämlich, daß die junge Generation gegenwärtig



Sehnsucht nach Geschichte hat, und daß sie wissen möchte, woher wir kommen und wie wir dahin gekommen sind, wo wir stehen. Wir sollten das aufnehmen. Wenn wir Sozialdemokraten das aufnehmen, dann ist nämlich gesichert, daß Geschichte Gespräch zwischen den Generationen wird und nicht Kriegs- und Militärgeschichte. Dann wird Sozialgeschichte, wird Kulturgeschichte zur Geschichte der Menschheit und dann wird deutlich: Es gibt nicht nur die Blutspur in der Geschichte der Deutschen, es gibt nicht nur jenen Teil der Geschichte, der durch „Holocaust“ wieder vielen bewußt geworden ist und

bei dem der schreckliche Satz der jungen Leute gewesen ist: „Mein Vater schweigt darüber, ich darf ihn darauf nicht ansprechen.“

Wir können diese Mauer des Schweigens zwischen den Generationen aufbrechen. Wenn uns das gelingt, wenn wir das als die Aufgabe der 80er Jahre sehen, Menschen wieder zum Miteinander-Reden zu bringen, dann erst bekommt Politik die Dimension, in der sie in der Wirklichkeit und in der Plackerei unserer Termine zu selten deutlich wird, nämlich: Leben menschlicher zu machen und nicht Flächennutzungspläne in Beton umzusetzen, sondern Menschen zum Miteinander-Reden zu bringen und zum Aufeinander-Hören. Dieser Generationskonflikt kann von uns bewältigt werden. Ich möchte Euch auffordern, dabei zu helfen.

Manche politische Zahl ist bedrückend und manche Wahlergebnisse bei der Europawahl waren nicht gut genug. Aber daß wir in der Mitgliederbewegung einen starken, einen überdurchschnittlichen, einen die Struktur der Partei verändernden positiven Anteil an Frauen haben, das sollten wir wissen, begrüßen und fördern.

Die SPD ist keine Männerpartei mehr. Im ersten Quartal dieses Jahres haben wir mehr als 1600 Neuaufnahmen von Frauen. Aber: Habt Ihr das bedacht bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalparlamente, wird das deutlich bei dem, was Ihr an Kandidaturen möglich macht und denkt Ihr daran, daß das nicht eine Mode werden darf, sondern daß wir hier die Beispiele aus Schweden und aus Dänemark haben und daß wir in diese Richtung weitergehen müssen? Denn der Anteil der Frauen ist nicht nur der Anteil der Mehrheit der Wähler, sondern der Anteil der politisch Wachen unter den Frauen nimmt zu. Das ist auch ein Erfolg sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischer Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten. Den dürfen wir nun nicht verschenken.

Wenn ich von dem Anteil der Frauen an den Neuzugängen der Mitglieder gesprochen habe, darf ich nicht verschweigen, daß wir bei den Neuzugängen von Mitgliedern noch nicht die Marke dessen erreicht haben, was möglich ist. Wir sind 300 000 Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen. Meint Ihr nicht, wir dürften uns zumuten, in den nächsten zwei Jahren mindestens zehn Prozent draufzulegen und beim nächsten Parteitag 330 000 zu haben, wenn wir mitmachen bei einer solchen Werbeaktion, bei der wir 30 000 mehr gewinnen für die Sache der Sozialdemokraten?

Aber, Freunde, ich darf noch einmal so scherzhaft sagen, wie ich es gelegentlich getan habe: Dazu gehört ein anderes Selbstwertgefühl, als wir es gelegentlich zeigen. Ich kenne Leute, die sagen: „Ich bin Sozialdemokrat“ und gucken sich dabei auf die Schuhspitzen, als wenn sie sagen wollten: „Entschuldigen Sie vielmals!“ Man muß doch sagen: „Ich bin Sozialdemokrat. Wieso Sie eigentlich nicht, Sie wirken doch sonst ganz vernünftig?“

Wer Politik so betreibt, der wird das aber nicht nur im Ortsverein tun können, Genossinnen und Genossen. Ich wiederhole, was ich gesagt habe: Der Ernstfall sozialdemokratischen Handelns ist nicht die Delegiertenkonferenz, ist nicht der Ortsverein, sondern ist unsere Präsenz in den Verbänden der Gesellschaft, in den Kirchen und Gesangsvereinen, in den Schützengesellschaften und wo auch immer Menschen zusammen sind, nicht zuletzt natürlich da, wo in den Gewerkschaften die Sache der Arbeitnehmer wahrgenommen wird.

Da ist der Ernstfall sozialdemokratischer Politik. Und deshalb hört auf, denen, die bei einem Mitgliederabend mal fehlen, vorzurechnen, wie oft sie gefehlt haben, sondern fragt sie einmal, ob sie nicht für Euch und für Eure und für unsere gemeinsame Sache woanders waren und Menschen hinzugeholt haben zur guten Sache der SPD!

Wir tun das, wir handeln so, wir stellen uns so den Wählern in einer Medienlandschaft, in der es viel Unfreundliches gibt. Ich

habe mich an Journalistenschelte nie beteiligt und ich werde mich auch nie an Journalistenschelte beteiligen. Aber an der Auseinandersetzung um die Freiheit für Journalisten werden wir Sozialdemokraten uns immer beteiligen, gleichgültig, was die Journalisten daraus und damit machen. Deshalb sage ich: Die Pläne Ernst Albrechts — die im Grunde nichts anderes wollen als die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und die Hergabe der elektronischen Medien an die Mächte und die Kräfte der Werbung und der Großfinanz — werden wir mit allen Mitteln bekämpfen und verhindern. Wir haben einen öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk und eine privatwirtschaftlich organisierte Presse. Mit diesem Paar — auf der einen Seite öffentlich-rechtlicher Rundfunk, auf der anderen Seite privatwirtschaftlich organisierte Presse — ist in der Bundesrepublik in dreißig Jahren die Demokratie so weit vorangekommen, wie sie jetzt ist und wie unsere Väter, auch die Väter der Arbeiterbewegung, es sich für die 70er und 80er Jahre nicht erträumt haben. Deshalb werden wir diese Organisationsstruktur sichern und bewahren und wir werden für sie eintreten, wo immer wir können.

Genossinnen und Genossen,

Ich habe nicht berichtet von vielfachen Aktivitäten des Landesvorstandes. Aber ich hätte zu berichten von den Foren, die wir veranstaltet haben, von den „sieben Thesen“, die wir verteilt haben und die wir gemeinsam mit der Ebert-Stiftung öffentlich dargestellt und zur Diskussion gestellt haben und von denen ich hoffe, daß Ihr sie aufnehmt, aufgreift, und daß Ihr sie im nächsten halben Jahr bis zum nächsten Parteitag überarbeitet und mit uns durchgeht, weil das die Schwerpunkte unserer Arbeit sein müssen, weil von der Arbeitsplatzsicherung bis zur Freizeitpolitik hier die Gewichte gesetzt sind für das, was wir dem Bürger an sozialdemokratischen Positionen in unserem Land anbieten.

Ich habe nicht berichtet von den Kongressen, die wir miteinander veranstaltet haben und bei denen wir auch Sachverständigen außerhalb der Partei aktiviert haben. An Arbeit hat es nicht gemangelt und an Bereitschaft, diese Arbeit zu tun, auch nicht. Ich habe denen zu danken, Antje Huber und Christoph Zöpel an der Spitze, die mir im Landesvorstand in diesen zwei Jahren loyal und redlich geholfen haben, das zu tun, wovon wir nun Rechenschaft ablegen. Und ich habe jemandem zu danken, der sich in einer ganz schwierigen Situation für unsere Sache zur Verfügung gestellt hat und dem ich heute einen großen Vertrauensbeweis wünsche: das ist Rainer Maedge, in dessen Lebensplanung es nicht gestanden hat, sich für eine solche Aufgabe zur Verfügung zu stellen, wie wir sie Euch mit der Bitte um Vertrauen heute vor- und darstellen.

Ich könnte und ich müßte, wenn ich nun auch berichtete von dem, was die Regierung tut, etwas sagen über die Geschicke der Ressorts und über den Anteil derer, die da mitgewirkt haben. Ich müßte Reimut Jochimsen dafür danken, daß er nach Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Ich müßte Jürgen Girgensohn, dem ich verbunden bin und neben dem ich im Ressort gewesen bin, ebenso danken wie Inge Donnepp, die in dieser Wahlperiode einen Ressortwechsel vorgenommen hat. Ich müßte jetzt alle einzeln nennen und mache vielleicht Fehler, wenn ich es tue. Aber ich meine, ich sollte auch nach einer Trennung im Amt Diether Dencke danken für zwölf Jahre hervorragender Politik. Diether, was wir miteinander zu besprechen hatten, haben wir miteinander besprochen. Aber ich sage öffentlich und ich sage im Vorgriff auf die Wahlentscheidungen des heutigen Tages: Der neue Landesvorstand wird dafür sorgen und wird gewährleisten, daß Dein Ansehen und Dein Sachverstand auch weiter mit der Sache der Sozialdemokraten und mit dem Umweltschutz in diesem Land eng verbunden bleibt und daß das die Menschen in diesem Lande merken. Ich habe jetzt nicht alle genannt und ich habe nicht alles gesagt, was zu sagen gewesen wäre.

Ganz am Anfang stand: „Wer über zwei Jahre berichtet, kann nicht alles Geschehene darstellen.“ Ich hoffe aber, ich habe nichts geschönt, ich hoffe, daß ich deutlich gemacht habe, wo

Probleme liegen. Wir stellen uns ja bei einem Parteitag nicht nur der Akklamation, sondern der kritischen Prüfung und der hilfreichen Hinweise für unsere weitere Arbeit.

Aber diese weitere Arbeit möchten wir tun, vielleicht noch erkennbarer als bisher, vielleicht noch deutlicher in den Entscheidungen, als das bisher der Fall war. Und ich sage für mich, Genossinnen und Genossen, die Schrittfolge „Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden“ wird bleiben. Es wird dabei bleiben, daß wir zuerst zuhören, was denn der Bürger an Sorgen und an Fragen an uns heranträgt. Es wird dabei bleiben, daß wir nicht munter mit Sprüchen antworten, sondern daß wir nachdenken über das, was in unserer Situation zu tun und was an Antworten zu geben ist. Dann erst wird die Entscheidung deutlich sein und dann werden wir uns dem Votum der Wähler stellen.

Es hat in der letzten Woche — auch diese aktuelle Problematik will ich hier aufnehmen — die Diskussion um den sogenannten Poullain-Bericht gegeben. Ich meine, ich müßte dazu zwei Sätze sagen:

Ich teile, und das wird ja wohl erlaubt sein, nicht alle Wertungen, die in diesem Bericht vom Untersuchungsausschuß einstimmig dargelegt worden sind, aber ich sage, daß wir das, was an Konsequenzen vom Untersuchungsausschuß ebenso einstimmig uns aufgegeben wird, ohne schuldhaftes Zögern prüfen werden, und wir werden die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Diether Posser und Horst-Ludwig Riemer haben dies vor längerer Zeit angekündigt, und wir werden uns die Trennung von Staatsaufsicht und Verwaltungsrat ganz gewiß vornehmen für die nächste Wahlperiode. Es wird deutlich sein, daß hier von „Filz“ keine Rede ist.

Ich selber sage, daß ich froh darüber bin, daß auch nach diesen Bewertungen, die da ausgesprochen worden sind, ein Mann aus unserem Land in der Verantwortung als Bundesratsmitglied der Partei ist, dem wir zu danken haben, und der in dieser Wahlperiode sein Amt aufgegeben hat — nicht aufgrund persönlicher Verfehlungen, damit das hier deutlich ist. Alles, was daraus gemacht und da herumgeredet und geschrieben wird, werden wir in eine klare und offene Prüfung hineingeben, dabei werden wir kein Urteil zu scheuen haben. Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden: das sind die Schritte unserer Politik. Viele haben dies die „Politik der Zuwendung“ genannt und haben das mit einem Unterton getan. Ich will lieber eine Politik der Zuwendung als der Herablassung. Ich will lieber eine Politik der Zuwendung als eine Politik der Anordnung und der Scheindemokratie. Ich will, daß in diesem Land das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und allen Schichten der Bürger, nicht nur der Arbeiter, sondern der Abhängigen im weitesten Sinne des Wortes, geführt wird und daß wir es offensiv führen. Wenn das nicht einer tut, wenn das nicht Achtzehn tun, sondern wenn wir alle das von heute ab in den fast vierhundert Städten und Gemeinden unseres Landes tun und wenn wir diesen Langstreckenlauf über den 30. September und den 11. Mai bis zum Oktober nächsten Jahres gehen, dann wird Nordrhein-Westfalen im September ein Land sozialdemokratischer Gemeinden, dann wird Nordrhein schon am 11. Mai unter sozialdemokratischer Führung mit der stärksten SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und dann wird im Oktober nächsten Jahres Helmut Schmidt, mit einem noch größeren Vertrauensbeweis ausgestattet, dieses Land da halten, wo es ist: nämlich an der Spitze aller Industrieländer, an der Spitze derer, bei denen es nicht nur um Wachstum geht, bei denen es nicht nur darum geht, daß die Zahlen steigen, sondern darum, daß unser Land menschlicher wird. Dafür handeln wir in der Politik.

Helft dabei, jeden Tag, jeden Abend, in der Vertrauensarbeit, die Ihr tut, und die Vertrauen schafft, ein Vertrauen, dessen wir uns würdig erweisen, dem wir gerecht werden wollen.

Wenn wir so in die Auseinandersetzung gehen, ohne Arroganz, aber selbstbewußt, dann ist die SPD die soziale Kraft und dann wird die SPD kräftiger als sie jetzt ist — zum Wohle der Bürger.

Bericht über die Arbeit der Landeskontrollkommission

Berichterstatter: **Karl MIRUS**

„Liebe Genossinnen und Genossen,

die auf dem Landesparteitag am 25. Juni 1977 in Duisburg gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der am 26. August 1977 einberufenen Sitzung in Düsseldorf. Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie wiederum den Genossen Karl Mirus, als Stellvertreter den Genossen Hans Kalkbrenner.

Bei dieser Sitzung wurde angeregt, daß der neue Landesvorsitzende, der Genosse Johannes Rau, mit der Landeskontrollkommission ein Gespräch führen sollte, wie künftig die Zusammenarbeit des Landesvorstandes und der Landeskontrollkommission noch besser als bisher gestaltet werden kann. Das gewünschte Gespräch hat stattgefunden. Die Mitglieder der Landeskontrollkommission sind dem Genossen Johannes Rau dankbar, daß er zugesagt hat, bei wichtigen Problemen sofort mit der Landeskontrollkommission Kontakt aufzunehmen, um aufgetretene Schwierigkeiten zu lokalisieren und wenn nötig auszuräumen.

Im Berichtszeitraum fanden 12 Sitzungen statt. Die alljährlich durchzuführende unverhoffte Kassenprüfung ergab keine Beanstandung. Die mit der Buchhaltung und Kassenführung beauftragte Genossin Monika Müller hat ihr Ressort vorbildlich verwaltet. Die Jahresabschlüsse wurden vorgelegt, geprüft und in Ordnung befunden.

Da in diesem und im nächsten Jahr Wahlen stattfinden, müssen rechtzeitig Rücklagen gebildet werden. Der Vorstand wurde auf diesen Sachverhalt beizeiten hingewiesen, damit bei der schwachen Kassenlage Darlehen oder andere Fremdmittel möglichst nicht eingesetzt werden; denn oberstes Ziel muß sein, soviel Geld als möglich für den Wahlkampf anzusparen.

Wie unwirtschaftlich die Wählerinitiative NRW mit dem zur Verfügung gestellten gebrauchten und intakten zum Bundestagswahlkampf 1976 eingesetzten VW-Bus umgegangen ist,

beweist die Rechnung über 3882,15 DM für eine Generalüberholung. Nach der Wahl wurde der Bus stillgelegt. Im Februar 1977 wurde der Bus angeblich verschrottet. Der Erlös betrug 200,— DM. Hier muß der Geschäftsführung mangelnde Kontrolle vorgeworfen werden.

Durch die beginnende Krankheit des leitenden Geschäftsführers, des Genossen Arthur Ebker, wurde eine labile Geschäftsführung bemerkbar. In den Protokollen der Landeskontrollkommission wurde rechtzeitig auf diesen Zustand hingewiesen. Der Landesvorstand hat dann die Situation erkannt und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

In der Zeit bis zur Berufung eines neuen Landesgeschäftsführers hat die Kontrollkommission in Absprache mit dem Genossen Johannes Rau die Genossin Monika Müller, die mit der gesamten Finanzverwaltung zeitweise betraut war, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt und ihr bei der Aufstellung des Etats geholfen, wobei sparsame Wirtschaftsführung oberster Grundsatz blieb.

Es ist zu begrüßen, daß der neue Landesvorstand das wirtschaftliche Denken zu einem Kernpunkt gemacht hat. Mit dem neuen leitenden Landesgeschäftsführer, dem Genossen Rainer Maedge, wurde in einer Klausurtagung vereinbart, über alle Probleme der künftigen Zusammenarbeit zu sprechen. Die Kontrollkommission hat den Eindruck, daß mit dem Genannten ein frischer Wind eingeblasen ist. Seine ruhige, aber bestimmte Art und seine Kontaktfreudigkeit wird auch die Basis spüren. Der Wunsch nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit wird von der Landeskontrollkommission voll unterstützt. Die Kontrollkommission empfiehlt, die Zuständigkeiten und Vollmachten — insbesondere die Kassenvollmachten — zukünftig eindeutiger zu regeln. Die Kontrollkommission hat diesen Bericht nach Inhalten der Protokolle gefertigt. Die Landeskontrollkommission stellt den Antrag, dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

Nach der Diskussion der Berichte erteilte der Landesparteitag dem Landesvorstand und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung.

5. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Genosse Karl Mirus erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Eingeladen wurden 300 Delegierte und 18 Landesvorstandsmitglieder.

Die anwesenden 312 stimmberechtigten Delegierten verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke:

Bezirk	Delegierten- zahl	anwesend insg.	mit Buch	ohne Buch
Ostwestfalen	30	29	29	
Westf. Westf.	145	145	130	15
Niederrhein	74	72	62	10
Mittelrhein	51	48	41	7
Landesvorstand	18	18	15	3
gesamt:	318	312	277	35

Die Delegierten beschlossen bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, daß die 35 ohne Buch erschienenen Delegierten ihr Mandat ausüben konnten.

Anmerkung:

Nach der Mittagspause, also ab 14 Uhr, erhöhte sich die Zahl der anwesenden Delegierten um einen, da ein Delegierter des Bezirks Niederrhein erst zu diesem Zeitpunkt erschien. Damit betrug ab 14 Uhr die Zahl der anwesenden Delegierten 313.

6. Behandlung der Anträge und EntschlieBungen

Christoph Zöpel schlug für die Antragskommission dem Landesparteitag vor, alle Anträge mit bundespolitischem Inhalt an die Bezirke zu verweisen.

Bei den Initiativanträgen hatten alle mit Ausnahme des Initiativ-Antrages Nr. 10 — Bürgerhäuser — den erforderlichen aktuellen Bezug; gleichwohl wurde vorgeschlagen, diesen Antrag mitzubehandeln.

Des weiteren regte Christoph Zöpel an, die vom Außerordentlichen Landesparteitag in Duisburg nicht behandelten

Anträge bei diesem Landesparteitag nicht gesondert, sondern bei den jeweiligen Komplexen mit aufzurufen.

Der Parteitag beschloß, entsprechend den Empfehlungen von Christoph Zöpel zu verfahren.

Die Ergebnisse der Antragsberatung sind im folgenden zunächst in einer Übersicht (Antragsspiegel) dargestellt; hieran schließen sich die beschlossenen und überwiesenen Anträge im Wortlaut an.

Antragsspiegel

Antrag-Nr.:

Antragsteller:

Betrifft:

Beschluß des Landesparteitages:

Wirtschafts-, Energie- und Arbeitsmarktpolitik

I/1 — Seite 41
SPD-Landesvorstand
Arbeitsmarktpolitik

Annahme mit Änderungen.

I/2 — Seite 42
SPD-Landesvorstand
Landesentwicklungspolitik

Annahme.

I/3 — Seite 42
OV Köln-Brück
Berufung von Gutachtern

Annahme.

I/4
Bezirk WW
Kohlepolitik

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/5
OV Köln-Riehl
Gegen Planung und Bau weiterer Atomkraftwerke

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/6
OV Emst-Bissingheim
Gegen die Genehmigung des Betriebes von Kernkraftwerken

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/7
Bezirk WW
Gegen die Errichtung eines zentralen Brennelemente-Zwischenlagers in Nordrhein-Westfalen

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/8
OV Ahaus
Gegen die Errichtung eines Brennelemente-Zwischenlagers in Ahaus

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/9
OV Paderborn
Kernenergie

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/10
OV Leopoldshöhe
Erforschung alternativer Energiearten

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/11
Emst-Bissingheim
Förderung alternativer Energiequellen

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/12 — Seite 63
UB Essen
Gegen Aussperrung

Überweisung an die SPD-Bezirke in NRW zur Vorbereitung des Bundesparteitages.

I/13 — Seite 43
Bezirk MR
Berufsbildungsabgabe

Annahme.

Antrag-Nr.:

Antragsteller:

Betrifft:

Beschluß des Landesparteitages:

I/14 — Seite 43

Bezirk WW

WestLB

Annahme.

I/15

UB Münster

Gegen den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

I/16

OV Ostbevern

Energiepolitik/Kraftwerksbau

Erledigt durch Annahme Initiativ-Antrag Nr. 1.

Initiativ-Antrag Nr. 1 — Seite 43

SPD-Landesvorstand

Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen

Annahme mit Änderungen.

Umwelt

II/1 — Seite 45

SPD-Landesvorstand

Umweltpolitik

Annahme mit Änderungen.

II/2 — Seite 45

OV Schönebeck/Bedingrade

Bundesimmissionsschutzgesetz

Annahme.

II/3 — Seite 45

UB Mettmann

Lärmschutzmaßnahmen

Annahme mit Änderungen.

II/4 — Seite 45

OV Telgte/Westbevern

Fluglärm

Annahme.

II/5 — Seite 63

OV Köln-Brück

Schadstoffe in Raumluft

Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion NRW.

X/4 — Seite 46

A. o. Landesparteitag (UB Mettmann)

Umweltverträglichkeitsprüfung

Annahme.

Freizeitpolitik

III/1 — Seite 46

SPD-Landesvorstand

Freizeitpolitik

Annahme mit Änderungen.

Bildungs- und Kulturpolitik

IV/1 — Seite 46

SPD-Landesvorstand

Aufgaben sozialdemokratischer Bildungspolitik in den 80er Jahren

Annahme mit Änderungen.

IV/2 — Seite 48

SPD-Landesvorstand

Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Annahme mit Änderungen.

IV/3 — Seite 49

OV Bielefeld-Sudbrack

Gesamtschule als Regelschule

Annahme mit Änderungen.

IV/4

UB Mettmann

Gesamtschule als Regelschule

Erledigt durch Annahme der Anträge IV/1 und IV/3.

Antragsspiegel

Antrag-Nr.: Antragsteller: Betrifft:	Beschluß des Landesparteitages:
IV/5 Bezirk WW Gesamtschule als Regelschule	Erledigt durch Annahme der Anträge IV/1 und IV/3.
IV/6 — Seite 49 OV Jülich Gemeinschaftsschule als Regelschule	Annahme mit Änderungen.
IV/7 OV Jülich Ganztagsschule an allen weiterführenden Schulen	Erledigt durch Annahme des Antrages IV/1.
IV/8 — Seite 49 OV Jülich Unterrichtszeiten in musischen und kreativen Fächern	Annahme.
IV/9 OV Langenfeld Gesetzliche Grundlage für die Verlängerung der Vollzeit- schulpflicht auf 10 Jahre	Nichtbefassung (durch Gesetz erledigt).
IV/10 — Seite 49 Bezirk WW Ansiedlung des 10. Pflichtschuljahres im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens und Gestaltung des 11. Schuljahres als Berufsgrundbildungsjahr	Annahme.
IV/11 — Seite 49 UB Mettmann Hausaufgaben (Studie)	Annahme.
IV/12 — Seite 50 UB Mettmann Aktivierung von Eltern im Grund- und Hauptschulbereich	Annahme.
IV/13 — Seite 50 UB Mettmann Information über Schulbücher und Lernmittel	Annahme.
IV/14 — Seite 50 OV Bielefeld-Sudbrack Einrichtung des Studiengangs Arbeitslehre/Polytechnik an Universitäten und Gesamthochschulen	Annahme mit Änderungen
IV/15 — Seite 50 OV Bielefeld-Sudbrack Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes	Annahme.
IV/16 — Seite 50 UB Essen Studienzweig Sportmedizin	Annahme mit Änderungen.
IV/17 — Seite 50 UB Essen Verankerung des Bereichs Gesundheitserziehung in allen Schulformen	Annahme mit Änderungen.
IV/18 — Seite 50 Bezirk WW Weiterführung des Modells Studiengang Journalistenausbildung im Dortmunder Hochschulbereich	Annahme.
IV/19 — Seite 63 OV Dortmund-Süd Schichtarbeit und Schulmitwirkung	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
IV/20 — Seite 50 OV Leopoldshöhe Einstellung von Lehrern	Annahme mit Änderungen.
IV/21 — Seite 50 UB Bochum Schulunterricht für Kinder ausländischer Arbeitnehmer	Annahme mit der Maßgabe an den Landesvorstand, ein Ge- samtkonzept unter Beachtung dieses Antrages und des An- trages V/11 sowie des Initiativ-Antrages Nr. 11 zu erstellen.

Antragsspiegel

Antrag-Nr.:
Antragsteller:
Betrifft:

Beschluß des Landesparteitages:

IV/22 — Seite 55
UB Gütersloh
Schulversuch — Gesamtschule

Annahme mit Änderungen.

Initiativ-Antrag Nr. 11 — Seite 54
Änderungsantrag zu Antrag IV/21

siehe Antrag IV/21.

Jugend-, Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik

V/1 — Seite 55
SPD-Landesvorstand
Sozialdemokratische Familienpolitik

Annahme mit Änderungen.

V/2 — Seite 56
SPD-Landesvorstand
Frauenpolitik

Annahme mit Änderungen.

V/3 — Seite 63
OV Bürrig-Küppersteg-Quettingen (Leverkusen)
Zusätzliche Mittel für die Jugendarbeit

Überweisung als Material an die SPD-Landtagsfraktion NRW.

V/4
UB Gütersloh
Einrichtung einer Gleichstellungsstelle

Erledigt durch Annahme des Antrages V/5.

V/5 — Seite 57
UB Mettmann
Aufgaben des Referates „Allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten“

Annahme mit Änderungen.

V/6
OV Jülich
Elternurlaub

Erledigt durch Annahme des Antrages V/2.

V/7
OV Jülich
Anrechnung von Erziehungszeiten

Erledigt durch Annahme des Antrages V/2.

V/8
OV Kleve
„Institut für Schwangerschaftskonflikte“

Erledigt durch Annahme des Antrages V/2.

V/9 — Seite 58
OV Schönebeck/Bedingrade
Ärztliche Meldepflicht von Krebserkrankungen

Annahme mit Änderungen.

V/10
OV Lützenbeck (Bielefeld)
Abrechnung von Kassenleistungen bei den Krankenkassen

Ablehnung.

V/11 — Seite 52
OV Lünen-Stadt
Ausländische Mitbürger

siehe Antrag IV/21.

V/12 — Seite 58
UB Soest
Mitbestimmung für die Mitarbeiter in den Werkstätten für Behinderte

Annahme mit Änderungen.

V/13 — Seite 58
UB Soest
Warenkorb in der Sozialhilfe

Annahme mit Änderungen.

V/14
OV Jöllenbeck (Bielefeld)
Höhe der Sozialmieten

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 5.

V/15 — Seite 63
OV Bürrig-Küppersteg-Quettingen (Leverkusen)
Gegen das Leerstehen von Wohnraum

Überweisung an die SPD-Bezirke in NRW zur Vorbereitung des Bundesparteitages.

Antragsspiegel

Antrag-Nr.:
Antragsteller:
Betrifft:

Beschluß des Landesparteitages:

V/16
UB Essen
Anhebung der Einkommensgrenzen
(§ 25 des 2. Wohnungsbaugesetzes)

Erledigt durch Annahme des Antrages V/19.

V/17 — Seite 58
UB Essen
Keine Senkung der Bindungsfristen im sozialen
Wohnungsbau

Annahme mit Änderungen.

V/18 — Seite 58
UB Essen
Maßnahmen bei Umwandlung von Sozialmietwohnungen
in Eigentumswohnungen

Annahme mit Änderungen.

V/19 — Seite 58
UB Bochum
Einkommensgrenzen für die Wohnberechtigung im
öffentlich geförderten Wohnungsbau

Annahme mit Änderungen.

V/20 — Seite 58
UB Bochum
Dauer der Gewährung von Aufwandsdarlehen

Annahme.

V/21
UB Gütersloh
Jugendbildungsgesetz

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 4

V/22 — Seite 58
OV Ostbevern
Medizinische Versorgung auf dem Lande

Annahme mit Änderungen.

V/23 — Seite 63
UB Mettmann
Mitwirkung der Erziehungsberechtigten
(Kindergartengesetz)

Überweisung an die SPD-Landtragsfraktion NRW.

Initiativ-Antrag Nr. 3
Änderungsantrag zu Antrag V/1

Annahme.

Initiativ-Antrag Nr. 4 — Seite 59
Jugendbildungsgesetz

Annahme.

Initiativ-Antrag Nr. 5
Änderungsantrag zu Antrag V/14

Annahme.

Initiativ-Antrag Nr. 6
Kompromiß zum Wohnungsbauänderungsgesetz
Ergänzungsantrag zu Antrag V/17

Annahme mit Änderungen.

Initiativ-Antrag Nr. 7
Jugendbildungsgesetz

identisch mit Initiativ-Antrag Nr. 4.

Initiativ-Antrag Nr. 10 — Seite 59
Bürgerhäuser

Annahme.

Bürokratie und Bürgerverantwortlichkeit

VI/1 — Seite 59
SPD-Landesvorstand
Bürgerverantwortlichkeit und Bürokratieprobleme

Annahme mit Änderungen.

Innen- und Justizpolitik

VII/1
OV Siegen-West
Grundsätze für die Festlegung der Verfassungstreue

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.

VII/2
OV Sankt Augustin
Liberalisierung der Einstellung in den öffentlichen Dienst

Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.

Antragsspiegel

Antrag-Nr.: Antragsteller: Betrifft:	Beschluß des Landesparteitages:
VII/3 OV Paderborn Einstellung in den öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/4 UB Münster Garantien für die Umsetzung der neuen Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/5 OV Lindlar Ersatzlose Streichung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/6 UB Hagen Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/7 UB Bonn Verzicht auf Regelanfrage	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/8 OVe Unterbach, Derendorf-Golzheim und Zoo (Düsseldorf) Ersatzlose Streichung der „Regelanfrage“	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/9 UB Soest Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/10 OVe Bonn-Nord, Bonn-Beuel, Köln-Rodenkirchen-Ost, Buer-Mitte I (Gelsenkirchen) Umsetzung der Beschlüsse der Parteiführungsgremien zur Liberalisierung der Einstellung in den öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/11 OV Köln 19 Streichung der Regelanfrage	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/12 OV Erle-Nord Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/13 OV Bielefeld-Sudbrack Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/14 OV Bürrig-Küppersteg-Quettingen (Leverkusen) Neuregelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst	Erledigt durch Annahme des Initiativ-Antrages Nr. 2.
VII/15 — Seite 60 OV Jülich Polizeigesetzentwurf	Annahme.
VII/16 — Seite 63 OV Essen-Gerschede Polizeigesetzentwurf	Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion NRW.
VII/17 — Seite 60 UB Essen Gegen Verjährung für Mord nach 30 Jahren	Annahme.
VII/18 — Seite 60 Bezirk WW Gegen Neoazismus	Annahme.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Antrag: I/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Arbeitsmarktpolitik

Das Recht auf Arbeit ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Es gehört zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Arbeit für alle, das bleibt die erste und wichtigste politische Aufgabe.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen bekräftigt die Grundsätze für sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik, die sie 1977 beschlossen hat:

Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Beseitigung von Wachstumshemmnissen.

Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität.

Beide Grundsätze sind durch verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten der unteren Einkommensgruppen zu begleiten.

Hohe Arbeitslosigkeit ist zur Zeit ein Problem in allen hochentwickelten Industriestaaten. Ihre Ursachen liegen vor allem im langsameren Wirtschaftswachstum bei gleichbleibend schnellem Produktivitätsfortschritt und bei Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung. Gründe für das langsamere Wirtschaftswachstum sind Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, zunehmende Bedarfssättigung und ungelöste Umweltprobleme.

Die Bundesrepublik, und hier insbesondere Nordrhein-Westfalen als industrielles Kernland, ist darüber hinaus von speziellen strukturellen Auswirkungen der globalen Wachstumsverlangsamung betroffen. Es gilt deshalb, die Strukturen der Wirtschaft vor allem den weltwirtschaftlichen Veränderungen anzupassen und sie zu modernisieren.

Grundlage für eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage bleibt eine beschäftigungsorientierte Politik des qualitativen Wachstums, für die Wirtschafts-, Konjunktur- und Finanzpolitik einzusetzen sind. Dabei sind Steuererleichterungen nur von begrenzter Wirksamkeit.

Die globalen Steuerungsmaßnahmen müssen durch differenzierte und zielgerichtete Strukturmaßnahmen ergänzt werden. Strukturpolitik soll und kann die Steuerungsprozesse des Marktes nicht ersetzen, sie soll aber Anpassungsprozesse fördern, Reibungspunkte abbauen sowie den Zielen des Umweltschutzes dienen.

Neben globale Wachstumspolitik und Strukturpolitik tritt eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik. Deren Leitlinien sind:

- zielgerichtete Arbeitszeitverkürzung,
- Abbau von Mobilitätshemmnissen, Qualifikationsmängeln und Sonderproblemen bestimmter Gruppen wie z. B. der Jugendlichen und Frauen,
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch aktive und bedarfsgerechte Einstellungspolitik bei Einrichtungen des Landes und der Kommunen,
- Förderung der beruflichen Bildung und Fortbildung.

Globale Wachstums- und Konjunkturpolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Hier bleibt nur wenig Raum für Initiativen des Landes. Hingegen kann die Landesregierung in der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik eigene Schwerpunkte setzen. Diese Bemühungen werden gestützt durch die Fortsetzung einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Initiativen entwickelt, um die aus den erneut bekräftigten arbeitsmarktpolitischen Grundsätzen folgenden Maßnahmen umzusetzen. Sie hält an diesen 1977 beschlossenen Maßnahmen fest.

1. Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Beseitigung von Wachstumshemmnissen.

- 1.1 Den Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung muß international abgestimmt mit einer Stärkung der Kaufkraft der Entwicklungsländer und mit Produktionsumstellungen in den Industrieländern begegnet werden. Dauerhafte Importrestriktionen gegenüber Entwicklungsländern sind abzulehnen. Die Produktionsumstellungen erfordern in der Bundesrepublik eine verbesserte sektorale Strukturanalyse und -prognose sowie die Förderung neuer Technologien. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das die Forcierung des Technologieprogramms Wirtschaft und den Ausbau landesbezogener Strukturberichterstattung.
- 1.2 Die relative Bedarfssättigung bei einigen Gütern kann einmal durch eine gezielte Einkommensverbesserung bei den unteren Einkommensschichten ausgeglichen werden. Dies bedeutet u. a. eine Konzentration der Sparförderung auf diese Einkommensschichten. Zum anderen sollte die Einführung neuer Produkte und Leistungen, insbesondere im Freizeitbereich, gefördert werden.
- 1.3 Wachstumshemmnisse aufgrund ungelöster Umweltprobleme müssen durch gezielte private und öffentliche Umweltschutzinvestitionen abgebaut werden. Durch die Herabsetzung von Umweltbelastungen durch bestehende Betriebe kann in den Ballungszentren die Möglichkeit zu neuen Industrieansiedlungen erweitert werden. Überdies stellen Umweltschutzinvestitionen selbst einen Beitrag zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar.
- 1.4 Der weitere Ausbau der Infrastruktur muß gezielt auf die Beseitigung wachstumshemmender Engpässe z. B. bei der Wasserver- und -entsorgung im Energiebereich, zum Teil im Verkehrswegebau, konzentriert werden.
- 1.5 Das Angebot an Dienstleistungen, insbesondere von sozialen Diensten ist zu erweitern. Dabei kann der Staat zum Teil nur die Investitionsvoraussetzungen schaffen.
- 1.6 Konsequenzen für Strukturpolitik
Die Landesregierung NW und die Bundesregierung werden aufgefordert, die Gewichtung der drei Indikatoren in der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu verändern.
Die bisherige Gewichtung sollte durch eine Gewichtung ersetzt werden, bei der der Arbeitskräfte-reservequotient stärker als bisher berücksichtigt wird.
- 1.7.1 Konsequenzen für die Haushaltspolitik
Eine Politik der wachstumsfördernden staatlichen Nachfrageausweitung bedeutet, daß der Anteil der Investitionen an den öffentlichen Haushalten nicht eingeschränkt werden darf. Dies gilt sowohl für das Land wie für die Gemeinden. Das Land muß darauf hinwirken, den Investitionsanteil der Gemeinde-

haushalte durch Vermehrung der Investitionsbezogenen Zweckzuweisungen zu sichern bzw. auszuweiten. Es sollte geprüft werden, ob zur Finanzierung bestimmter Investitionsvorhaben, z. B. der Umweltschutzinvestitionen, zweckgebundene Anleihen auferlegt werden.

1.7.2 Die Vergabe öffentlicher Mittel an Wirtschaftsunternehmen ist an Auflagen zu binden, nach denen die Schaffung und nicht das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen das Ziel öffentlichen Interesses ist. Bei der Verwendung der Mittel ist die Einhaltung dieser Auflagen unter Beteiligung der Gewerkschaften zu überwachen.

2. Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität.

2.1 Es müssen Maßnahmen zur flexiblen Anpassung von Arbeitsvolumen und Zahl der Arbeitskräfte ergriffen werden. Dies bedeutet, daß einmal die Zahl der Erwerbstätigen gesenkt, zum anderen die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit — insbesondere die Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche — vermindert wird. Bund und Land sollten sich darum bemühen, diesem Ziel mit ausgewählten Maßnahmen zu genügen, die Gewerkschaften entsprechende Forderungen in ihren Tarifverhandlungen mit berücksichtigen:

Generelle Einführung des 10. Schuljahres, schrittweise Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf das 60ste Lebensjahr,

Novellierung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel des Verbots von übermäßiger Mehrarbeit,

Novellierung des Bundesurlaubsgesetzes mit dem Ziel der Festlegung des Mindesturlaubs auf 20 Arbeitstage; Einführung eines Bildungsurlaubs für alle Arbeitnehmer, Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, wobei die Möglichkeit eines Kostenausgleichs durch die Bundesanstalt für Arbeit zu erwägen ist,

Verstärkung der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage einer verbesserten Arbeitsmarktforschung,

Verstärkung des Ausbaus über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten mit Hilfe der Berufsbildungsabgabe auch unter Berücksichtigung regional- und branchenbezogener Gesichtspunkte,

Verstärkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer durch Änderung des Kündigungsschutzgesetzes, Reduzierung der Jahres-, Wochen- und/oder der täglichen Arbeitszeit,

Einführung tariflicher Rationalisierungsschutzabkommen, Humanisierung der Arbeitsplätze (Belastungsgrenzen, Taktzeiten, Kurzpausen).

2.2 Die Personalpolitik der öffentlichen Haushalte muß sich am Ziel der Erhaltung von Arbeitsplätzen orientieren.

Antrag: I/2
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Landesentwicklungspolitik

Die SPD in Nordrhein-Westfalen begreift Landesplanung, Raumordnung und Strukturpolitik als zusammenhängende Landesentwicklungspolitik.

Die Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen der Menschen des Landes sind durch planvolle Landesentwicklung weiter zu verbessern.

Planvolle Landesentwicklung in Nordrhein-Westfalen folgt dabei folgenden Zielen:

- Gleichwertigkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Sicherung menschenwürdiger Arbeitsplätze durch aktive vorausschauende Planung
- Schutz der Umwelt durch Bewahrung der Landschaft vor willkürlichen Eingriffen und vor Zersiedlung, sinnvolle Zuordnung von Industriestandorten zu Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Eine solche Landesentwicklungspolitik erfordert einen mittelfristigen Handlungsplan der Landesregierung. Er soll die Entwicklungsperspektiven des ganzen Landes bis zur Mitte der 80er Jahre darstellen und die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen der weiteren Zukunft aufzeigen. Die vorzusehenden Leistungen und Maßnahmen müssen konkrete Handlungsrichtlinien sein; aufzuzeigende Fernziele sollen als realistische Entwicklungsvorschau konzipiert werden. In einem solchen Handlungsplan sind einzelne Mehrjahrespläne und -programme der Landesministerien, die Finanz- und Investitionspläne sowie raumordnerische Pläne in ihren wesentlichen Aussagen darzustellen und, was ihre zeitlichen, finanziellen und räumlichen Aspekte angeht, in sinnvoller Rangfolge zu ordnen. Ein solcher Handlungsrahmen und die in ihm aufgezeigte planvolle Politik bedürfen der kontinuierlichen Erfolgskontrolle der flexiblen Fortschreibung.

Stärker als in den vergangenen Jahren wird dabei auf die spezifischen Bedürfnisse und Verhältnisse der einzelnen Landesteile Rücksicht zu nehmen sein. Liegen die Schwerpunkte der Landesentwicklungspolitik für Verdichtungsgebiete in der Verbesserung der städtebaulichen Ordnung und der Eingrenzung von Umweltbelastungen, so geht es in den ländlichen Regionen um die Verbesserung der Infrastruktur und der Abwasserbeseitigung, aber auch schon um die Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen.

Eine mittelfristige Handlungsplanung bildet den Rahmen für die künftige Politik der Landesregierung. Sie gewährleistet die Vorausschaubarkeit staatlichen Handelns und seine öffentliche Kontrollierbarkeit, zwei Grundanforderungen an staatliches Handeln in einer freiheitlichen Ordnung.

Der einzelne Bürger und vor allem auch private Unternehmen müssen sich in ihren Dispositionen auf die staatlichen Maßnahmen einstellen können.

Die Zusammenfassung der Landespolitik in einen mittelfristigen Handlungsrahmen ist die Grundforderung der SPD für die Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode.

Antrag Nr.: I/3
Antragsteller: OV Köln-Brück
Betrifft: Berufung von Gutachtern

Der Landespartei tag NRW fördert die Genossen in Bundestags- und Landtagsfraktionen auf, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Erforschung der Wirtschaftlichkeit und der technischen Risiken der Atomenergie auch solche Wissenschaftler beauftragt werden, die ihr skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen.

Das von der Atomindustrie und den von ihr abhängigen Gutachtern aufgestellte Dogma, daß Atomkraftwerke machbar sind und bleiben, darf nicht weiter Grundlage der Untersuchung von Risikofaktoren und Wirtschaftlichkeit sein.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Antrag: I/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Arbeitsmarktpolitik

Das Recht auf Arbeit ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Es gehört zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Arbeit für alle, das bleibt die erste und wichtigste politische Aufgabe.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen bekräftigt die Grundsätze für sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik, die sie 1977 beschlossen hat:

Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Beseitigung von Wachstumshemmnissen.

Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität.

Beide Grundsätze sind durch verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten der unteren Einkommensgruppen zu begleiten.

Hohe Arbeitslosigkeit ist zur Zeit ein Problem in allen hochentwickelten Industriestaaten. Ihre Ursachen liegen vor allem im langsameren Wirtschaftswachstum bei gleichbleibend schnellem Produktivitätsfortschritt und bei Zunahme der arbeitsfähigen Bevölkerung. Gründe für das langsamere Wirtschaftswachstum sind Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, zunehmende Bedarfsättigung und ungelöste Umweltprobleme.

Die Bundesrepublik, und hier insbesondere Nordrhein-Westfalen als industrielles Kernland, ist darüber hinaus von speziellen strukturellen Auswirkungen der globalen Wachstumsverlangsamung betroffen. Es gilt deshalb, die Strukturen der Wirtschaft vor allem den weltwirtschaftlichen Veränderungen anzupassen und sie zu modernisieren.

Grundlage für eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage bleibt eine beschäftigungsorientierte Politik des qualitativen Wachstums, für die Wirtschafts-, Konjunktur- und Finanzpolitik einzusetzen sind. Dabei sind Steuererleichterungen nur von begrenzter Wirksamkeit.

Die globalen Steuerungsmaßnahmen müssen durch differenzierte und zielgerichtete Strukturmaßnahmen ergänzt werden. Strukturpolitik soll und kann die Steuerungsprozesse des Marktes nicht ersetzen, sie soll aber Anpassungsprozesse fördern, Reibungspunkte abbauen sowie den Zielen des Umweltschutzes dienen.

Neben globale Wachstumspolitik und Strukturpolitik tritt eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik. Deren Leitlinien sind:

- zielgerichtete Arbeitszeitverkürzung,
- Abbau von Mobilitätshemmnissen, Qualifikationsmängeln und Sonderproblemen bestimmter Gruppen wie z. B. der Jugendlichen und Frauen,
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch aktive und bedarfsgerechte Einstellungspolitik bei Einrichtungen des Landes und der Kommunen,
- Förderung der beruflichen Bildung und Fortbildung.

Globale Wachstums- und Konjunkturpolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Hier bleibt nur wenig Raum für Initiativen des Landes. Hingegen kann die Landesregierung in der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik eigene Schwerpunkte setzen. Diese Bemühungen werden gestützt durch die Fortsetzung einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik.

Die SDP in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Initiativen entwickelt, um die aus den erneut bekräftigten arbeitsmarktpolitischen Grundsätzen folgenden Maßnahmen umzusetzen. Sie hält an diesen 1977 beschlossenen Maßnahmen fest.

1. Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Beseitigung von Wachstumshemmnissen.

1.1 Den Veränderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung muß international abgestimmt mit einer Stärkung der Kaufkraft der Entwicklungsländer und mit Produktionsumstellungen in den Industrieländern begegnet werden. Dauerhafte Importrestriktionen gegenüber Entwicklungsländern sind abzulehnen. Die Produktionsumstellungen erfordern in der Bundesrepublik eine verbesserte sektorale Strukturanalyse und -prognose sowie die Förderung neuer Technologien. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das die Forcierung des Technologieprogramms Wirtschaft und den Ausbau landesbezogener Strukturberichterstattung.

1.2 Die relative Bedarfsättigung bei einigen Gütern kann einmal durch eine gezielte Einkommensverbesserung bei den unteren Einkommensschichten ausgeglichen werden. Dies bedeutet u. a. eine Konzentration der Sparförderung auf diese Einkommensschichten. Zum anderen sollte die Einführung neuer Produkte und Leistungen, insbesondere im Freizeitbereich, gefördert werden.

1.3 Wachstumshemmnisse aufgrund ungelöster Umweltprobleme müssen durch gezielte private und öffentliche Umweltschutzinvestitionen abgebaut werden. Durch die Herabsetzung von Umweltbelastungen durch bestehende Betriebe kann in den Ballungszentren die Möglichkeit zu neuen Industrieansiedlungen erweitert werden. Überdies stellen Umweltschutzinvestitionen selbst einen Beitrag zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar.

1.4 Der weitere Ausbau der Infrastruktur muß gezielt auf die Beseitigung wachstumshemmender Engpässe z. B. bei der Wasserver- und -entsorgung im Energiebereich, zum Teil im Verkehrswegebau, konzentriert werden.

1.5 Das Angebot an Dienstleistungen, insbesondere von sozialen Diensten ist zu erweitern. Dabei kann der Staat zum Teil nur die Investitionsvoraussetzungen schaffen.

1.6 Konsequenzen für Strukturpolitik
Die Landesregierung NW und die Bundesregierung werden aufgefordert, die Gewichtung der drei Indikatoren in der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu verändern.

Die bisherige Gewichtung sollte durch eine Gewichtung ersetzt werden, bei der der Arbeitskräfte-reservequotient stärker als bisher berücksichtigt wird.

1.7.1 Konsequenzen für die Haushaltspolitik
Eine Politik der wachstumsfördernden staatlichen Nachfrageausweitung bedeutet, daß der Anteil der Investitionen an den öffentlichen Haushalten nicht eingeschränkt werden darf. Dies gilt sowohl für das Land wie für die Gemeinden. Das Land muß darauf hinwirken, den Investitionsanteil der Gemeinde-

haushalte durch Vermehrung der investitionsbezogenen Zweckzuweisungen zu sichern bzw. auszuweiten. Es sollte geprüft werden, ob zur Finanzierung bestimmter Investitionsvorhaben, z. B. der Umweltschutzinvestitionen, zweckgebundene Anleihen auferlegt werden.

1.7.2 Die Vergabe öffentlicher Mittel an Wirtschaftsunternehmen ist an Auflagen zu binden, nach denen die Schaffung und nicht das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen das Ziel öffentlichen Interesses ist. Bei der Verwendung der Mittel ist die Einhaltung dieser Auflagen unter Beteiligung der Gewerkschaften zu überwachen.

2. Anpassung der Arbeitszeit an den Fortschritt der Arbeitsproduktivität.

2.1 Es müssen Maßnahmen zur flexiblen Anpassung von Arbeitsvolumen und Zahl der Arbeitskräfte ergriffen werden. Dies bedeutet, daß einmal die Zahl der Erwerbstätigen gesenkt, zum anderen die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit — insbesondere die Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche — vermindert wird. Bund und Land sollten sich darum bemühen, diesem Ziel mit ausgewählten Maßnahmen zu genügen, die Gewerkschaften entsprechende Forderungen in ihren Tarifverhandlungen mit berücksichtigen:

Generelle Einführung des 10. Schuljahres, schrittweise Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf das 60ste Lebensjahr,

Novellierung der Arbeitszeitordnung mit dem Ziel des Verbots von übermäßiger Mehrarbeit,

Novellierung des Bundesurlaubsgesetzes mit dem Ziel der Festlegung des Mindesturlaubs auf 20 Arbeitstage, Einführung eines Bildungsurlaubs für alle Arbeitnehmer, Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, wobei die Möglichkeit eines Kostenausgleichs durch die Bundesanstalt für Arbeit zu erwägen ist,

Verstärkung der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage einer verbesserten Arbeitsmarktforschung,

Verstärkung des Ausbaus über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten mit Hilfe der Berufsbildungsabgabe auch unter Berücksichtigung regional- und branchenbezogener Gesichtspunkte,

Verstärkung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer durch Änderung des Kündigungsschutzgesetzes, Reduzierung der Jahres-, Wochen- und/oder der täglichen Arbeitszeit,

Einführung tariflicher Rationalisierungsschutzabkommen, Humanisierung der Arbeitsplätze (Belastungsgrenzen, Taktzeiten, Kurzpausen).

2.2 Die Personalpolitik der öffentlichen Haushalte muß sich am Ziel der Erhaltung von Arbeitsplätzen orientieren.

Antrag: I/2
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Landesentwicklungspolitik

Die SPD in Nordrhein-Westfalen begreift Landesplanung, Raumordnung und Strukturpolitik als zusammenhängende Landesentwicklungspolitik.

Die Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen der Menschen des Landes sind durch planvolle Landesentwicklung weiter zu verbessern.

Planvolle Landesentwicklung in Nordrhein-Westfalen folgt dabei folgenden Zielen:

- Gleichwertigkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Sicherung menschenwürdiger Arbeitsplätze durch aktive vorausschauende Planung
- Schutz der Umwelt durch Bewahrung der Landschaft vor willkürlichen Eingriffen und vor Zersiedlung, sinnvolle Zuordnung von Industriestandorten zu Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Eine solche Landesentwicklungspolitik erfordert einen mittelfristigen Handlungsplan der Landesregierung. Er soll die Entwicklungsperspektiven des ganzen Landes bis zur Mitte der 80er Jahre darstellen und die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen der weiteren Zukunft aufzeigen. Die vorzusehenden Leistungen und Maßnahmen müssen konkrete Handlungsrichtlinien sein; aufzuzeigende Fernziele sollen als realistische Entwicklungsvorschau konzipiert werden. In einem solchen Handlungsplan sind einzelne Mehrjahrespläne und -programme der Landesministerien, die Finanz- und Investitionspläne sowie raumordnerische Pläne in ihren wesentlichen Aussagen darzustellen und, was ihre zeitlichen, finanziellen und räumlichen Aspekte angeht, in sinnvoller Rangfolge zu ordnen. Ein solcher Handlungsrahmen und die in ihm aufgezeigte planvolle Politik bedürfen der kontinuierlichen Erfolgskontrolle der flexiblen Fortschreibung.

Stärker als in den vergangenen Jahren wird dabei auf die spezifischen Bedürfnisse und Verhältnisse der einzelnen Landesteile Rücksicht zu nehmen sein. Liegen die Schwerpunkte der Landesentwicklungspolitik für Verdichtungsgebiete in der Verbesserung der städtebaulichen Ordnung und der Eingrenzung von Umweltbelastungen, so geht es in den ländlichen Regionen um die Verbesserung der Infrastruktur und der Abwasserbeseitigung, aber auch schon um die Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklungen.

Eine mittelfristige Handlungsplanung bildet den Rahmen für die künftige Politik der Landesregierung. Sie gewährleistet die Vorausschaubarkeit staatlichen Handelns und seine öffentliche Kontrollierbarkeit, zwei Grundanforderungen an staatliches Handeln in einer freiheitlichen Ordnung.

Der einzelne Bürger und vor allem auch private Unternehmen müssen sich in ihren Dispositionen auf die staatlichen Maßnahmen einstellen können.

Die Zusammenfassung der Landespolitik in einen mittelfristigen Handlungsrahmen ist die Grundforderung der SPD für die Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode.

Antrag Nr.: I/3
Antragsteller: OV Köln-Brück
Betrifft: Berufung von Gutachtern

Der Landesparteitag NRW fordert die Genossen in Bundestags- und Landtagsfraktionen auf, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Erforschung der Wirtschaftlichkeit und der technischen Risiken der Atomenergie auch solche Wissenschaftler beauftragt werden, die ihr skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen.

Das von der Atomindustrie und den von ihr abhängigen Gutachtern aufgestellte Dogma, daß Atomkraftwerke machbar sind und bleiben, darf nicht weiter Grundlage der Untersuchung von Risikofaktoren und Wirtschaftlichkeit sein.

Antrag Nr.: I/13
Antragsteller: Bezirk MR
Betrifft: Berufsbildungsabgabe

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Bestimmungen zur Berufsbildungsabgabe des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes umgehend in Kraft zu setzen.

Antrag Nr.: I/14
Antragsteller: Bezirk WW
Betrifft: WestLB

1. Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert sicherzustellen, daß in der nordrhein-westfälischen SPD die Stellung und der öffentliche Auftrag der WestLB kritisch diskutiert wird. Wenn es bei der WestLB zu Verlusten kommt, die denen bei der Hessischen Landesbank vergleichbar sind, sind die Bürger des Landes NRW über die Gewährträgerhaftung genötigt, direkt oder indirekt Milliardenbeträge aufzubringen. Dieses immense Risiko ist nur gerechtfertigt, wenn und soweit die WestLB öffentliche Aufgaben wahrnimmt, aber nicht, wenn es sich lediglich um die „drittgrößte Geschäftsbank der Bundesrepublik Deutschland“ handelt.

2. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Änderung der Vorschriften des Sparkassengesetzes über die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Westdeutschen Landesbank einzusetzen:

a) Nach dem Vorbild des Kommunalwahlgesetzes ist die Unvereinbarkeit der Tätigkeit der Staatsaufsicht — auch als Minister — und im Verwaltungsrat der Landesbank festzulegen, um Interessenkollisionen zu vermeiden und eine klare Trennung der verschiedenen Bereiche der politischen Verantwortung zu erreichen.

b) Es ist sicherzustellen, daß dem Verwaltungsrat der Landesbank nur eigens gewählte und keine geborenen Mitglieder angehören. Die Innehabung und auch die qualifizierte Wahrnehmung eines Amtes bietet noch keine Gewähr für die Eignung als Verwaltungsratsmitglied.

c) Entsprechend den Grundsatzbeschlüssen der Gewerkschaften und den programmatischen Forderungen der SPD ist bei der WestLB die paritätische Mitbestimmung einzuführen, wenn die Diskussion zu 1. zur Bejahung der Universalbankfunktionen bei der WestLB führen sollte. Unabhängig von ihrer Rechtsform kann nur so die taugliche Qualifikation und das erforderliche Engagement zur Kontrolle des Vorstandes gefunden werden.

Ein Zwang zur Gleichstellung mit den nur zu einem Drittel mitbestimmten Sparkassen ist nicht gegeben, weil die Vorstände dieser kommunalen Kreditinstitute — anders als der WestLB-Vorstand — regional und geschäftsnah durch in politischer Verantwortung stehende Ratsmitglieder demokratisch kontrolliert werden.

Initiativ-Antrag: Nr. 1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen

Die SPD hat als erste Partei in der Bundesrepublik mit aller Klarheit festgestellt, daß die heimische Stein- und Braunkohle den Vorrang vor anderen Energieträgern genießen muß. Die Beschlüsse des Parteitages von Hamburg haben dies mit Nachdruck unterstrichen. Auf der gleichen Linie liegen auch die Beschlüsse der SPD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 24./25. 2. 1978 in Düsseldorf.

Die politischen Ereignisse im Iran sowie der schwere Unfall im Kernkraftwerk Harrisburg haben erneut deutlich gemacht, welche Risiken in der Abhängigkeit der Bundesrepublik von Energieimporten sowie in der Einführung der Kern-energietechnik liegen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der SPD hält daher in Übereinstimmung mit der Linie der sozialdemokratischen Energiepolitik in Ländern und Bund für notwendig:

1. Alle Möglichkeiten der Energieeinsparung müssen ausgeschöpft werden.

2. Alle energiepolitischen Maßnahmen in Ländern und Bund müssen mit großem Nachdruck das Ziel verfolgen, die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom importiertem Rohöl zu verringern. Die Politik „weg vom Öl“ muß fortgesetzt und verstärkt werden.

3. Die zukünftige Entwicklung heimischer Energiequellen — insbesondere der deutschen Steinkohle — muß Vorrang genießen. Bundes- und Landesregierungen sollen neue Zielsetzungen für die Entwicklung der heimischen Energieträger entwickeln. Die Abhängigkeit der Bundesrepublik auf dem Mineralölsektor darf nicht durch eine neue Abhängigkeit von außereuropäischen Kohlelieferanten ersetzt werden. Eine Erhöhung der Kohle-Importkontingente wird daher abgelehnt.

Der Parteitag begrüßt die Absicht der Landesregierung, Energie dort einsparen zu helfen, wo dieses möglich erscheint. Dieses gilt insbesondere für alle Maßnahmen zur Förderung von Systemen der Fernheizung und der Verdichtung vorhandene Fernwärmenetze.

Hierbei ist darauf zu achten, daß durch Energieeinsparungstechniken möglichst neue Arbeitsplätze geschaffen werden, zumindest aber das Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigt wird.

4. Die behutsame Politik der Landesregierung auf dem Gebiet der Kernenergie, die sich aller damit verbundenen Risiken voll bewußt ist, wird unterstützt.

Diese Politik ist durch die Entwicklung der letzten Monate bestätigt, in denen wir den Unfall von Harrisburg und die Entscheidungen der Landesregierung von Niedersachsen zum Bau des Entsorgungszentrums Gorleben erlebt haben.

Die Fortsetzung dieser Politik erfordert:

4.1 Die Sicherheitskonzepte der deutschen Reaktoren, insbesondere der Leichtwasserreaktoren, sind zu überprüfen; die Computerstörfallanalyse ist zu vervollständigen. Bei Sicherheitsbedenken muß auch — wie bisher — zum Mittel des Abschaltens gegriffen werden.

4.2 Die Landesregierung muß ihren Beitrag zur Entsorgung der bestehenden Anlagen leisten. Daher ist auch das Genehmigungsverfahren für ein Zwischenlager in Ahaus fortzuführen. Unbeschadet der Ergebnisse dieses Verfahrens wird eine Errichtungs- und Betriebsgenehmigung nur erteilt werden, wenn

— feststeht, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung im Rahmen eines Entsorgungssystems gebracht werden,

— auch andere Bundesländer sich zu einem stärkeren Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung verpflichten,

— Bundesregierung und die anderen Bundesländer sich verpflichten, die Kohlepolitik als nationale Aufgabe anzusehen und ihre Lasten mit zu tragen.

4.3 Die Landesregierung muß ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten.

4.3.1 Dies bedeutet den Weiterbau vor allem des Hochtemperaturreaktors, mit dem Ziel der Gewinnung nuklearer Prozesswärme und damit der Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle.

4.3.2 Über weitere Teilerrichtungsgenehmigungen des Schnellen Brütters (SNR 300) soll die Landesregierung erst nach Vorlage eines entsprechenden Berichts der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ entscheiden.

4.4 Die Landesregierung macht Genehmigungen weiterer Leichtwasserreaktoren davon abhängig, daß die Entsorgung gelöst ist und Sicherheitsbedenken nicht bestehen. Ferner sieht sie den gesicherten Zubau neuer Steinkohlenkraftwerke als Voraussetzung derartiger Genehmigungen an.

Die Landesregierung muß bei ihrer Politik auf dem Gebiet der Kernenergie gesamtstaatliche Belange beachten und vor allem auch internationale Zusammenhänge berücksichtigen. Die bestehenden Sicherheitsprobleme auf dem Gebiet der Kernenergie lassen sich nicht auf nationaler Ebene allein lösen, sondern nur aufgrund internationaler Vereinbarungen.

Der Parteitag ist sich bewußt, daß zur Zeit weder eine Entscheidung für den beschleunigten Ausbau der Kernenergie noch eine Entscheidung für den endgültigen Verzicht auf Kernenergie vertretbar ist.

5. Der Parteitag bittet die Landesregierung, den Neubau von Steinkohlenkraftwerken zu beschleunigen. Steinkohlenkraftwerke sind auch für den Grundlastbereich und in allen Bundesländern zu bauen. Dabei sollen insbesondere veraltete Anlagen außer Betrieb genommen und durch neue, wirksamere umweltfreundlichere Kraftwerke ersetzt werden.

Der Parteitag begrüßt dieses auch deshalb, weil neben der Sicherung der Stromversorgung auch der Absatz für unsere heimische Steinkohle und zugleich über den Bergbau hinaus Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Die Bemühungen um eine weitere Verbesserung des Umweltschutzes, welche die Voraussetzungen für eine verstärkte Verwendung der Steinkohle als Energieträger schafft, sind fortzusetzen.

Aus den immer schärfer werdenden berechtigten Umweltauflagen ergeben sich Kostenbelastungen, die durch öffentliche Hilfen erleichtert werden sollen. Insbesondere sollen die für das Ruhrgebiet typischen Umweltbelastungen abgefangen werden, damit bundesweit das Ruhrgebiet nicht durch Wettbewerbsverzerrung benachteiligt wird. Mit Nachdruck unterstützt der Parteitag die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen durch steuerliche Vergünstigungen.

6. Die Instrumente für eine planvolle staatliche Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen sind weiter zu verbessern; das bedeutet insbesondere:

6.1 Der Landesentwicklungsplan VI wird um eine Festlegung der zu erneuernden Kohlekraftwerke in NW ergänzt. Für den Bau der Kohlekraftwerke wird eine Prioritätenliste festgelegt, die die Reihenfolge der zu bauenden Kraftwerke nach strukturpolitischen, umweltpolitischen und strombedarfsbezogenen Gesichtspunkten festlegt.

6.2 Die Landesregierung stellt in einem Zusatzplan zum LEP VI alle die Kraftwerksstandorte fest, die sich zur Kraftwärmekopplung eignen.

6.3 Die Landesregierung ergreift die Initiative, gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, Kohlekraftwerke, die älter als 15 Jahre alt sind und den technischen Möglichkeiten der Luftreinhaltung nicht mehr entsprechen, stilllegen zu lassen.

6.4 Die Landesregierung ergreift die Initiative, das Verbundleitungsnetz und die Lastverteilung unter staatliche Kontrolle zu bringen.

7. Neben den notwendigen Einsparungen sollten Alternativen entwickelt werden:

7.1 Es ist Vorsorge dafür zu treffen, daß der Verbrauch von Mineralöl (und damit leichtem Heizöl und Benzin) in Individualheizung und Individualverkehr mittelfristig stark eingeschränkt werden kann.

Dies soll erreicht werden durch:

a) vermehrte Anwendung von Fernwärme, verstärkten Einsatz der Wirbelschichtfeuerung sowie Einsatz von Wärmepumpen in Gebäuden, die nicht an Fernwärmesysteme angeschlossen werden können,

b) verstärkte Förderung der Sonnenenergie und Beseitigung von rechtlichen Hemmnissen zu ihrer Anwendung,

c) verstärkte Forschung zur Einführung alternativer Antriebssysteme im Verkehr.

7.2 Die Entwicklung neuer Kohletechnologien zur Herstellung von Gas und Flüssigbrennstoffen muß vorrangig gefördert werden.

7.3 Die Erforschung und Anwendung alternativer Energien muß verstärkt gefördert werden.

8. Die Kapazitäten im Steinkohlenbergbau müssen in technischer und personeller Hinsicht mittel- und langfristige ausgebaut werden. Insbesondere müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um neue Bergwerke zu errichten.

9. Die kreisfreien Städte und Kreise des Landes sollen lokale Energieversorgungskonzepte entwickeln.

Die Erstellung der lokalen Versorgungskonzepte soll durch folgende Maßnahmen beschleunigt werden:

— Alle Gemeinden bzw. Versorgungsunternehmen, die Anträge auf Subventionierung des Ausbaus der Energieversorgung sowie auf Tarifierhöhung stellen, müssen zuvor lokale Energieversorgungskonzepte erarbeiten und vorlegen.

— Die lokalen Energieversorgungskonzepte sollen die derzeitige Ausgangsbasis der Energieversorgung, die langfristigen Ausbaustategien für die leitungsgebundenen Energieträger, die vorgesehenen Maßnahmen zu sicherer, rationeller und umweltfreundlicher Energieversorgung sowie die voraussichtliche Kosten- und Erlösentwicklung beschreiben.

— Die Planungsvorhaben der Stadtentwicklungsplanung der Energieversorgungsplanung müssen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wirkungsvoller als bisher abgestimmt werden.

10. Der Landesvorstand wird aufgefordert, bis zur Vorlage des Landeswahlprogramms ein Programm für die Energiepolitik des Landes Nordrhein-Westfalen in der nächsten Wahlperiode vorzulegen.

Antrag-Nr.: II/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Umweltpolitik

Für die SPD in Nordrhein-Westfalen hat das Ziel, die Umweltbedingungen zu erhalten und zu verbessern, gleichen Rang mit dem Ziel, die Arbeitsplätze zu sichern. Der Umweltschutz geht dann vor, wenn Leben oder Gesundheit unserer Bürger oder unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind.

Die Ursachen der Umweltbelastungen gehen auf eine jahrzehntelange Entwicklung zurück. Sie sind das Ergebnis unzureichend kontrollierter industrieller Prozesse bis hin zu kriminellen Auswüchsen des Profitstrebens.

Im Ballungsraum zwischen Rhein und Ruhr ist die Sicherung menschenfreundlicher Umweltbedingungen besonders notwendig. Hier konkurrieren Industrie und Technik, die Nutzung heimischer Energiequellen sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen — Wasser, Boden, Luft und Erhaltung großflächiger Freiräume — vielfältig miteinander. Daraus ergeben sich zahlreiche Zielkonflikte, zum Beispiel zwischen

- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Verbesserung der Umwelt,
- Wasserschutzgebieten und Siedlungen,
- sicherer Umwelt und Produktion in Chemie und Technik,
- gesunder Wohnumwelt und lärmenden oder qualmenden Anlagen,
- intakter Landschaft und neuen Straßen.

Diese Konflikte zu lösen, bleibt eine ständige Aufgabe praktischer Umweltpolitik. Qualitatives Wachstum heißt für uns vor allem, den industriellen Prozeß umweltverträglich zu gestalten.

Die Verantwortung für den Menschen und seine Umwelt muß Richtschnur aller gesellschaftlich relevanten Entscheidungen sein. Produktion sowie wissenschaftlicher und technischer Fortschritt dienen dem Menschen und nicht umgekehrt.

In Nordrhein-Westfalen sind in den letzten zehn Jahren bedeutende umweltpolitische Fortschritte erzielt worden. Vor allem bei der Verminderung der Luftverschmutzung durch Staub und Schwefeldioxyd und der Wasserverunreinigung durch biologisch abbaubare Schadstoffe sind gute Ergebnisse zu verzeichnen. In anderen Bereichen sind die Erkenntnisse über die Umweltgefährdungen noch nicht voll in Abwehrmaßnahmen umgesetzt; hier liegen die Aufgaben der nächsten Jahre.

Dabei stellt sich auch das Problem des umweltpolitischen Vollzugsdefizits: Die mit den Umweltgesetzen angestrebten Zielsetzungen sind nicht immer erreicht.

Erfolgreicher Umweltschutz braucht Kontrolle vor Ort. Zwar sind in den letzten Jahren die Mittel und die Stellen für den Umweltschutz erhöht worden, aber dies reicht noch nicht aus. Dem Umweltgutachten 1978 ist zuzustimmen, daß in den Bereichen der Luft- und der Gewässerreinigung sowie bei der Überwachung der Lebensmittel auf Schadstoffe noch mehr Kontrolle, das bedeutet auch mehr Personal, nötig ist, um den Erfolg bei der Entdeckung von Verstößen zu erhöhen. Auf dem wichtigen Feld des Umweltschutzes muß vermieden werden, daß Gesetzesvorschriften und ihre Einhaltung in der Praxis weiter auseinanderklaffen.

Die Schwerpunkte sozialdemokratischer Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen richten sich darauf,

- gegen die Gefährdung unserer Umwelt durch Chemikalien und Technikkatastrophen vorbeugende Maßnahmen zu treffen und zu unterstützen,

- zum Schutz der Gewässer die Entwicklung und den Einsatz vorbeugender und weitergehender Technologien zu fördern,
- den Lärm, den die Bürger unseres Landes mit Recht beklagen, zu bekämpfen,
- Natur und Landschaft vor weiteren Zersiedlungen oder Zerschneidungen durch Straßen zu bewahren,
- darauf hinzuwirken, daß unsere Städte wieder attraktiver zum Wohnen werden.

Antrag Nr.: II/2
Antragsteller: OV Schönebeck/Bedingrade
Betrifft: Bundesimmissionsschutzgesetz

Die Bundestagsfraktion der SPD aufzufordern, bei einer Änderung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) — TA Luft keine zusätzlichen Belastungen für die Luft des Ruhrgebiets zuzulassen.

Antrag Nr.: II/3
Antragsteller: UB Mettmann
Betrifft: Lärmschutzmaßnahmen

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, mehr als bisher für den aktiven und passiven Lärmschutz einzutreten und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß:

1. die geplanten Straßen erneut auf ihre Notwendigkeit und Umweltverträglichkeit hin überprüft und nur solche Straßen gebaut werden, die den Lärmschutzanforderungen (TA Lärm vom 16. 7. 1968) entsprechen;
2. stornierte Straßenbaumittel für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Straßen verwendet werden;
3. bei Kraftfahrzeugen, die von der öffentlichen Hand betrieben werden, die neuesten technischen Maßnahmen zur Geräuschverminderung Verwendung finden;
4. auf Autobahnen und Bundesstraßen in der Nähe von Wohngebieten durch Geschwindigkeitsbeschränkungen und durch Verwendung von rollgeräuscharmen Straßenbelägen ein Lärminderungseffekt erreicht wird;
5. bei Kleinkrafträdern der hohe Schallpegel erheblich verringert wird (z. B. durch Änderung der Baubestimmungen);
6. durch Erhöhung der Landegebühren für laute Flugzeuge den Fluggesellschaften Anreiz zur beschleunigten Umstellung gegeben wird;
7. verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wohngebieten mit Landesmitteln gefördert werden. Hierzu sind die Ergebnisse der laufenden Modellversuche unverzüglich auszuwerten.

Antrag Nr.: II/4
Antragsteller: OV Teigte/Westbevern
Betrifft: Fluglärm

In Anlehnung an das Bundesgesetz zum Schutz gegen den Fluglärm vom 30. 3. 1971 und den Entwurf des LEP IV des Landes Nordrhein-Westfalen von August 1978, durch den die Lärmschutzbereiche durch Rechtsverordnungen für zivile und militärische Flugplätze nach dem Maße der voraussehbaren Lärmbelastungen festgesetzt werden, sollen durch den Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern Lärmuntersuchungen und Lärmkataster für die sogenannten militärischen Tiefflugschneisen veranlaßt und erstellt werden. Diese Unterlagen sind dann die Grundlage für die Wahrung von Entschädigungsansprüchen für bauliche Schallschutzmaßnahmen, die dann aus dem Verteidigungsetat zu zahlen wären.

Antrag-Nr.: X/4
Antragsteller: UB Mettmann
Betrifft: Umweltverträglichkeitsprüfung

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, durch gesetzliche Maßnahmen sicherzustellen, daß in Zukunft bei öffentlichen sowie privaten Bauvorhaben zu Beginn des Planungsverfahrens Umweltbelange stärker berücksichtigt werden, durch eine genaue und frühzeitige Analyse ihrer Belastung auf die Umwelt.

Das bedeutet, die Umweltverträglichkeitsprüfung gesetzlich zu verankern und für alle Fachplanungen verbindlich einzuführen.

Antrag: III/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Freizeitpolitik

Eine Politik, die dem Menschen dienen will, darf nicht nur die notwendige Humanisierung der Arbeitswelt zum Ziel haben, sondern muß sich auch um die Qualität der Lebensbedingungen in der zunehmenden arbeitsfreien Zeit kümmern. Mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist verbunden, daß in Zukunft die arbeitsfreie Zeit an jedem Tag, an den Wochenenden und als Urlaub noch wesentlich an Bedeutung gewinnen wird.

Die Sozialdemokratische Partei Nordrhein-Westfalens fordert deshalb, daß eine zeitgerechte, flexibel auf die rasch wandelnden Bedürfnisse eingehende und umfassende Freizeitpolitik als eigenständige Fachpolitik entwickelt wird. Diese muß das Ziel verfolgen, für das gesamte Land und für alle seine Bewohner chancengleiche Voraussetzungen zum selbstbestimmten Freizeitleben zu schaffen.

Bei der Ausgestaltung sind entsprechend den Bedürfnissen unterschiedliche Angebote zu entfallen für Stadt und Land, für junge und alte Menschen, für Familien und Alleinlebende etc.

Der Bürger soll sich in seiner Freizeit in Lebensformen verwirklichen können, die seinen Bedürfnissen entsprechen: Bedürfnissen nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, nach Spaß, Spiel und Muße, nach Kommunikation, Kontakt und menschlicher Zuneigung, nach Anerkennung und Sicherheit, nach gesundheitlichem Wohlbefinden, nach sozialem, kulturellem und politischem Engagement.

Nicht Verplanung der Freizeit ist das Ziel sozialdemokratischer Freizeitpolitik, sondern Planung und Schaffung der räumlichen und technischen Voraussetzungen sowie der Angebote, zwischen denen der einzelne wählen kann. Je mehr Wahlmöglichkeiten und je mehr Qualität die nicht kommerziellen Angebote enthalten, desto mehr Freiheit entsteht.

Die Berücksichtigung der eigenen Vorstellungen und Wünsche gilt für alle Bevölkerungsgruppen; in einer sozialdemokratischen Freizeitpolitik, die vor allem Hilfe zur Selbsthilfe leisten will, werden dabei aber überdurchschnittlich die Bedürfnisse sozial benachteiligter Gruppen zu berücksichtigen sein.

Sozialdemokratische Freizeitpolitik strebt an, bloßes Konsumverhalten und Passivität zu überwinden und kreative Eigengestaltung und aktives Handeln zu ermöglichen. Dieses Ziel wird um so leichter zu erreichen sein, je früher, je unmittelbarer und je vollständiger die Bürger an den Planungsprozessen der Angebotsträger beteiligt werden.

In Familie, Schule und den Weiterbildungseinrichtungen muß das Leben in der Freizeit vorbereitet und eingeübt

werden. Die Hochschulen müssen in Forschung und Lehre die neue Aufgabe der Verbesserung der Lebensqualität in der Freizeit stärker aufgreifen.

Leitbegriffe sozialdemokratischer Freizeitpolitik sind:

- wohnungsnah
- familienfreundlich
- offen
- kontaktfördernd
- leicht zugänglich
- kostengünstig
- anregend
- einladend zu eigenen Aktivitäten
- umfassend
- flexibel
- entwicklungsfähig.

Die sozialdemokratische Freizeitpolitik muß sachbereichsübergreifend ausgeformt werden:

Freizeit und Sport

Dem Sport als einer der wichtigsten Aktivitäten eines zeitgemäßen Freizeitlebens muß besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden; Sportmöglichkeiten müssen daher in vergleichbarem Umfang und in vergleichbarer Qualität überall im Land geschaffen werden.

Freizeit, Kultur, Bildung

Sozialdemokraten wollen ein kulturelles Freizeitangebot, das die Menschen zueinander führt; dabei soll vor allem die Lebensqualität in den gewachsenen Siedlungen und Landschaften erhalten und in den neu geschaffenen aufgebaut werden. Neben der Förderung kultureller Spitzenleistungen in Literatur, Theater, Musik und Film sind freizeitfreundliche Kulturangebote für jedermann zu entwickeln.

Bildungsangebote für die Freizeit müssen sich an den Wünschen und Interessen der Menschen orientieren.

Freizeit und Umwelt

Das Freizeitleben der Bürger vollzieht sich zum größten Teil in der Wohnung und in der Wohnumwelt. Die Verbesserung der freizeitgerechten Infrastruktur im Wohnungsbau und in der Wohnumwelt sind deshalb besonders bedeutsame Ziele sozialdemokratischer Freizeitpolitik. Im Landschaftsschutz und in der Anlage von Grünzügen sollen Naturerlebnis und Freizeitnutzung möglichst verbunden werden.

Freizeit und Urlaub

Urlaub und Tourismus erhalten durch die Ergebnisse gewerkschaftlicher Tarifpolitik eine wachsende Bedeutung. Sozialdemokratische Freizeitpolitik muß die Voraussetzungen sichern, daß die Urlaubszeit von allen Bevölkerungsgruppen mit gleichen Chancen gestaltet werden kann.

Private Initiativen, staatliche Förderung und begleitende Hilfen in der Freizeitpolitik erfordern — ohne dirigistische Ansprüche — die Schaffung eines angemessenen organisatorischen Rahmens in der Landesregierung, im Landesparlament und in den Gemeinden.

Antrag: IV/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Aufgaben sozialdemokratischer Bildungspolitik in den 80er Jahren

Die Erwartungen an das Bildungssystem von Schülern, Eltern, Studenten, Lehrern und weiterbildungsorientierten Bürgern sind von unterschiedlichen Interessen geprägt und daher nicht einheitlich. Zudem ist es unserer Gesellschaft noch nicht hinreichend bewußt, daß ihre Zukunft insgesamt mit von der Güte und den Zielen der Bildung in unserem Lande abhängt.

Im nächsten Jahrzehnt ist die unverdrossene Fortsetzung der Bildungsreform vorrangig aus drei Gründen notwendig: Kinder und Familien in unserer Gesellschaft beanspruchen von der Schule die bestmögliche Förderung der vorhandenen Begabungen, die Vorbereitung auf Berufswahl und Berufstätigkeit sowie Hilfen zur Entwicklung selbständiger Bürger mit persönlicher Glücksverwirklichung.

Unsere demokratische Gesellschaft fordert die Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit sowie die Förderung der sozialen Integration. Dazu kann ein humanes und ausgebautes Bildungssystem einen entscheidenden Beitrag leisten. Die wirtschaftliche Entwicklung fordert ein Bildungswesen, das einem flexiblen Beschäftigungssystem den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu sichern vermag.

1. Ausbau des Bildungssystems

Sozialdemokraten haben in den 70er Jahren mit erheblichen Mitteln Schulen und Hochschulen ausgebaut und personell verstärkt. In den 80er Jahren kommt es darauf an, die Kapazitäten im Bildungsbereich optimal für alle Bürger zu nutzen und der nachwachsenden Generation von Pädagogen und Wissenschaftlern eine Chance für sinnvolle Arbeit im Bildungssystem zu geben.

2. Schulreform

Der Zugang zu allen Schulangeboten ist erheblich erweitert worden. Ein erster Schritt zum Ziel der Chancengleichheit konnte getan werden. Gleichwohl konnte Chancengleichheit noch nicht verwirklicht werden. Die pädagogische und inhaltliche Reform des Schulwesens muß in Zusammenarbeit mit Lehrern, Eltern und Schülern fortgesetzt werden. Die Schule kann in einer modernen und dynamischen Gesellschaft kein isolierter Bereich sein. Hauptziel der SPD in den 80er Jahren ist in der Schulpolitik der Ausbau der Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet: es müssen entsprechend den Elternwünschen in allen Landesteilen Gesamtschulplätze geschaffen werden. Gleichzeitig muß das Angebot an Ganztagschulen entscheidend ausgeweitet werden.

3. Humane Schule

Die Schule steht nicht außerhalb der notwendigen technischen Entwicklung. Sie darf aber nicht bloßer Zulieferer für die Erfordernisse einer hochzivilisierten, auf Leistung abgestellten Wirtschaft und Umwelt sein. Der Schule muß ein pädagogischer Freiraum gesichert werden. Die Stärkung des musischen Bereichs und des Sportes kann dazu entscheidend beitragen. Zensuren müssen auf Leistungskurse beschränkt werden.

Die Schule und ihre Spielplätze müssen zu Mittelpunkten von Wohnbereichen gestaltet werden. Dadurch kann unser Ziel unterstützt werden, eine fröhliche Schule zu schaffen, in der Schulangst verhindert wird und Lernen Spaß macht. Ziel muß sein: Schulabschluß und Chancengleichheit für alle Jugendlichen.

4. Berufsausbildung

In den 80er Jahren befinden sich die geburtenstarken Jahrgänge in der Ausbildung an den Berufsausbildungsplätzen, in den beruflichen Schulen und an den Hochschulen. Die Förderung des Ausbildungsbereichs muß deshalb noch mehr Schwerpunkt sozialdemokratischer Bildungs- und Beschäftigungspolitik werden. Es gilt, möglichst allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten.

5. Weiterbildung

In der nächsten Generation sinkt der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung. Demgegenüber nimmt der Anteil der Erwachsenen und ihr Bildungsbedürfnis zu. „Lebenslanges Lernen“ wird in einer modernen Industriegesellschaft für alle Bürger immer notwendiger. Gleich-

zeitig kann das Weiterbildungssystem den traditionellen Bildungsbereichen effizient Aufgaben abnehmen.

Der von den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen mit dem Weiterbildungsgesetz eingeleitete Ausbau des Weiterbildungssystems zum vierten Hauptbereich des Bildungswesens muß konsequent fortgesetzt werden. Dazu bedarf es auch einer gesetzlichen Regelung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer.

6. Fernstudium

Mit dem schnellen Aufbau der Fernuniversität Hagen wurde in Deutschland ein erster und ein entscheidender Schritt zur Öffnung von Bildungsangeboten für breite Bevölkerungsschichten eingeleitet. Die SPD will das Fernstudium als Weiterbildungsmöglichkeit mit Abschlußbezug auch für Bürger anbieten, die keine formale Hochschulzugangsberechtigung besitzen. Bessere Qualifikation schützt immer noch am besten vor Arbeitslosigkeit.

7. Hochschule

Der Großausbau der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ist bald abgeschlossen. Nordrhein-Westfalen ist von einem hochschularmen zu einem hochschulreichen Bundesland geworden. Die Studienreform und der Ausbau neuer Aufgabengestaltungen der Hochschulen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Weiterbildung, müssen jetzt an Bedeutung gewinnen. Der Bezug der Hochschulen zur Arbeitswelt und zur regionalen und kommunalen Umwelt muß verstärkt werden.

Die SPD setzt sich zum Ziel, alle Hochschulen in Nordrhein-Westfalen organisatorisch und inhaltlich als Gesamthochschulen auszubauen. Vorrangig müssen die vorhandenen sechs Gesamthochschulen in ihrer sachlichen und personellen Ausstattung gefördert werden. Die integrierten Studiengänge sind auszuweiten. Das Studiengangskonzept der Gesamthochschulen fordert beamten- und besoldungsrechtliche Konsequenzen, die von den Sozialdemokraten unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit und der Anerkennung von Leistung bejaht werden.

8. Bildungs- und Beschäftigungssystem

Die Wechselwirkungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem müssen besser erforscht werden und für die Bürger einsichtig sein. Für Sozialdemokraten bleibt eine optimale Bildung und Ausbildung ein Wert an sich. Bildung ist eine wesentliche Vorbedingung für die Entfaltung der Persönlichkeit und die Weiterentwicklung der Beschäftigungsstrukturen. Gleichzeitig müssen die Sozialdemokraten jedoch vor übertriebenen beruflichen Prestigeerwartungen aufgrund von mehr Bildung warnen. Das Problem unserer Gesellschaft ist nicht Überqualifikation, sondern Unterqualifikation.

9. Bildung und Kultur

Bildung wird nicht nur durch organisiertes Leben vermittelt. Bildung ist ein Teil der gesamten kulturellen Entwicklung des Menschen. Eine verbreiterte Kulturförderung des Landes, die die kommunale Verantwortung weiterhin voll anerkennt, soll eine räumliche, personelle und inhaltliche Verknüpfung des Bildungs- und Kulturbereichs zum Ziel haben. Die Öffnung der Bildungseinrichtungen als Zentren der Kultur, Begegnung und Freizeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bürgern, Gemeinden und Land.

10. Beratung

Unter sozialdemokratischer Mitverantwortung in der Regierung sind zahlreiche Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen an unser sich ständig erweiterndes Bildungssystem herangeführt worden. Die Schulmitwirkung stärkt dabei den Elternwillen bei der Nutzung der vielfältigen Bildungsangebote. Der Ausbau des

Bildungssystems und die Belastung der Schule in einer hochzivilisierten Umwelt erfordern jedoch in der Zukunft ein ausgebautes Beratungssystem für Schüler und Eltern. Die Schule muß nicht nur lehren, sondern auch beraten und helfen und die Verbindung zu den außerschulischen Lebensbereichen herstellen.

11. Minderheiten im Bildungssystem

Der politische und moralische Anspruch der Sozialdemokraten hat sich immer an ihren Leistungen für die Minderheiten, die fast immer die Schwachen sind, orientiert. Sozial Schwache, langsam Lernende, Behinderte, Ausländer: an den besonderen Angeboten des Bildungssystems gegenüber diesen Gruppen muß sich bewiesen, daß es auf die Schaffung gleicher Chancen und auf Solidarität angelegt ist.

12. Zusammenarbeit

Einer demokratischen Gesellschaft ist prinzipiell das Trennen und Abschotten unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche und der verschiedenen Formen unseres Bildungssystems fremd. Sozialdemokraten haben deshalb in Schulzentren, Gesamtschulen, Berufsschulen und Kultureinrichtungen und bei der Angleichung der Lehrpläne vielfältige Verknüpfungen hergestellt. Die Nahtstellen zwischen den Stufen des Bildungssystems müssen in der Zukunft noch überschaubarer und überwindbarer sein. Zusammenarbeit muß im Bildungswesen zu einem übergeordneten Prinzip werden.

Antrag: IV/2

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betrifft: Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Die verfassungsrechtlich gebotene Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft hat richtigerweise veränderte Inhalte, Träger und Ziele der Kulturpolitik geschaffen. In der derzeitigen Unsicherheit unserer Wertorientierung erscheint vieles unklar. Aber eine Entwicklung wird besonders deutlich: der überall erkennbare Ruf nach mehr Menschlichkeit, nach menschlicherem Wohnen, nach menschlicherer Arbeitswelt, menschlicherer Stadtplanung, menschlicherer Politik. Dem einzelnen sollen durch zusätzliche und andere Angebote im kulturellen Bereich praktische Hilfen gegeben werden, damit er seine Freizeit aktiv, gruppenbezogen, erlebnisorientiert und „erfüllt“ nutzen kann oder lernt. Alle zentralen und dezentralen Kulturangebote sollen die Chancen einer Zusammenarbeit suchen.

Die kulturellen Aktivitäten und Angebote sind nach Auffassung der SDP Nordrhein-Westfalens für breitere Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen zu öffnen und müssen sich den Wünschen und Neigungen aller Menschen in einem Gemeinwesen verpflichtet fühlen. Kulturelle Zielsetzungen der Stadtentwicklung sind

- die vermehrte Erhaltung und Nutzung der überkommenen Bausubstanz durch Erlass eines Denkmalschutzgesetzes und die Verbreiterung der Finanzquellen für Denkmalpflege beim Land, bei den Kommunen, bei der Wirtschaft sowie bei Privatleuten einschließlich der Gründung örtlicher Stiftungen und Fördervereine,
- verstärkte Beteiligung der kommunalen Kulturpolitik an der Stadtentwicklung, z. B. durch eine Kunstkommission in den Gemeinden unter frühzeitiger Heranziehung der betroffenen Architekten, Künstler, Stadtplaner, Denkmalpfleger.

Eine Intensivierung der künstlerischen Gestaltung von öffentlichen Gebäuden unter dem Motto „Kunst am Bau“ kann einen Beitrag leisten für die persönliche Unterstützung von ortsansässigen Künstlern und Künstlergruppen.

Offene Kulturarbeit

Die zentralen Kultureinrichtungen, deren hohes Niveau unstrittig ist, sollen ergänzt werden durch „Kultur um die Ecke“. Diese Angebote sollen bezogen auf den Stadtteil bzw. die Wohnsiedlung mit den Bürgern und nicht nur immer für die Bürger gestaltet werden.

Eine offene Kulturarbeit benötigt andere „Kulturorte“, andere Räumlichkeiten zur Pflege des Gedankenaustausches, zum Kulturort gehören jene Nischen, die besonders das gesellige Leben ermöglichen: Höfe, Kneipen, Cafés, Wirtschaftsgärten und Brunnenplätze. Adressaten und Initiatoren können sein: freie kulturtragende Gruppen, Vereine und Einzelpersonen, Musikgruppen, Gesangsvereine, Theatergruppen, gesellige Vereinigungen, Künstlergruppen, Hobbyverbände, Land, Städte und Gemeinden.

Bausteine einer offenen Kulturarbeit können sein:

- ein Kulturabonnement zum Abbau der kulturellen Apetitlosigkeit,
- die Förderung privater Kulturträger durch beispielhafte Eröffnung von Aktionsfeldern für die kulturtragenden Vereine,
- eine Künstlerförderung mit Hilfe der Vergabe von Stipendien, von Arbeits- und Präsentationsmöglichkeiten, von gemeinsam betriebenen Verkaufsentaguren, von selbstgestalteten Kulturmärkten oder Kulturbörsen. Kurzfristig können auch Jugendmusikschulen modellhaft gefördert werden.
- In Klein- und Mittelstädten die Bildung von kulturellen Verbundsystemen und Kulturagenturen bei Wahrung der Programmverantwortlichkeit.

Theater und Orchester

Der Anspruch aller Bürger, kulturelle Angebote von möglichst hoher Qualität zu erschwinglichen Preisen in zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung oder ihrem Arbeitsplatz wahrnehmen zu können, muß mit finanzieller Hilfe des Landes eingelöst werden. Die Gewinne der staatlichen und staatlich konzessionierten Wett- und Glücksspielgesellschaften soll auch für die öffentlichen kulturellen Aufgaben verwendet werden.

Museen, Archive

Durch Modelle zur Museumspädagogik und -didaktik sollen auch mittlere und kleinere Museen ermuntert und in den Stand gesetzt werden, ihr Ausstellungswesen auch in Absprache mit anderen Einrichtungen zu gestalten. Das Ruhrgebiet soll mit Unterstützung des Landes ein Museum zur Geschichte des Industriezeitalters erhalten. Die Arbeitsbedingungen von privaten und öffentlichen Archiven sollen durch ein Archivgesetz stabilisiert werden.

Musik

Die ein Musikangebot tragenden Einrichtungen sind angemessen zu finanzieren und bestehende Defizite abzubauen. Daher soll

- die Musikerziehung in den Kindergärten und Schulen angemessen berücksichtigt werden,
- in Gemeinden die Einrichtung einer Musikschule und Kunstscheule finanziell ermöglicht werden,
- das Chor- und Laienmusikwesen personell und sachlich vom Land und in den Kommunen gestützt werden,
- die Förderung der Hochschulen für Musik, der Orchester und der Musiktheater intensiviert werden,
- durch Förderungspreise, Stipendien und die Beschäftigung von jungen Solisten und Dirigenten auch begabten Musikern der Weg ins Berufsleben erleichtert werden.

Weiterbildung

Die Kulturarbeit in den Weiterbildungseinrichtungen soll in Zusammenarbeit mit den kommunalen Kulturinstitutionen den Zugang und das Verständnis in die vielfältigen kulturellen Themen erweitern.

Bibliotheksförderung

Eine gleichmäßige Versorgung der Landesteile mit einem ausreichendem Buchangebot soll nicht nur durch den Ausbau der zentralen Bibliotheken erfolgen, sondern bedarf auch einer notwendigen Ergänzung durch Stadtteilbibliotheken, Fahrbibliotheken und eines gezielten Angebotes für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Ausländerbibliotheken, Krankenhaus- und Schulbibliotheken).

Filmförderung

Der Film ist als klassisches Medium Schaufenster zur Darstellung der sozialen und gesellschaftlichen Situation und Entwicklung und bedarf verstärkter Förderungen.

Antrag Nr.: IV/3

Antragsteller: OV Bielefeld-Sudbrack

Betrifft: Gesamtschule als Angebotsschule

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Kultusminister des Landes NRW werden aufgefordert, die Einführung der Gesamtschule als Angebotsschule bereits in der jetzigen Legislaturperiode vorzubereiten.

Gesamtschulen sollen überall dort eingerichtet werden, wo durch den Elternwillen klar zum Ausdruck kommt, daß die Gesamtschule als ein Angebot neben den übrigen Schulformen gefordert wird.

Neugegründete Gesamtschulen sollen nach Möglichkeit folgende Strukturmerkmale aufweisen:

a) Die Gesamtschule wird in der Sekundarstufe I (Jahrgänge 5—10) als integrierte Stufenschule konzipiert.

b) Die kontinuierliche Fortsetzung der Stammgruppen vom 5.—10. Schuljahr wird durch Vermeidung der Außendifferenzierung in einer hinreichenden Fächerzahl sichergestellt.

— Bis zum 10. Schuljahr muß mindestens $\frac{1}{2}$ der Wochenstunden und Fächer ohne Außendifferenzierung unterrichtet werden.

— Zu den o. g. Fächern gehört das Fach Deutsch.

— Für Stammgruppenfächer sind binnendifferenzierende Lehr- und Lernmethoden vorzusehen.

— Inhalte des sozialen Lernens sind wesentlicher Bestandteil der Lerninhalte aller Fächer.

— Binnendifferenzierende Lehr- und Lernmethoden sind Bestandteil der Lehrerbildung.

— Binnendifferenzierende Verfahren werden in allen Fächern entwickelt und erprobt.

c) Die in der „Grundmodellphase“ vorgenommene abschlussbezogene Differenzierung in den Jahrgängen 8 — 10 ist aufzuheben.

d) Für alle Schüler ist die Erreichung eines einheitlichen Schulabschlusses mit unterschiedlicher Profilbildung vorzusehen.

e) Gesamtschulen werden als Ganztagschulen eingerichtet.

f) Gesamtschulen sollen in der Sekundarstufe I eine solche Zügigkeit aufweisen, daß die sinnvolle Weiterführung der Sekundarstufe II (Jahrgänge 11 — 13) mit einem genügend großen Angebot an Kursen in der Oberstufe gewährleistet ist.

g) Die Sekundarstufe II (Jahrgänge 11 — 13) der Gesamtschule muß gesamtschulspezifisch sein, d. h. sie ist als Kollegsche vorzusehen, die die Aufhebung der Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung vorantreibt, deren Integration ermöglicht und die Erlangung von doppeltqualifizierenden Abschlüssen vorsieht.

h) Gesamtschulen bestehen in der Regel aus Sekundarstufe I und Sekundarstufe II.

Zur Beseitigung spezifischer regionaler Schülerversorgungsprobleme sind Stufenzentren der Sekundarstufe I oder II vorgesehen.

i) Die frühestmögliche Einführung von Gesamtschulen als Angebotsschule ist durch den Gesetzgeber vorzusehen.

Weiterleitung an: Fraktion der SPD im Landtag NRW.

Antrag Nr.: IV/6

Antragsteller: OV Jülich

Betrifft: Gemeinschaftsschule als Regelschule

Die SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, das Schulordnungsgesetz entsprechend den Anforderungen an das heutige Bildungswesen zu novellieren und die Koalitionsvereinbarungen zur „Einführung der Gemeinschaftsschule als Regelschule für die Grundschule“ endlich zu verwirklichen.

Antrag Nr.: IV/8

Antragsteller: OV Jülich

Betrifft: Unterrichtszeiten in musischen und kreativen Fächern

In allen Klassenstufen des Primarbereiches sind feste Unterrichtszeiten mit gleicher Stundenzahl in den musischen und kreativen Fächern einzurichten.

Antrag Nr.: IV/10

Antragsteller: Bezirk WW

Betrifft: Ansiedlung des 10. Pflichtschuljahres im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens und Gestaltung des 11. Schuljahres als Berufsgrundbildungsjahr

Das für NRW beschlossene 10. Pflichtschuljahr ist ab Schuljahr 1982/83 ausschließlich im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens anzusiedeln.

Ein 11. Schuljahr ist als Berufsgrundbildungsjahr zu gestalten.

Antrag Nr.: IV/11

Antragsteller: UB Mettmann

Betrifft: Hausaufgaben (Studie)

Die SPD-Landtagsfraktion fordert das Kultusministerium auf, eine Gesamtauswertung aller schon vorhandenen Untersuchungen zu diesem Thema und eine grundlegende Studie zu erarbeiten, um zu klären, ob und inwieweit Hausaufgaben sinnvoll oder nicht sinnvoll sind.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Antrag Nr.: IV/12
Betrifft: Aktivierung von Eltern im Grund- und
Antrag Nr.: UB Mettmann
Hauptschulbereich

Die Landesregierung wird aufgefordert, daß ein Forschungsauftrag vergeben wird, der untersucht, wo Hemmnisse und Barrieren liegen, die ein Großteil der Eltern daran hindert, aktiv am Schulgeschehen teilzunehmen.

Antrag Nr.: IV/13
Antragsteller: UB Mettmann
Betrifft: Information über Schulbücher und Lernmittel

Die Sozialdemokraten in der Landtagsfraktion, den Kreistagen und Räten werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, in allen Schulen einen Raum bereitzustellen, wo alle Schulbücher und Lernmittel den Mitgliedern der Schulkonferenz zur Einsichtnahme ausliegen.

Um allen Eltern die Gelegenheit zu geben, die Schulbücher und Lernmittel zu sichten, sollen außerdem diese in den öffentlichen Büchereien bereitstehen.

Antrag Nr.: IV/14
Antragsteller: OV Bielefeld-Sudbrack
Betrifft: Einrichtung des Studiengangs
Arbeitslehre/Polytechnik an Universitäten
und Gesamthochschulen

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Studiengang Arbeitslehre-Polytechnik (Arbeitslehre-Wirtschaft-Technik / W-W-T) an den Universitäten und Gesamthochschulen einzurichten, die im Rahmen der Lehrerausbildung auf das Schulfach Technik-Wirtschaft/Arbeitslehre-Polytechnik vorbereiten.

Das Unterrichtsfach Arbeitslehre-Polytechnik (A-W-T) ist in den Stundentafeln und im Fächerkanon aller Schulformen und Schulstufen auszuweisen.

Antrag Nr.: IV/15
Antragsteller: OV Bielefeld-Sudbrack
Betrifft: Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Kultusminister des Landes NRW werden aufgefordert, bei der vorgesehenen Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes (LABG) darauf hinzuwirken, daß das Prinzip der Stufenlehrerausbildung für den Primarstufen-, Sekundarstufen- I und Sekundarstufenbereich II unverfälscht erhalten bleibt.

Es ist unerträglich, daß auf Drängen der F.D.P. und einiger Interessensverbände dieses Prinzip durchbrochen werden soll und erneut zu einer deutlichen Bevorzugung des Lehrers im gymnasialen Bereich führt, welches gleichzeitig eine Abqualifizierung von Lehrern für den Hauptschul- und Real schulbereich zur Folge hat. Lehrer mit der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I werden, solange keine Stufenschule als Regelschule existiert, in allen Schulformen eingesetzt.

Der Erwerb der Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II qualifiziert nicht automatisch für den Einsatz in der Unter- und Mittelstufe auch des Gymnasiums.

Antrag Nr.: IV/16
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Studienfach Sportmedizin

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Studiengang „Sportmedizin“ in NRW zu verstärken.

Antrag Nr.: IV/17
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Verankerung des Bereichs Gesundheits-
erziehung in allen Schulformen

Der Bereich „Gesundheitserziehung“ ist im Unterricht aller Schulformen fest zu verankern. Materialien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sollen dabei verwandt werden.

Antrag Nr.: IV/18
Antragsteller: Bezirk WW
Betrifft: Weiterführung des Modells Studiengang
Journalistenausbildung im Dortmunder
Hochschulbereich

Wegen der wichtigen Aufgaben der Medien in der Demokratie kommt der qualifizierten Aus- und Weiterbildung der Journalisten große Bedeutung zu. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hatte sich daher dafür eingesetzt, daß im Dortmunder Hochschulbereich (PH) ein Studiengang Journalistenausbildung eingerichtet wurde.

Da dieses Modell als Versuch 1980 ausläuft, ist unverzüglich darauf hinzuwirken, daß der Studiengang an der Universität Dortmund (deren Teil ab 1.4.1980 auch die bisherige PH ist) weitergeführt wird. Der Studiengang Journalistenausbildung ist darüber hinaus als Fortbildungsangebot für bereits berufstätige Journalisten auszubauen durch die Schaffung von Kontaktstudiumsmöglichkeiten.

Antrag Nr.: IV/20
Antragsteller: OV Leopoldshöhe
Betrifft: Einstellung von Lehrern

Alle ausgebildeten Lehrer sollen eingestellt werden, um die Fehlstunden auszufüllen und die Klassenfrequenz zu senken.

Antrag Nr.: IV/21
Antragsteller: UB Bochum
Betrifft: Schulunterricht für Kinder ausländischer
Arbeitnehmer

Einleitung:

Ausgehend von der Tatsache,

- daß ein nicht unerheblicher Teil der schulpflichtigen Kinder ausländischer Arbeitnehmer der Schulpflicht nicht genügt,
- daß der langfristige Besuch von Vorbereitungsklassen (Normal- und Langform) den Übergang in die Regelklasse nicht erleichtert, eher erschwert und somit die Eingliederung behindert,
- daß deshalb die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in weiterführenden Schulen (Realschulen, Gymnasien) unterrepräsentiert sind,
- daß weniger als die Hälfte aller schulpflichtigen Kinder ausländischer Arbeitnehmer derzeit die Schule ohne einen Abschluß (Hauptschulabschluß) verläßt,

sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, die die schulische Situation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer kurz- und mittelfristig so verändern, daß die in unseren Bildungseinrichtungen liegenden Bildungsmöglichkeiten und die entsprechenden Abschlüsse mehr als bisher genutzt bzw. erreicht werden.

1. Schulpflicht

1.1 Information der ausländischen Erziehungsberechtigten in allgemein-verständlicher Form auf zweisprachiger Grundlage

- über die Bildungsmöglichkeiten im Lande NW,
- über die entsprechenden Bildungsabschlüsse
- als Berufsvoraussetzungen,
- über außerschulische Bildungsmaßnahmen und Freizeiteinrichtungen.

1.2 Ermöglichung der Schulpflicht durch Entlastung ausländischer Kinder bzw. Jugendlicher von Aufsichtsaufgaben bei Berufstätigkeit beider Eltern.

Dies kann erreicht werden durch verstärkte Nutzung der vorschulischen Einrichtungen:

- Kindergärten,
- Kindertagesstätten, Kinderhorte,
- betriebliche Einrichtungen.

1.3 Materielle und finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen und Initiativen, die Kontakte zu ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien entwickeln, pflegen und ausländische Kinder/Erziehungsberechtigte betreuen.

1.4 Bereitstellung von Mitteln bzw. Stellen für Sozialarbeiter bzw. -betreuer (s. Maßnahme zur Betreuung arbeitsloser Jugendlicher 1976).

Sofern qualifizierte ausländische Sozialbetreuer nicht zur Verfügung stehen, sind entsprechende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten (Ausbildung von Sozialbetreuern).

1.5 Erarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Überwachung der Schulpflicht.

2. Unterricht

Den Kindern ausländischer Arbeitnehmer muß eine gleichberechtigte schulische Bildung ermöglicht werden. Das setzt entsprechende Organisationsstrukturen voraus.

2.1 Regelklassen

Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren oder vor ihrer Einschulung nach Deutschland eingereist sind und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, werden in die deutsche Regelklasse eingeschult.

2.2 Vorbereitungsklassen

In Vorbereitungsklassen werden Kinder ausländischer Arbeitnehmer ohne deutsche Sprachkenntnisse auf den Übergang in die deutsche Regelklasse vorbereitet. Die Verweildauer beträgt maximal 2 Jahre.

Vor Einschulung der Lernanfänger hat die Schule nach eingehender Prüfung den Nachweis zu führen, daß der Besuch einer Vorbereitungsklasse notwendig ist.

Das Ziel, nach max. 2 Jahren VKI den Übergang in die deutsche Regelklasse zu schaffen, kann erreicht werden, wenn

- der Klassenfrequenzhöchstwert der VKI die Zahl 15 nicht überschreitet,
- die VKI in ihrer Zusammensetzung konstant bleibt (keine Neuzugänge),
- das Unterrichtsangebot den für deutsche Kinder geltenden Richtlinien und Lehrplänen voll entspricht. (Das setzt eine Änderung der Richtlinien für den Unterricht der Kinder ausländischer Arbeitnehmer voraus.)

Sofern die Voraussetzungen gegeben sind, kann das Unterrichtsangebot auch zweisprachig erfolgen.

2.3 Auffangklassen

Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die im Laufe des Schuljahres in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, sind ausschließlich in Auffangklassen aufzunehmen (s. auch Beschulung von Spätaussiedlerkindern).

Durch einen hohen Stundenanteil „Deutsch als Zweitsprache“ ist sicherzustellen, daß die Schüler intensiv auf den Übergang in die Vorbereitungsklassen bzw. in die Regelklassen vorbereitet werden. Die Gruppengröße darf 15 Schüler nicht übersteigen.

Die erforderlichen Lehrstellen sind zur Verfügung zu stellen.

2.4 Fördermaßnahmen

Kinder ausländischer Arbeitnehmer haben ebenso wie deutsche Schüler ein Anrecht auf zusätzliche Fördermaßnahmen. Das gilt

- für den Unterricht in der Vorbereitungsklasse,
- für den Unterricht in der Regelklasse, insbesondere bei einem hohen Anteil an ausländischen Schülern,
- für die Zeit nach dem Übergang in die Regelklasse.

Für Fördermaßnahmen sind entsprechende Stellenzuschläge sicherzustellen.

2.5 Muttersprachlicher Unterricht

Der muttersprachliche Unterricht verfolgt die Aufgabe, Kindern ausländischer Arbeitnehmer die Muttersprache zu erhalten und zu entwickeln. Er ist deshalb Pflichtfach, und wird in das Zeugnis einbezogen.

An Schulen mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern in Regelklassen ist der muttersprachliche Unterricht in den Stundenplan zu integrieren. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird muttersprachlicher Unterricht als zusätzliches Pflichtfach am Nachmittag erteilt.

Es sind entsprechende Lehrpläne für den muttersprachlichen Unterricht zu entwickeln, die sowohl die Gegebenheiten des Herkunftslandes berücksichtigen als auch die des Gastlandes. Der Unterricht untersteht der deutschen Schulaufsicht.

Für den muttersprachlichen Unterricht sind die entsprechenden Stellen zu schaffen.

2.6 Abschlüsse

Kindern ausländischer Arbeitnehmer müssen durch die entsprechenden schulischen Maßnahmen alle Möglichkeiten eröffnet werden, die Bildungsabschlüsse zu erreichen, die deutschen Schülern geboten werden.

Durch entsprechende Kulturabkommen mit den Herkunftsländern ist sicherzustellen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Bildungsabschlüsse in den Herkunftsländern anerkannt werden.

2.7 Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung bzw. Ausbildung ausländischer Jugendlicher ist zu verbessern und zu intensivieren.

Berufsförderungswerke sind in besonderer Weise zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

3. Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung

Der Anteil ausländischer Kinder wird in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen, so daß erhöhter Bedarf an qualifizierten Lehrern besteht. Deshalb sind unverzüglich folgende Maßnahmen zu treffen:

- In die Studiengänge für das Lehramt und in die 2. Ausbildungsphase sind verstärkt Angebote zur Problematik der Beschulung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer aufzunehmen.

- An einzelnen Hochschulen (Schwerpunkte) sind entsprechende Lehrstühle einzurichten mit folgenden Inhalten:

- a) Deutsch als Zweitsprache (einschließlich Lese- und Schreiblehrgang),
- b) Kenntnisse über die Herkunftsländer einschließlich Sozialisationsprobleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer.

In der 2. Ausbildungsphase ist die Arbeit fortzuführen. Schwerpunktmäßig sind einzelne Ausbildungsgruppen damit zu beauftragen.

- Für deutsche und vor allem ausländische Lehrer sind entsprechende Kontakt- bzw. Fernstudienlehrgänge einzurichten mit folgenden Angeboten:
- Deutsch als Zweitsprache (einschließlich Lese-/Schreiblehrgang),
- Wissen über die Herkunftsländer einschließlich Sozialisationsbedingungen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer,
- Deutsch für Ausländer,
- Unterricht in der Muttersprache bzw. muttersprachlicher Unterricht,
- Studienfahrten in die Herkunftsländer vermitteln wertvolle Einblicke in das Schulwesen und in die Gepflogenheiten der Herkunftsländer. Sie sind durch Zuschüsse zu fördern und zu unterstützen.
- Für alle verpflichtende Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind entsprechende Pflichtstundenermäßigungen einzuräumen. Darüber hinaus sollten den Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern ausländischer Arbeitnehmer bzw. mit Vorbereitungsklassen zusätzliche Ermäßigungsstunden eingeräumt werden.

4. Lehr- und Lernmittel

Lehr- und Lernmittel, die im Unterricht in Vorbereitungsklassen oder im muttersprachlichen Unterricht eingesetzt werden, müssen dem Grundsatz der Vergleichbarkeit entsprechen. Deshalb sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Entwicklung spezieller Lehr- und Lernmittel für die einzelnen Zielgruppen unter Berücksichtigung des Prinzips der Zweisprachigkeit (Glossare),
- Entwicklung entsprechender Arbeitsmittel für den Unterricht mit Kindern ausländischer Arbeitnehmer,
- Entwicklung von Curricula für den Unterricht, der in der Muttersprache erfolgt, auf der Grundlage deutscher Richtlinien (Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Fachleute),
- Genehmigung aller ausländischen Schulbücher durch den Kultusminister,
- Ermächtigung der örtlichen Schulaufsicht, im Benehmen mit dem Schulträger je nach den Bedürfnissen und Erfordernissen die Sätze (Durchschnittsbeträge) für die einzelnen Klassen festzulegen.

5. Schüler-Lehrerstellen-Relation

In der 13. AVOSchFG vom 21. 2. 1979 ist die besondere Schüler-Lehrerstellen-Relation für Vorbereitungsklassen in Normalform aufgehoben worden. Die zusätzlichen Relationen für den entstehenden Unterrichtsbedarf betragen

- a) in der Grundschule 100,
- b) in der Hauptschule 85.

Um die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern mit dem Ziel, den ausländischen Kindern und Jugendlichen Bildungschancen zu eröffnen und die entsprechenden Bildungsabschlüsse zu ermöglichen, ist die Verbesserung

der zusätzlichen Relationen im GS- und im HS-Bereich auf 65:1 anzustreben. Eine solche Relation ermöglicht

- angemessene Größe der Lerngruppen,
- zielgerichtete Fördermaßnahmen in Vorbereitungs- und Regelklassen,
- muttersprachlichen Unterricht für alle ausländischen Schüler.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, daß für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und als Ausgleich für die hohe Belastung im Unterricht mit ausländischen Kindern Ermäßigungsstunden eingeräumt werden.

Anhang

Antrag Nr.: V/11

Antragsteller: OV Lünen-Stadt

Betrifft: Ausländische Mitbürger

1. Grundlegende Einleitung

Vor 1974 handelte es sich bei der Frage der Ausländerbevölkerung auf Bundes-, Landes- und Stadtebene um das Problem einzelner, meist männlicher, lediger oder lediggeheuder ausländischer Wanderarbeiter (EG-Terminus: Migrant-workers). Seither hat das Problem eine qualitative Verschiebung erhalten: Die Summe der Ausländer setzt sich, bedingt durch Familienzusammenführung, zunehmend mehr aus den übrigen Familienangehörigen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, zusammen, so daß nunmehr von einer ausländischen Wohnbevölkerung in diesem Lande und in den Städten auszugehen ist.

Die Entwicklung der Ausländerbevölkerung wird gekennzeichnet durch einige auffällige Abweichungen von der Entwicklung der deutschen Bevölkerung. Ein Blick auf die Altersstruktur liefert in diesem Zusammenhang einige bedeutsame Hinweise:

- Zur jüngeren Erwerbsbevölkerung (20—40 Jahre alt) gehören 53 Prozent aller Ausländer (gegenüber nur 27,7 Prozent aller Deutschen). In der Altersgruppe der über 50-jährigen Männer und Frauen hingegen beträgt der Ausländeranteil nur 8,9 Prozent (gegenüber 33 Prozent der deutschen Bevölkerung). Hierdurch bedingt übersteigt die Gesamterwerbsquote der Ausländer deutlich diejenige der Deutschen (67,5 Prozent der Ausländer gegenüber 40,1 Prozent der Deutschen im Jahre 1970).
- In der Altersgruppe der bis 6-jährigen Kinder betrug der Ausländeranteil bereits 1974 10,4 Prozent (Gegenüber nur 4,6 Prozent der deutschen Kinder). Jedes fünfte 1974 in Nordrhein-Westfalen geborene Kind hatte ausländische Eltern, obwohl der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung erst 7,0 Prozent betrug.
- Der Kinderanteil der ausländischen Familien liegt deutlich über demjenigen der deutschen Familien (z. B. liegt er bei den türkischen Familien zwischen 4 und 6 Kindern).
- Begünstigt durch Artikel 11 des Grundgesetzes können in Bezug auf die ausländische Bevölkerung bestimmte Konzentrationstendenzen beobachtet werden. Diese Neigung der ausländischen Bevölkerung zur nationalitätenspezifischen räumlichen Konzentration wird begleitet durch eine deutlich länger werdende Verweildauer in diesem Lande. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang eine besonders starke Abnahme der deutschen Bevölkerung in Räumen mit überdurchschnittlicher Zunahme der Ausländerbevölkerung festgestellt. Dieser Konzentrationsprozeß in diesen Wohngebieten vollzieht sich nicht zufällig. Untersuchungen beweisen vielmehr, daß solche Vorgänge vor allem dort ablaufen, wo alte Bausubstanz (z. B. Zehensiedlungen) billiges Wohnen ermöglicht.

1. Schulpflicht

1.1 Information der ausländischen Erziehungsberechtigten in allgemein-verständlicher Form auf zweisprachiger Grundlage

- über die Bildungsmöglichkeiten im Lande NW,
- über die entsprechenden Bildungsabschlüsse
- als Berufsvoraussetzungen,
- über außerschulische Bildungsmaßnahmen und Freizeiteinrichtungen.

1.2 Ermöglichung der Schulpflicht durch Entlastung ausländischer Kinder bzw. Jugendlicher von Aufsichtsaufgaben bei Berufstätigkeit beider Eltern.

Dies kann erreicht werden durch verstärkte Nutzung der vorschulischen Einrichtungen:

- Kindergärten,
- Kindertagesstätten, Kinderhorte,
- betriebliche Einrichtungen.

1.3 Materielle und finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen und Initiativen, die Kontakte zu ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien entwickeln, pflegen und ausländische Kinder/Erziehungsberechtigte betreuen.

1.4 Bereitstellung von Mitteln bzw. Stellen für Sozialarbeiter bzw. -betreuer (s. Maßnahme zur Betreuung arbeitsloser Jugendlicher 1976).

Sofern qualifizierte ausländische Sozialbetreuer nicht zur Verfügung stehen, sind entsprechende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten (Ausbildung von Sozialbetreuern).

1.5 Erarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Überwachung der Schulpflicht.

2. Unterricht

Den Kindern ausländischer Arbeitnehmer muß eine gleichberechtigte schulische Bildung ermöglicht werden. Das setzt entsprechende Organisationsstrukturen voraus.

2.1 Regelklassen

Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland geboren oder vor ihrer Einschulung nach Deutschland eingereist sind und über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, werden in die deutsche Regelklasse eingeschult.

2.2 Vorbereitungsklassen

In Vorbereitungsklassen werden Kinder ausländischer Arbeitnehmer ohne deutsche Sprachkenntnisse auf den Übergang in die deutsche Regelklasse vorbereitet. Die Verdauungsdauer beträgt maximal 2 Jahre.

Vor Einschulung der Lernanfänger hat die Schule nach eingehender Prüfung den Nachweis zu führen, daß der Besuch einer Vorbereitungsklasse notwendig ist.

Das Ziel, nach max. 2 Jahren VKI den Übergang in die deutsche Regelklasse zu schaffen, kann erreicht werden, wenn

- der Klassenfrequenzhöchstwert der VKI die Zahl 15 nicht überschreitet,
- die VKI in ihrer Zusammensetzung konstant bleibt (keine Neuzugänge),
- das Unterrichtsangebot den für deutsche Kinder geltenden Richtlinien und Lehrplänen voll entspricht. (Das setzt eine Änderung der Richtlinien für den Unterricht der Kinder ausländischer Arbeitnehmer voraus.)

Sofern die Voraussetzungen gegeben sind, kann das Unterrichtsangebot auch zweisprachig erfolgen.

2.3 Auffangklassen

Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die im Laufe des Schuljahres in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, sind ausschließlich in Auffangklassen aufzunehmen (s. auch Beschulung von Spätaussiedlerkindern).

Durch einen hohen Stundenanteil „Deutsch als Zweitsprache“ ist sicherzustellen, daß die Schüler intensiv auf den Übergang in die Vorbereitungsklassen bzw. in die Regelklassen vorbereitet werden. Die Gruppengröße darf 15 Schüler nicht übersteigen.

Die erforderlichen Lehrerstellen sind zur Verfügung zu stellen.

2.4 Fördermaßnahmen

Kinder ausländischer Arbeitnehmer haben ebenso wie deutsche Schüler ein Anrecht auf zusätzliche Fördermaßnahmen. Das gilt

- für den Unterricht in der Vorbereitungsklasse,
- für den Unterricht in der Regelklasse, insbesondere bei einem hohen Anteil an ausländischen Schülern,
- für die Zeit nach dem Übergang in die Regelklasse.

Für Fördermaßnahmen sind entsprechende Stellenzuschläge sicherzustellen.

2.5 Muttersprachlicher Unterricht

Der muttersprachliche Unterricht verfolgt die Aufgabe, Kindern ausländischer Arbeitnehmer die Muttersprache zu erhalten und zu entwickeln. Er ist deshalb Pflichtfach, und wird in das Zeugnis einbezogen.

An Schulen mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern in Regelklassen ist der muttersprachliche Unterricht in den Stundenplan zu integrieren. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird muttersprachlicher Unterricht als zusätzliches Pflichtfach am Nachmittag erteilt.

Es sind entsprechende Lehrpläne für den muttersprachlichen Unterricht zu entwickeln, die sowohl die Gegebenheiten des Herkunftslandes berücksichtigen als auch die des Gastlandes. Der Unterricht untersteht der deutschen Schulaufsicht.

Für den muttersprachlichen Unterricht sind die entsprechenden Stellen zu schaffen.

2.6 Abschlüsse

Kindern ausländischer Arbeitnehmer müssen durch die entsprechenden schulischen Maßnahmen alle Möglichkeiten eröffnet werden, die Bildungsabschlüsse zu erreichen, die deutschen Schülern geboten werden.

Durch entsprechende Kulturabkommen mit den Herkunftsländern ist sicherzustellen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Bildungsabschlüsse in den Herkunftsländern anerkannt werden.

2.7 Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung bzw. Ausbildung ausländischer Jugendlicher ist zu verbessern und zu intensivieren.

Berufsförderungswerke sind in besonderer Weise zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

3. Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung

Der Anteil ausländischer Kinder wird in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen, so daß erhöhter Bedarf an qualifizierten Lehrern besteht. Deshalb sind unverzüglich folgende Maßnahmen zu treffen:

- In die Studiengänge für das Lehramt und in die 2. Ausbildungsphase sind verstärkt Angebote zur Problematik der Beschulung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer aufzunehmen.

— An einzelnen Hochschulen (Schwerpunkte) sind entsprechende Lehrstühle einzurichten mit folgenden Inhalten:

- a) Deutsch als Zweitsprache (einschließlich Lese- und Schreiblehrgang),
- b) Kenntnisse über die Herkunftsländer einschließlich Sozialisationsprobleme der Kinder ausländischer Arbeitnehmer.

In der 2. Ausbildungsphase ist die Arbeit fortzuführen. Schwerpunktmäßig sind einzelne Ausbildungsgruppen damit zu beauftragen.

— Für deutsche und vor allem ausländische Lehrer sind entsprechende Kontakt- bzw. Fernstudienlehrgänge einzurichten mit folgenden Angeboten:

- Deutsch als Zweitsprache (einschließlich Lese-/Schreiblehrgang),
- Wissen über die Herkunftsländer einschließlich Sozialisationsbedingungen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer,
- Deutsch für Ausländer,
- Unterricht in der Muttersprache bzw. muttersprachlicher Unterricht,
- Studienfahrten in die Herkunftsländer vermitteln wertvolle Einblicke in das Schulwesen und in die Gepflogenheiten der Herkunftsländer. Sie sind durch Zuschüsse zu fördern und zu unterstützen.
- Für alle verpflichtende Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind entsprechende Pflichtstundenermäßigungen einzuräumen. Darüber hinaus sollten den Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern ausländischer Arbeitnehmer bzw. mit Vorbereitungsklassen zusätzliche Ermäßigungsstunden eingeräumt werden.

4. Lehr- und Lernmittel

Lehr- und Lernmittel, die im Unterricht in Vorbereitungsklassen oder im muttersprachlichen Unterricht eingesetzt werden, müssen dem Grundsatz der Vergleichbarkeit entsprechen. Deshalb sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Entwicklung spezieller Lehr- und Lernmittel für die einzelnen Zielgruppen unter Berücksichtigung des Prinzips der Zweisprachigkeit (Glossare),
- Entwicklung entsprechender Arbeitsmittel für den Unterricht mit Kindern ausländischer Arbeitnehmer,
- Entwicklung von Curricula für den Unterricht, der in der Muttersprache erfolgt, auf der Grundlage deutscher Richtlinien (Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Fachleute),
- Genehmigung aller ausländischen Schulbücher durch den Kultusminister,
- Ermächtigung der örtlichen Schulaufsicht, im Benehmen mit dem Schulträger je nach den Bedürfnissen und Erfordernissen die Sätze (Durchschnittsbeträge) für die einzelnen Klassen festzulegen.

5. Schüler-Lehrerstellen-Relation

In der 13. AVOzSchFG vom 21. 2. 1979 ist die besondere Schüler-Lehrerstellen-Relation für Vorbereitungsklassen in Normalform aufgehoben worden. Die zusätzlichen Relationen für den entstehenden Unterrichtsbedarf betragen

- a) in der Grundschule 100,
- b) in der Hauptschule 85.

Um die Unterrichtsversorgung nachhaltig zu verbessern mit dem Ziel, den ausländischen Kindern und Jugendlichen Bildungschancen zu eröffnen und die entsprechenden Bildungsabschlüsse zu ermöglichen, ist die Verbesse-

rung der zusätzlichen Relationen im GS- und im HS-Bereich auf 65:1 anzustreben. Eine solche Relation ermöglicht

- angemessene Größe der Lerngruppen,
- zielgerichtete Fördermaßnahmen in Vorbereitungs- und Regelklassen,
- muttersprachlichen Unterricht für alle ausländischen Schüler.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, daß für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und als Ausgleich für die hohe Belastung im Unterricht mit ausländischen Kindern Ermäßigungsstunden eingeräumt werden.

Anhang

Antrag Nr.: V/11

Antragsteller: OV Lünen-Stadt

Betrifft: Ausländische Mitbürger

1. Grundlegende Einleitung

Vor 1974 handelte es sich bei der Frage der Ausländerbevölkerung auf Bundes-, Landes- und Stadtebene um das Problem einzelner, meist männlicher, lediger oder lediggeheider ausländischer Wanderarbeiter (EC-Terminus: Migrant-workers). Seither hat das Problem eine qualitative Verschiebung erhalten: Die Summe der Ausländer setzt sich, bedingt durch Familienzusammenführung, zunehmend mehr aus den übrigen Familienangehörigen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, zusammen, so daß nunmehr von einer ausländischen Wohnbevölkerung in diesem Lande und in den Städten auszugehen ist.

Die Entwicklung der Ausländerbevölkerung wird gekennzeichnet durch einige auffällige Abweichungen von der Entwicklung der deutschen Bevölkerung. Ein Blick auf die Altersstruktur liefert in diesem Zusammenhang einige bedeutsame Hinweise:

- Zur jüngeren Erwerbsbevölkerung (20—40 Jahre alt) gehören 53 Prozent aller Ausländer (gegenüber nur 27,7 Prozent aller Deutschen). In der Altersgruppe der über 50-jährigen Männer und Frauen hingegen beträgt der Ausländeranteil nur 8,9 Prozent (gegenüber 33 Prozent der deutschen Bevölkerung). Hierdurch bedingt übersteigt die Gesamterwerbsquote der Ausländer deutlich diejenige der Deutschen (67,5 Prozent der Ausländer gegenüber 49,1 Prozent der Deutschen im Jahre 1970).
- In der Altersgruppe der bis 6-jährigen Kinder betrug der Ausländeranteil bereits 1974 10,4 Prozent (Gegenüber nur 4,6 Prozent der deutschen Kinder). Jedes fünfte 1974 in Nordrhein-Westfalen geborene Kind hatte ausländische Eltern, obwohl der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung erst 7,0 Prozent betrug.
- Der Kinderanteil der ausländischen Familien liegt deutlich über demjenigen der deutschen Familien (z. B. liegt er bei den türkischen Familien zwischen 4 und 6 Kindern).
- Begünstigt durch Artikel 11 des Grundgesetzes können in Bezug auf die ausländische Bevölkerung bestimmte Konzentrationstendenzen beobachtet werden. Diese Neigung der ausländischen Bevölkerung zur nationalitätenspezifischen räumlichen Konzentration wird begleitet durch eine deutlich länger werdende Verweildauer in diesem Lande. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang eine besonders starke Abnahme der deutschen Bevölkerung in Räumen mit überdurchschnittlicher Zunahme der Ausländerbevölkerung festgestellt. Dieser Konzentrationsprozeß in diesen Wohngebieten vollzieht sich nicht zufällig. Untersuchungen beweisen vielmehr, daß solche Vorgänge vor allem dort ablaufen, wo alte Bausubstanz (z. B. Zechensiedlungen) billiges Wohnen ermöglicht.

Antrag Nr.: IV/22
Antragsteller: UB Gütersloh
Betrifft: Schulversuch — Gesamtschule

Die Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen ist ab sofort und künftig regelmäßig über Entwicklung und Stand des Gesamtschulversuches zu unterrichten. Insbesondere sind Wesen und Inhalt der Gesamtschule umfassend zu erläutern, da außer dem Begriff selbst offensichtlich über die Gesamtschule nichts bekannt ist. Die Ortsvereine werden aufgefordert, Informationsmaterial zu beschaffen und nötigenfalls in der jeweils geeigneten Form aufzubereiten, damit es der Bevölkerung in leicht verständlicher Weise zugänglich gemacht werden kann.

Antrag: V/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Sozialdemokratische Familienpolitik

Die Lebensbedingungen der Familie werden entscheidend von den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft geprägt. Durch die Arbeitswelt und Wohnumwelt entstehen neue Probleme für die Familie und verändern die Familienstruktur. Daher muß Familienpolitik als aktive Gesellschaftspolitik die ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Familie ihre Aufgaben eigenverantwortlich erfüllen kann. Staatliche Mittel hierfür sind neben einer gerechten Einkommensumverteilung die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Bereitstellung von Beratungsdiensten und andere familienunterstützende Maßnahmen wie z.B. Gewährleistung von familienergänzenden Erziehungseinrichtungen.

Mit Befriedigung stellen wir fest, daß Nordrhein-Westfalen aufgrund der politischen Initiativen von Sozialdemokraten in bezug auf direkte familienpolitische Leistungen an der Spitze aller Bundesländer steht. Dies verdanken wir insbesondere

- dem Kindergartengesetz, wonach Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland die Elternbeiträge für Kindergärten abbaut;
- dem Weiterbildungsgesetz, das Familienbildung finanziell vorbildlich absichert und damit auch erstmals Arbeiterfamilien zugänglich macht;
- den jahrelangen Anstrengungen zum Ausbau des Beratungswesens und der Familienerholung.

Neue Initiativen sollten sowohl der Fortentwicklung der bisherigen Leistungen des Landes dienen als auch auf besondere Problemlagen, insbesondere junger Arbeitnehmerfamilien, abgestellt werden.

1. Ökonomische Hilfen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine weitere Verbesserung des Kindergeldes einzusetzen. Familienrelevante Sozialleistungen ebenso wie das Steuersystem sind sozial gerechter zu gestalten.

Insbesondere sind die Förderungsformen gesetzgeberisch neu zu gestalten, die bisher höhere Einkommen begünstigen, die jungen Familien mit kleinen Einkommen benachteiligen und die Kinderzahl nicht genügend berücksichtigen, wie z. B. das Splittingverfahren und der § 7 b des Einkommensteuergesetzes.

Beim Wohngeld muß in stärkerem Maße der Tatsache Rechnung getragen werden, daß Familien mit steigender Kinderzahl nicht nur absolut, sondern auch prozentual weniger belastbar sind.

In Ergänzung der Sozialhilfe sollte dafür gesorgt werden,

- daß Sozialhilfeempfänger, die bisher von den Verbesserungen des Kindergeldes ausgenommen sind, ebenfalls in den Genuß der Verbesserung kindbezogener finanzieller Hilfen kommen;
- daß ihnen darüber hinaus die Möglichkeit zur Teilnahme an Familienbildung und Familienerholungsmaßnahmen eröffnet wird.

Es ist darauf hinzuwirken, daß Familien mit Kindern von den Kosten der Beförderung im Personennahverkehr durch Einführung neuer und Verstärkung bestehender Tarifvergünstigungen entlastet werden (Einführung eines Familienpasses).

Zur Entlastung der Eltern sind künftig Kinderkrippen, Krabbelstuben, altersgemischte Einrichtungen und Horte voll in die finanziellen Regelungen des Kindergartengesetzes einzubeziehen.

Die Einführung einer allgemeinen finanziellen Geburtenförderung in Form von Anreizsystemen wie Prämien oder Darlehen wird abgelehnt. Dagegen sollte das Land finanzielle Hilfen für solche Familien entwickeln, die durch die Geburt eines Kindes in besonderem Maße belastet werden, z. B. für alleinerziehende Mütter und einkommensschwache Familien.

2. Familie und Erwerbstätigkeit

Als wichtiges sozialpolitisches Mittel zur Sicherung der Entwicklungschancen von Kleinkindern ist in den nächsten Jahren der Mutterschaftsurlaub schrittweise zu einem Elternurlaub auszubauen.

Der Elternurlaub soll es der Mutter oder dem Vater ermöglichen, sich bei gesichertem Arbeitsplatz, unter Fortzahlung eines Entgeltes ohne versicherungsrechtliche Nachteile, für die Erziehung eines Kleinkindes für einen Zeitraum bis zu 18 Monaten von der Arbeit freistellen zu lassen.

Gleichzeitig muß das Land seine Anstrengungen zur Schaffung von Ganztagsangeboten für Kinder verstärken. Dabei sind Kleinkinderinstitutionen (Kinderkrippen und Krabbelstuben) zu altersgemischten, qualifizierten Erziehungseinrichtungen weiterzuentwickeln. Insbesondere sollte das Land die Entwicklung neuer pädagogischer Konzeptionen fördern, die praxisbegleitende Fortbildung der pädagogischen Kräfte unterstützen und die Gruppengrößen von Ganztageseinrichtungen herabsetzen.

Ebenso sollte das Land verstärkt den Ausbau von Tagespflegestellen unterstützen. Die wirtschaftliche Lage der Pflegeeltern und ihre Beratung sind unter Verwertung der aus dem Tagesmuttermodell des Bundes gewonnenen Erfahrungen zu verbessern. Auch für die Fachkräfte im Jugendamtsbereich ist eine entsprechende Fortbildung anzubieten. Ein weiteres wichtiges Mittel, um Familienpflichten und Erwerbstätigkeit besser vereinbar zu machen, ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Sozialdemokraten unterstützen deshalb auf allen Ebenen die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche. Dort wo das Land im öffentlichen oder sozialen Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze bereitstellt oder fördert, sollte durch verstärktes Angebot flexibler Arbeitszeiten und von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer auf die Familienbedürfnisse Rücksicht genommen werden.

3. Familie und Schule

3.1 Die Richtlinien für den Bau von Schulen, die vom Land bezuschußt werden, sind dahingehend zu erweitern, daß

- genügend Räume für Kommunikation, kreative Betätigung (Spielen, Lesen, Werken) und Elternkontakte vorgesehen werden,

- Schulhöfe so angelegt und ausgestattet werden, daß sie sich zur spielerischen Entfaltung der Kinder innerhalb und außerhalb des Schulunterrichts eignen;

3.2 Das Bildungsangebot zur allseitigen Förderung des Kindes ist zu erweitern durch

- soziales Lernen
- musisch-kulturelle Bildung
- Vermittlung realistischer Vorstellungen von der Arbeitswelt und der Familie
- Einübung kooperativen und partnerschaftlichen Verhaltens
- Vorbereitung auf spätere Erziehungsaufgaben
- Verstärkung von Spiel und Sport im Unterrichtsplan.

Die Landesregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß in der Heimerziehung verstärkt Helme mit über-schaubaren Lebensgruppen mit individuell angepaßten Lebensformen geschaffen und Konzeptionen für die pädagogische Arbeit und die Ausstattung mit qualifiziertem Fachpersonal entwickelt werden, ferner Richtlinien erarbeitet werden, die den Jugendhilfebehörden Hinweise für die Einschränkung von Heimeinweisung geben.

4. Stärkung der Erziehungskraft der Familie

4.1 Es sind geeignete Schritte zu unternehmen, das Angebot an Eltern- und Familienbildung zu erweitern und so fortzuentwickeln, daß Familien aller Bevölkerungsschichten davon Gebrauch machen können. Vorrang sollten dabei folgende Maßnahmen haben:

- Stärkere Berücksichtigung der Eltern- und Familienbildung in den Erwachsenenbildungsplänen nach dem Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen,
- Förderung der Eltern- und Familienbildung im Wege elterlicher Mitwirkung in Kindertagesstätten und Schulen,
- Kostenlose Übersendung von Elternbriefen über Erziehungsfragen an junge Familien,
- Fortentwicklung der Richtlinien über finanzielle Förderung der Eltern- und Familienbildung.

4.2 Fortentwicklung der Richtlinien über die Förderung des Angebots an Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung und bedarfsgerechte Erweiterung des Angebots.

5. Familienfreundliches Wohnen und kindgerechte Umwelt

5.1 Kinderreichen Familien ist der Erwerb von Haus- und Wohnungseigentum zu erleichtern.

5.2 Wohnformen sind zu fördern, die erwerbstätige allein-erziehende Elternteile von ihrer Beanspruchung in Haushalt und Beruf entlasten.

5.3 Es sind Normen über die Größe der Kinderzimmer bauaufsichtlich einzuführen und Schallschutzanforderungen bei Kinderzimmern im Baugenehmigungsverfahren vorzuschreiben.

5.4 Ein Gesetzentwurf über Planung, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen ist vorzulegen und darin insbesondere vorzusehen:

- Aufstellung von Spielplatzbedarfsplänen,
- Beteiligung der Jugendhilfebehörden bei der Gestaltung von Kinderspielplätzen,
- Finanzielle Förderung von Kinderspielplätzen,
- Pädagogische Betreuung von Kinderspielplätzen.

5.5 Durch Erlass sind den für die Stadtplanung zuständigen Körperschaften Hinweise für die kind- und familiengerechte Gestaltung der Bauleitplanung zu geben.

5.6 Es sind Regelungen zu treffen, durch die Straßen als Spielstraßen ausgewiesen werden und es ist auf die Erweiterung des Angebots an Spielstraßen hinzuwirken,

5.7 Es sind Richtlinien zu erlassen über die Gestaltung verkehrsberuhigter Wohngebiete.

6. Familie und Gesundheit

6.1 Auf eine ausreichende Versorgung mit Sozialstationen, die Haushalts- und Kinderbetreuungshilfe gewährt, wenn Eltern wegen Krankheit oder anderen Gründen verhindert sind, ist hinzuwirken.

6.2 Eine Gestaltung der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen der Krankenhäuser bei der Krankenhausplanung ist sicherzustellen, die die Mitnahme eines Elternteils und offene Besuchszeitregelungen ermöglichen, um psychische Gefährdungen durch Elternentbehrung bei Krankenhausaufenthalt eines Kindes zu vermeiden.

6.3 Die Niederlassung von Kinderärzten in unterversorgten Gebieten durch Förderungsangebote ist zu verbessern.

6.4 Durch Verstärkung der Schulgesundheitspflege ist frühzeitig gesundheitlichen Risiken und Gesundheitsschäden entgegenzuwirken.

7. Kindesmißhandlungen

Die Landesregierung wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, die der Aufklärung und Behandlung von Kindesmißhandlungen dienen und dabei folgenden prophylaktischen Bemühungen Vorrang einzuräumen:

- Einrichtung von Kinderschutzzentren, die Kinder bei Konfliktsituationen in der Familie sozialpädagogisch betreuen und durch Familientherapie die Rückkehr des Kindes in die Familie ermöglichen,
- Einrichtung von Meldestellen für Kindesmißhandlung.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen kind- und familienbezogener Maßnahmen Schwerpunkte zur Förderung derjenigen Kinder zu setzen, deren Entwicklungschancen wegen besonderer sozialer Lebensbedingungen eingeschränkt oder gefährdet sind, wie die der Kinder ausländischer Arbeitnehmer oder der Kinder in sozialen Brennpunkten.

Antrag: V/2

Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW

Betrifft: Frauenpolitik

Das Verständnis von der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft ist nicht durch einmalige Anstrengungen in wenigen Jahren neu zu bestimmen. Dazu bedarf es vielmehr anhaltender Bemühungen und Anstrengungen aller politisch verantwortlichen Kräfte.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ihre Bemühungen um die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft fortzusetzen und zu verstärken. Für alle Lebensbereiche sind zusätzliche Maßnahmen notwendig, um den Frauen in unserer Gesellschaft jene gleichberechtigten Möglichkeiten zu schaffen, die ihnen über Jahrhunderte verwehrt worden sind.

Im einzelnen wird gefordert:

I. Schaffung gleicher Chancen für die Frau im Berufsleben

1. Elternurlaub — wahlweise für beide Elternteile

In Anknüpfung an die neue Regelung des Mutterschaftsurlaubs sollte der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet werden. Die Eltern sollten die Wahl haben, wer von ihnen den halbjährigen Elternurlaub in Anspruch nimmt.

2. Schaffung von Leerstellen im öffentlichen Dienst

Durch die Erweiterung des Elternurlaubs fällt die jeweils betroffene Arbeitskraft in den Betrieben und Behörden für ein halbes Jahr aus. Es ist zu befürchten, daß die anfallende Arbeit auf die übrigen Arbeitskräfte verteilt und zu höheren Arbeitsbelastungen führen wird. Solche Regelungen könnten möglicherweise zur Diskriminierung der neuen Elternurlaubsregelungen und aller Personen führen, die diese Regelung in Anspruch nehmen.

In Fällen des Elternurlaubs ist daher in den Betrieben und Behörden rechtzeitig Vorsorge für eine vernünftige Vertretungsregelung zu treffen. Dabei sollte der öffentliche Dienst beispielgebend vorangehen und in den öffentlichen Haushalten Leerstellen für die Vertretung bei Elternurlaub ausweisen.

Betriebsräte könnten dann solche Regelungen aufgreifen und ähnliche Lösungen für ihren Unternehmensbereich fordern.

3. Programm zur Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben

Der Wunsch vieler Frauen, nach Jahren der Kindererziehung in einen Beruf zurückzukehren, muß mit Hilfe eines umfassenden Programms zur beruflichen Qualifizierung ermöglicht werden. Die rasche Entwicklung des technischen Fortschritts wird es möglich machen, auch jene in dieses Programm einzubeziehen, die den halbjährigen Elternurlaub in Anspruch genommen haben. Ein solches Programm sollte ermöglichen:

a) Fortbildung für jene, die erneut in ihren erlernten Beruf zurückkehren möchten,

b) Umschulung für jene, die den Beruf wechseln wollen, dabei sollen verstärkt Möglichkeiten angeboten werden, Berufe in gewerblich-technischen Bereichen zu erlernen, die bisher überwiegend männlichen Bewerbern vorbehalten blieben.

4. Überprüfung von Arbeitsschutzbedingungen

Dort, wo bestehende Arbeitsschutzbestimmungen Frauen gleiche Chancen im Beruf verwehren, muß geprüft werden, inwieweit solche Vorschriften tatsächlich nötig sind und, falls ja, wie sie modifiziert werden können, um eine ungerechtfertigte Benachteiligung der Frauen zu beseitigen.

5. Intensivierung und Ausbau des von der Landesregierung bereits ergriffenen

— Förderungsprogramms zur Ausbildung von weiblichen Jugendlichen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen,

— Modellversuchs zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen.

II. Verbesserung der sozialen Stellung der Frau in der Gesellschaft

Die soziale Stellung der Frau wird vielfach noch immer geprägt durch eine materielle Schlechterstellung und vor allem durch gesellschaftliche Hemmnisse.

Weitere Maßnahmen sind nötig zum Abbau solcher Schwierigkeiten:

1. Ausbau der Hilfe bei Schwangerschaftskonflikten

Die Arbeiterwohlfahrt des Bezirksverbandes Niederrhein plant ein „Institut für Schwangerschaftskonflikte“. Die Landesregierung sollte diese Bemühungen unterstützen und prüfen, ob in anderen Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen ein Bedarf nach entsprechenden Einrichtungen besteht.

2. Systematische Förderung von Frauenhäusern

Die zahlreichen Frauenhausinitiativen in unserem Land (in ca. 20 Städten) zeigen, wie groß der Bedarf an Unterkünften für Frauen ist, die Schutz vor körperlicher und seelischer Bedrohung bieten.

Die Landesregierung sollte daher die Errichtung von Frauenhäusern politisch und finanziell fördern und so ein systematisches Angebot schaffen, das überall schnell erreichbar ist.

3. Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung

Eine materielle Schlechterstellung droht jenem Elternteil, der sich der Erziehung der Kinder widmet und daher für die Rentenansprüche in dieser Zeit keine Beitragszeiten vorweisen kann.

Die Landesregierung sollte daher auf Bundesebene darauf hinwirken, daß die Erziehungszeit im Rahmen des Sozialversicherungsplans für den jeweiligen Elternteil oder den Alleinerziehenden in der Rentenberechnung voll berücksichtigt wird und so auch für den „Nur-Erzieher“ der Erwerb einer eigenständigen Anwartschaft in der Rentenversicherung möglich wird.

III. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorurteilen und Rollenklischees

Einzelne Maßnahmen, die an konkreten Benachteiligungen und überholtem Rollenverständnis ansetzen, können auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn sich das Bewußtsein der Bevölkerung von der Rolle der Geschlechter in unserer Gesellschaft von überholten Vorstellungen löst. Dazu ist eine langfristige Strategie zur Bewußtseinsveränderung nötig. Wie eine solche Strategie aussehen muß, sollte die Landesregierung wissenschaftlich untersuchen lassen.

Es sind daher notwendig:

1. ein entsprechendes Forschungsvorhaben,

2. darauf aufbauend ein Programm zur Meinungsbildung, das alle Bereiche (Schule, Erwachsenenbildung, Arbeitswelt, Freizeit u. a.) einschließt.

Nur mit einem so umfassenden Programm wird es möglich sein, die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft neu zu bestimmen.

Antrag Nr.: V/5

Antragsteller: UB Mettmann

Betrifft: Aufgaben des Referates „Allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten“

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird gebeten, dem Referat „Allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten“ beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, insbesondere folgende Aufgaben zu übertragen:

1. Beschwerden bei der Verletzung der Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Diskriminierung von Frauen entgegenzunehmen;

2. diese Beschwerden zu überprüfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Anlaß der Beschwerde zu beheben;
3. alle Entwürfe sowie die bestehenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Erlasse und sonstigen Maßnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu überprüfen, ob sie den Grundsatz der Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Frauen berücksichtigen.

Antrag Nr.: V/9
Antragsteller: OV Schönebeck/Bedingrade
Betrifft: Ärztliche Meldepflicht von Krebserkrankungen

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern im gesamten Bundesgebiet beschleunigt Krebsregister einzurichten.

Antrag Nr.: V/12
Antragsteller: UB Soest
Betrifft: Mitbestimmung für die Mitarbeiter in den Werkstätten für Behinderte

Der Landesparteitag fordert eine Mitbestimmungsmöglichkeit für die Beschäftigten in einer WiB zu schaffen.

Es ist notwendig, die Behinderten in die Regeln des allgemeinen Arbeitsrechts einzubeziehen, denn Ziel der Rehabilitation (Stufen I und II in WiB) ist es, die Behinderten — so weit irgend möglich — in das Arbeitsleben zurückzuführen. Behinderte in der Produktionsstufe einer WiB (Stufe III) erbringen eine Arbeitsleistung und werden dafür entlohnt. Für sie oder die gesetzlichen Vertreter ist ebenfalls eine Mitbestimmungsmöglichkeit analog zum Betriebsverfassungsgesetz zu schaffen.

Antrag Nr.: V/13
Antragsteller: UB Soest
Betrifft: Warenkorb in der Sozialhilfe

Der Landesparteitag fordert, den Warenkorb, nach dessen Wert der Eckregelsatz für die Sozialhilfe festgesetzt wird, zu überprüfen und nach den veränderten Lebensgewohnheiten neu zu füllen.

Antrag Nr.: V/17
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Keine Senkung der Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau

Die SPD-Politiker im Bund und Land werden aufgefordert, eine Senkung der Bindungsfristen im Sozialen Wohnungsbau auf jeden Fall zu verhindern.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, auf einer Beibehaltung der zehnjährigen Nachwirkungsfrist der Preis- und Belegungsbindung bei Sozialwohnungen zu bestehen.

Antrag Nr.: V/18
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Maßnahmen bei Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigentumswohnungen

Die Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Umwandlung von Sozialmietwohnungen in Eigentumswohnungen

1. Finanzspekulationen unterbunden werden,

2. dem einzelnen Sozialmieter ein gesetzlich abgesichertes Vorkaufsrecht eingeräumt wird,
3. die Erklärungsfrist, ob er kaufen will oder nicht, für den Mieter auf sechs Monate erweitert wird,
4. die Verfügbarkeit von notwendigen Sozialwohnungen in der Region trotz Eigentumsbildung erhalten bleibt,
5. die vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Baudarlehen an die Zustimmung der Gemeinde gebunden wird.

Antrag Nr.: V/19
Antragsteller: UB Bochum
Betrifft: Einkommensgrenzen für die Wohnberechtigung im öffentlich geförderten Wohnungsbau

Die Einkommensgrenzen für die Wohnberechtigung im öffentlich geförderten Wohnungsbau (zur Erlangung der Wohnberechtigungsscheine) sind

1. den seit 1973 gestiegenen Lebenshaltungskosten entsprechend anzupassen,
2. in Zukunft jährlich den jeweils gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen (Dynamisierung).

Auftrag Nr.: V/20
Antragsteller: UB Bochum
Betrifft: Dauer der Gewährung von Aufwandsdarlehen

Aufwandsdarlehen aus öffentlichen Mitteln werden entgegen der bisherigen Regelung auf 24 Jahre gewährt bzw. gestreckt. Dabei soll sichergestellt sein, daß der gesamte Umfang des Wohnungsbauförderungsprogramms nicht geschmälert wird.

Antrag-Nr.: V/22
Antragsteller: OV Ostbevern
Betrifft: Medizinische Versorgung auf dem Lande

1. Der Krankenhausbedarfsplan der Landesregierung im Rahmen der Bemühungen, die Krankenhauskosten und damit die Belastungen für die Versicherten zu begrenzen, wird begrüßt.

2. Im ländlichen Raum bestehen Defizite
 - an niedergelassenen Ärzten
 - wohnungsnahen Pflegebetten für Langzeitkranke
 - stationäre wohnungsnaher Diagnosemöglichkeiten für die Ärzteschaft

Die Defizite sollen aufgehoben werden. Hierzu werden Modelle wohnungsnaher medizinischer Versorgung auf dem Lande besonders gefördert, wenn sie

- die diagnostischen Möglichkeiten der niedergelassenen Ärzte ggf. über Gemeinschaftseinrichtungen verbessern
- die Akutkrankenhäuser von Langzeitkranken im Sinne der Kosteneinsparung entlasten helfen
- ambulante Pflegeleistungen, insbesondere in Verbindung mit Sozialstationen, anbieten,
- älteren, über einen längeren Zeitraum pflegebedürftigen Menschen in der Nähe ihrer Wohnung und damit gewohnten sozialen Umgebung eine fachliche Pflege angedeihen läßt.

Das Land leistet finanzielle Start-, bzw. bei Umwandlung von bestehenden Einrichtungen, Umstellungshilfen.

Initiativ-Antrag Nr. 4 Jugendbildungsgesetz

„Die Delegierten des SPD-Landesparteitages NW am 16. Juni 1979 in Herne begrüßen ausdrücklich die Vorlage der Landesregierung für eine gesetzliche Regelung der außerschulischen Jugendbildung.

Mit der Gesetzesvorlage wird eine von der SPD seit 5 Jahren erhobene Forderung erfüllt. Die Delegierten des Landesparteitages fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, dafür zu sorgen, daß das Gesetz zur Sicherung der außerschulischen Jugendbildung zum 1. Januar 1980 in Kraft treten kann.

Mit aller Entschiedenheit weisen die Delegierten des Landesparteitages die ablehnende Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen zurück, in der sie ausführt, sie sehe sich wegen fachlicher, kommunalpolitischer und kommunalverfassungsrechtlicher Bedenken nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Angesichts

- der oft mangelhaften Ausstattung unserer Städte und Gemeinden mit Jugendzentren und entsprechendem Personal,
- der häufig unzulänglichen Angebote von Veranstaltungen der Jugendbildung,
- des ungeheuren Leistungsgefälles in Nordrhein-Westfalen zwischen den Städten und Kreisen

kann diese Stellungnahme nur als zynische Aufforderung verstanden werden, die Probleme junger Menschen im Lande zu ignorieren und die Defizite im wichtigen gesellschaftspolitischen Bereich der Jugendarbeit und Jugendbildung festzuschreiben.

Der Landesparteitag fordert die SPD-Kommunalfractionen, die SPD-Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte und Oberstadt- und -kreisdirektoren sowie Beigeordnete auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zurückgezogen wird.

Initiativ-Antrag Nr. 10 Bürgerhäuser

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in NRW der Bau von Bürgerhäusern nach dem Modell des Landes Hessen aus Landesmitteln gefördert wird.

Antrag: VI/1
Antragsteller: SPD-Landesvorstand NRW
Betrifft: Bürgerverantwortlichkeit und Bürokratieprobleme

Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht in der Bürokratisierung ein Problem moderner Industriegesellschaften. Sie ist entschlossen, Bürokratisierungstendenzen entgegenzutreten. Dieses Problem der Bürokratisierung stellt sich für alle Großorganisationen, sowohl im staatlichen wie auch im unternehmerischen Bereich. Konservative Politiker versuchen, das Unbehagen der Bürger vor der Verwaltung auf den staatlichen Bereich zu beschränken und den Abbau staatlicher Leistungen durchzusetzen, indem sie Reprivatisierung als Mittel gegen Bürokratismus verlangen.

Die Interessen des einzelnen und der Gemeinschaft können in einer hochindustrialisierten Gesellschaft gegenüber unkontrollierten und übermächtigen Privatinteressen nur

durchgesetzt werden mit Hilfe einer handlungs- und leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung. Mehr Umweltschutz, mehr soziale Gerechtigkeit und soziale Dienste, mehr Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordern staatliches Handeln. Deshalb geht es darum, Verwaltung effektiv, durchschaubar und bürgernah zu machen. Verwaltung muß ihren Charakter als Serviceleistung für den Bürger stärker erkennbar machen; der Bürger muß spüren, daß leistende Verwaltung ihm zu dienen hat und nicht umgekehrt.

Doch damit allein ist der Gegensatz zwischen der Freiheit des einzelnen und der Notwendigkeit des modernen Staates, viele Aufgaben der Gemeinschaft zu erfüllen, noch nicht beseitigt. Diesen Gegensatz kann nur das Prinzip der Demokratie aufheben, Demokratie darf sich deshalb nicht auf den Staat beschränken. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen den Bürgern auch in den Gemeinden, in den Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Kirchen und in anderen gesellschaftlichen Institutionen eingeräumt werden. Die Sozialdemokraten fordern deshalb neue Freiräume und neue Ansätze für Mitbestimmung und Selbstorganisation der Bürger. Frühzeitiges Erkennen des Bürgerwillens und Berücksichtigung der Erfahrungen und Kenntnisse der unmittelbar Betroffenen bauen nicht nur überflüssige Konfrontationen ab, sondern verbessern auch die Ergebnisse staatlicher und kommunaler Entscheidungen.

Probleme der Bürokratie sind auch eine Folge übermäßiger Bindung der in den öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen Tätigen an Vorschriften, vor allem auch verwaltungsinterner Normen. Diese Entwicklung hat zu einer Art „Selbstknebelung und Verwaltung“ geführt und verhindert oftmals bürgernahe Entscheidungsfähigkeit und bürgernahen Entscheidungsmut der Beamten.

Die SPD Nordrhein-Westfalens fordert deshalb,

- daß die Landesregierung unverzüglich eine unabhängige Kommission beruft, die Gesetze, Verordnungen, vor allem auch Verwaltungsvorschriften, auf ihre Notwendigkeit, ihre Durchführbarkeit und ihre sprachliche Verständlichkeit hin überprüft,
- daß die Verbände einschließlich der kommunalen Spitzenverbände stärker als bisher am Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und insbesondere zur Praktikabilität des Gesetzesvorhabens Stellung nehmen können,
- daß öffentliche Zuwendungen möglichst nur noch bei einer Stelle beantragt werden müssen. Zuständig für Privatpersonen soll die Gemeinde sein, für Unternehmen die Industrie- und Handelskammer unter Beteiligung der örtlichen Gewerkschaften,
- daß die staatliche Verwaltung ihr Angebot an den Bürger verbessert,
- daß der Zugang zu Ämtern mit regem Publikumsverkehr durch spätere Sprechstunden für Berufstätige, durch Hinweise auf Verkehrsverbindungen, durch Unterbringung im Erdgeschoß der Dienstgebäude und Einführung der Durchwahl erleichtert wird,
- daß private und gemeinnützige Initiativen bessere Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, indem ihnen nach Möglichkeit personelle, materielle und räumliche Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD Nordrhein-Westfalens wird weder eine pauschale Beamtenbeschimpfung noch ein Bemänteln von Fehlern und Schwachstellen in der Verwaltung mitmachen.

Sie wird als erster Adressat für Bürgersorgen das Gespräch suchen, um gemeinsam mit allen Beteiligten jede Chance nutzen, die Verwaltung menschlicher zu machen und so zum Abbau von Mißtrauen und Angst vor einer unpersönlichen und wuchernden Bürokratie beizutragen.

Antrag Nr.: VII/15
Antragsteller: OV Jülich
Betrifft: Polizeigesetzentwurf

Die Landtagsfraktion der SPD in NRW wird aufgefordert, die vorliegenden Entwürfe des Innenministers und der CDU-Fraktion für ein neues Polizeigesetz gemäß dem gesetzgeberischen Auftrag des Parlaments genauestens auf ihre lückenlose Vereinbarkeit mit der Verfassung zu prüfen. Dabei soll der Alternativentwurf der acht Professoren des Staatsrechts in die Beratung mit einbezogen werden.

Antrag Nr.: VII/17
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Gegen Verjährung für Mord nach 30 Jahren

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in der zu erwartenden Abstimmung des Bundestages Ende 1979 dafür zu stimmen, daß die Verjährung für Mord nach 30 Jahren aufgehoben wird.

Antrag Nr.: VII/18
Antragsteller: Bezirk WW
Betrifft: Gegen Neonazismus

Tiefe Empörung erfüllt uns Sozialdemokraten angesichts der Tatsache, daß Neo-Nazisten erneut versuchen, NS-Gedankengut zu verbreiten, jüdische Mitbürger zu diffamieren, die Demokratie in unserem Lande verächtlich zu machen, den Faschismus zu propagieren und das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland in Mißkredit zu bringen. Es gilt, diesen Bestrebungen rechtzeitig entgegenzutreten und den Anfängen zu wehren. Wir Sozialdemokraten haben nicht vergessen, daß es Nazis waren, die schon einmal in Deutschland die Demokratie zerstört, Deutschland in die größte Katastrophe seiner Geschichte gestürzt und jüdische Mitbürger, Widerstandskämpfer, politisch und weltanschaulich Andersdenkenden, Christen, Humanisten und Demokraten gefoltert und ermordet haben.

Auch in NRW mehren sich die Anzeichen verstärkter rechtsextremistischer Aktivitäten:

- so wurden in Münster die Schaufenster jüdischer Geschäfte mit (alten) neonazistischen Parolen wie „Kauft nicht bei Juden!“ beklebt.
- Im Kreis Unna wird im Kamener Gut Barenbräuker das Landesausbildungszentrum und der neue Landessitz der „Jungen Nationaldemokraten“ errichtet.
- In Kamen am 27. 2. 78 und in Bönen am 28. 2. 78 wurden die Lesungen des jüdischen Dichters Edgar Hilsenrath in den jeweiligen Volkshochschulen von Rechtsradikalen massiv gestört.

Der Landesparteitag der SPD NRW appelliert daher an die demokratische Öffentlichkeit in unserem Land und fordert sie auf, mit uns gemeinsam dafür Sorge zu tragen,

1. daß vor allem die Jugend in unserem Land durch entsprechende Aufklärung und Information Gelegenheit erhält, sich mit den verhängnisvollen Auswirkungen des Faschismus in der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen,
2. daß die Medien unseres Landes mehr noch als bisher neonazistische Aktivitäten kritisch beleuchten und anprangern,
3. daß jugendliche Arbeitslose solange, bis sie wieder Arbeit haben, besondere Angebote in den Jugendheimen erhalten, damit sie nicht Gefahr laufen, von Neo-Nazisten angelockt zu werden,
4. daß die Möglichkeiten Art. 139 GG und des Strafgesetzbuches voll genutzt werden, um neonazistische Umrtriebe strafrechtlich zu ahnden,

5. daß mehr als bisher die Landesjugendämter veranlaßt werden, Indizierungsanträge neonazistischer Literatur, Schallplatten und Filme bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu stellen.

Die freiheitliche Demokratie hat es in der Hand, den sogenannten National-„Demokraten“ und ihren Helfershelfern diesmal keinen Raum zu überlassen, der ihnen die Verbreitung ihrer unseligen Ideen ermöglicht. Die Sozialdemokraten werden mit aller Kraft dafür kämpfen, daß es keine zweite „Machtergreifung“ wie 1933 geben wird.

Antrag Nr.: VII/19
Antragsteller: Bezirk WW
Betrifft: Landesdatenschutzgesetz

I. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei der verwaltungsmäßigen Realisierung des Landesdatenschutzgesetzes insbesondere darauf zu achten, daß die im folgenden aufgeführten Regelungen, soweit sie bereits gesetzlich abgesichert sind, voll zur Anwendung kommen.

Bei einer späteren Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes sollten die noch nicht gesetzlich abgesicherten Punkte, z. B. die Genehmigungspflicht von Datenbanken und das generelle Verbot der Anfertigung von Persönlichkeitsprofilen, in das Gesetz aufgenommen werden. Bei den zur Beratung anstehenden, Informationsverarbeitung betreffenden Spezialgesetzen des Landes, z. B. beim Landespolizeigesetz müssen die im folgenden aufgeführten Forderungen ebenfalls ihren Niederschlag finden:

I. Der Landesgesetzgeber für das Land Nordrhein-Westfalen, insbesondere die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die nachstehenden Regelungen in das Landesdatenschutzgesetz aufzunehmen:

1. Die Speicherung und Verwendung personenbezogener Daten durch staatliche oder private Stellen darf nur mit Einwilligung der Betroffenen oder aufgrund eines Gesetzes vorgenommen werden. Das Gesetz muß die Daten, die gespeichert werden sollen, in einem abschließenden Katalog genau bezeichnen und den Grund für die Notwendigkeit der Speicherung angeben.
2. Die Anlage staatlicher und privater Datenbanken ist genehmigungs- und registrierpflichtig. Über die Datenbanken ist ein Datenverzeichnis zu führen, das veröffentlicht werden muß bzw. auf Anforderung bekanntzugeben ist.
3. Bestimmte Datenkomplexe, besonders solche, die das Verhalten von Bürgern und Arbeitnehmern beschreiben, sind nach einer bestimmten Frist automatisch zu löschen. Kann die Richtigkeit eines gespeicherten Datums nicht bewiesen werden, so ist dieses ebenfalls zu löschen.
4. Im Landesdatenschutzgesetz sind die Rechte der Betroffenen auf Auskunft, Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Bereich auszubauen und zu präzisieren.
5. Die Kosten für Auskünfte eines Betroffenen sind in einer Gebührenordnung einheitlich sowohl für den staatlichen als auch für den privaten Bereich verbindlich zu regeln.
6. Das Anfertigen von sogenannten „Persönlichkeitsprofilen“ (Kombination von in verschiedenen Datenbanken gespeicherten Daten zum Zwecke der Gesamtbeurteilung einer Persönlichkeit) ist grundsätzlich untersagt. Die Datenverarbeitung wird dezentralisiert, ressortspezifisch vorgenommen. Ein Datenverbund ist nur da zulässig, wo er zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben unerlässlich ist. Ein solcher Datenverbund ist nur aufgrund eines Gesetzes zulässig, welches den Grund und die Notwendigkeit des Datenverbundes angibt.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

7. Die Weitergabe staatlich erhobener Daten an Privatpersonen oder juristische Personen ist nur aufgrund diesbezüglicher spezieller gesetzlicher Regelung und nur mit Zustimmung des Betroffenen zulässig. Die Aufnahme privat erfaßter, sensibler Daten in staatliche Datenbanken ist nur aufgrund eines Gesetzes zulässig.

8. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten des Landes, der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz und der betrieblichen Datenschutzbeauftragten muß die Funktion einer echten Kontrollinstanz mit Eingriffsrechten bei Mißbrauch erhalten. Sie sind sachlich und personell so auszustatten, daß sie ihre Aufgaben ohne Verzug erfüllen können. Die Datenschutzbeauftragten haben jährliche Datenschutzberichte anzufertigen, die zu veröffentlichen sind. Der betriebliche Datenschutzbeauftragte erhält einen besonderen Kündigungsschutz. Seine Bestellung bedarf der Zustimmung des Betriebsrates.

9. Der sogenannte Geheimbereich ist durch einen abschließenden Katalog abzugrenzen. Die generelle Freistellung von der Veröffentlichungspflicht, wie sie im Bundesdatenschutzgesetz geregelt ist, ist nicht zulässig. Die Datenschutzbeauftragten haben auch ein uneingeschränktes Kontrollrecht dieses Bereiches.

II. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, durch gesetzgeberische Initiativen eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes einzuleiten, die die vorstehenden Forderungen berücksichtigt und dabei auch die wesentlichen Verbesserungen des Landesdatenschutzgesetzes in Bundesgesetz zu übernehmen. Ebenso wie in der Landesverfassung sollte in der Bundesverfassung ein Grundrecht auf Schutz personenbezogener Daten verankert werden.

Antrag Nr.: VII/20
Antragsteller: OV Hörter
Betrifft: Gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Wir begrüßen den Beschluß des Landesparteitages gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (Antrag 630 des Ov. Bassum vom Hamburger Parteitag 1977), der folgenden Wortlaut hat:

„Alle Sozialdemokraten, die Verantwortung in Parlamenten, Regierungen und Verwaltung tragen, werden aufgefordert, sich der Privatisierung öffentlich erbrachter Dienstleistungen zu widersetzen.“

Wir fordern daher alle Landespolitiker auf, eine weitergehende Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Trinkwasseranlagen im Lande Nordrhein-Westfalen nicht zuzulassen.

Antrag Nr.: VII/23
Antragsteller: OV Essen-Gerschede
Betrifft: Mehr Arbeitsamts-Nebenstellen

Die Landesorganisation der SPD, die Bundestags- und die Landtagsfraktion werden aufgefordert,

sich für eine Vermehrung der Arbeitsamts-Nebenstellen — besonders unterhalb der großen Hauptämter — einzusetzen.

Eine ortsnähere Beratungs- und Vermittlungstätigkeit und Schaffung von Anlaufstellen in den Nebenzentren der großen Städte sind geeignet, Arbeitslosigkeit abzubauen, Teilzeitkräfte geeignet einzusetzen und Anlaufschwierigkeiten der Ratsuchenden zu überwinden.

Antrag Nr.: VII/25
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: SVR

Nach dem Entwurf der Landesregierung zum „Gesetz betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR)“ soll der SVR durch einschränkende Bestimmungen in seinen bisherigen Aufgaben stark beschnitten werden.

Der Gesetzgeber wird aufgefordert, eine Reduzierung und Beschneidung der Kompetenzen des SVR nicht zuzulassen und durch ein „der Vernunft entsprechendes Gesetz, das auch den Bürgern dient“ die Aufgaben, die der SVR bisher in bewährter anerkannter Form geleistet hat, weiter zu belassen und auch dafür einzutreten, daß der SVR im Sinne und zum Wohle seiner Mitgliedskörperschaften auch für neue Aufgaben bereitsteht.

Er muß mit einer möglichst weitreichenden Handlungsfähigkeit ausgestattet sein, die von den Mitgliedskörperschaften jederzeit benutzt werden kann.

Der Landesparteitag bekräftigt seinen Beschluß vom 25. Juni 1977, in dem der Landtag aufgefordert wurde, die Verbandsordnung des SVR fortzuschreiben.

Antrag Nr.: VII/26
Antragsteller: OV Langenfeld
Betrifft: Verkehrskonzept des Landes NRW

Landesregierung und SPD Landtagsfraktion werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß alle größeren Straßenbauprojekte und -Planungen unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes und der Ökologie neu überprüft und diesen Gesichtspunkten eine wesentlich höhere Wertigkeit gegeben wird als bisher.

Der Landesparteitag stellt fest: Das Verkehrskonzept des Landes bedarf in Zusammenarbeit mit dem Bund und den angrenzenden Bundesländern einer Überprüfung, mit dem Ziel, die Umweltbelastung für Mensch und Natur zu verringern.

Die Aufklärung über die ökologischen Probleme muß in Zukunft den gleichen Stellenwert erhalten wie die Darstellung der wirtschaftlichen Aspekte des Straßenbaus.

Antrag Nr.: X/3
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Wirtschaftskriminalität

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Wirtschaftskriminalität in NRW noch stärker als bisher geschehen bekämpft wird.

Initiativ-Antrag: Nr. 2
Antragsteller: SPD-Landesverband NRW
Betrifft: Grundsätze für die Einstellung in den öffentlichen Dienst

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert, daß auf der Grundlage des Beschlusses des Landesparteitages vom 10. Dezember 1978 in Köln die Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen umgehend liberalisiert wird. Der freiheitliche Rechtsstaat hat von der Verfassungstreue seine Bürger auszugehen. Dem widerspricht die bisherige Praxis der Regelanfrage. Sie hat in weiten Bereichen, insbesondere in der jüngeren Generation, zu einem Klima der

Einschüchlerung und Verunsicherung geführt. Engagement und Vertrauen der Bürger in die demokratische Grundordnung sind aber die Grundlage und die Voraussetzung für eine freiheitliche Demokratie.

Die verfassungsrechtlichen gesetzlichen und tariflichen Einstellungsvoraussetzungen und Pflichten für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes fordern eine positive Einstellung zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung unserer Verfassung. Die Auslegung und Anwendung dieser Vorschriften darf jedoch nicht auf eine Gesinnungsprüfung hinauslaufen. Grund für eine Ablehnung oder Entlassung darf nur konkretes Verhalten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sein. Es ist die Prüfung jedes einzelnen Falles erforderlich. Anfragen beim Verfassungsschutz dürfen nur in begründeten Einzelfällen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Dies bedeutet:

- Anfragen dürfen nicht erfolgen, wenn der Bewerber das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
- Anfragen erfolgen nicht bei Bewerbern für einen Vorbereitungsdienst, der Voraussetzung für die Ausübung eines Berufes auch außerhalb des öffentlichen Dienstes ist (z. B. Lehrer- und Juristenausbildung);
- Anfragen dürfen nur erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzung für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt. Die Anhaltspunkte sind in der Anfrage anzugeben.
- Anfragen dürfen nur erfolgen, wenn eine Einstellung tatsächlich beabsichtigt und die Verfassungstreue nur noch die letzte zu prüfende Einstellungsvoraussetzung ist.

Ein Stück des Verhaltens, das für die Beurteilung der Verfassungstreue des Bewerbers erheblich sein kann, kann auch der Betreff oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder eine Betätigung in einer politischen Partei sein. Die bloße Feststellung, daß der Bewerber Mitglied einer politischen Partei ist oder in einer Partei die in der Verfassung oder in den Gesetzen gesicherten Rechte wahrnimmt, reicht jedoch allein nicht aus, um seine Eignung für den öffentlichen Dienst zu verneinen.

Die Unterstützungshandlung muß in einem konkreten Verhalten (einer Handlung, Äußerung oder Unterlassung) gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung bestehen. Dieses Verhalten kann sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Partei oder Vereinigung geschehen. Die Mitgliedschaft in einer Partei oder Vereinigung, die Betätigung in ihr und für sie (auch eine Kandidatur) und ihre sonstige Unterstützung im Rahmen des geltenden Rechts reichen allein für die Ablehnung eines Bewerbers nicht aus. Vielmehr kann sich eine Ablehnung nur auf eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung gründen.

Das sog. „Listenmodell“ wird dem nicht gerecht. Es birgt die Gefahr in sich, daß die bloße Mitgliedschaft überbewertet wird.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen begrüßt es, daß die Landesregierung durch die am 5. Juni 1979 beschlossenen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ die Regelanfrage abgeschafft hat.

Die SPD geht dabei davon aus, daß der Angehörige des öffentlichen Dienstes seine Pflicht zur Verfassungstreue erfüllt, wenn er die Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejaht und bereit ist, sich jederzeit durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Es muß klargestellt werden, daß der Angehörige des öffentlichen Dienstes im Falle des Einstellungsbetruges nach den gesetzlichen Vorschriften, nicht aber aufgrund

einer (besonderen) Verpflichtungserklärung entlassen wird. Die SPD erwartet, daß diese Grundsätze in der endgültigen Fassung von der Landesregierung im Sinne des hier verabschiedeten Beschlusses konkretisiert und die Einstellungsbehörden entsprechend angewiesen werden.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, über die zur Zeit noch ausstehenden Einzelfälle unter Beachtung der genannten Grundsätze zu entscheiden, insbesondere Berufungen und Revisionen, die den vorstehend angeführten Grundsätzen widersprechen, zurückzunehmen und die Einstellungsbehörden anzuweisen, schon vor dem Inkrafttreten der neuen Grundsätze deren nicht mehr zur Disposition stehende Grundlagen zu beachten, insbesondere das Ausgehen von der Verfassungstreue der Bürger, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, das Vorliegen tatsächlicher konkreter Anhaltspunkte und die Verwertungsbeschränkungen bzw. Entfernungsverpflichtungen bezüglich von Unterlagen.

Antrag Nr.: IX/1
Antragsteller: OV Vlotho
Betrifft: Schaffung von Rad- und Fußgängerwegen u. a.

Die SPD-Fraktion im Landtag und die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen werden gebeten, sich vermehrt für die Schaffung von Rad- und Fußgängerwegen an Landstraßen und an anderen der Landstraßenbauverwaltung unterstehenden Straßen sowie deren ökologisch erforderliche Randbepflanzung einzusetzen.

Antrag Nr.: IX/2
Antragsteller: OV Vlotho
Betrifft: Aufforstungsmaßnahmen

Die SPD-Landtagsfraktion NRW möge prüfen, ob Wald und Brachland zum Aufforsten vom Land NRW aufgekauft und Bau- oder Gartenland als Tausch den Bürgern für Wald, Brachland und Uferländer von Flüssen und Seen zur Verfügung gestellt werden können, die geschütztes Gelände der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, damit Bürger und ihre Familienmitglieder, die auf eigenem Gelände nicht bauen dürfen, eine Ausgleichsmöglichkeit erhalten.

Antrag Nr.: X/8
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Monopolisierung im Pressewesen

Die SPD-Fraktion im Landtag NW und im Bundestag werden aufgefordert, durch entsprechende Gesetzesinitiativen der weiteren Monopolisierung im Pressewesen entgegenzuwirken.

Die Pressekonzentration beeinträchtigt die Meinungsvielfalt und führt gleichzeitig zur unkontrollierten Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dieser Entwicklung ist u. a. durch Redaktionsstatute und die uneingeschränkte Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes zu begegnen.

Antrag Nr.: X/10
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Verletzung der Menschenrechte

Alle Sozialdemokraten werden aufgefordert, gegen die Verletzung der Menschenrechte in aller Welt zu protestieren.

Antrag Nr.: I/12
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Gegen Aussperrung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Aussperrung zu verbieten. Der Bundesvorstand der Partei hat diese Initiative durch eine großangelegte, öffentliche Aufklärungskampagne vorzubereiten und zu begleiten.

Antrag Nr.: II/5
Antragsteller: OV Köln-Brück
Betrifft: Schadstoffe in Raumluft

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich die erforderlichen Gesetze und/oder Verordnungen zu verabschieden bzw. zu erlassen, die zulässige Mengen von Schadstoffen in Raumluft festlegen und die Einhaltung dieser Bestimmungen sicherstellen. Insbesondere muß in entsprechenden Forschungsvorhaben schnellstens geklärt werden:

1. Welche Stoffe (Monomere) als erwiesenermaßen gesundheitsschädlich gelten;
2. welche Mengen von nicht umgesetzten Ausgangsstoffen (Monomeren) ein Kunststoff noch enthalten darf, der zur Fertigung von Gebrauchsgegenständen, Möbeln, Baukomponenten usw. verwendet wird;
3. wie lange ein Kunststoff eine bestimmte Menge Monomeren pro Zeiteinheit noch in die Raumluft emittieren darf;
4. wie man Proben dieser Stoffe nimmt;
5. wie man diese Proben analysiert.

Die zu schaffenden Bundesgesetze bzw. Verordnungen müssen durch entsprechende Länderausführungsbestimmungen ergänzt werden.

Antrag Nr.: IV/19
Antragsteller: OV Dortmund-Süd
Betrifft: Schichtarbeit und Schulmitwirkung

Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei fordert die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag auf, sich weiter dafür einzusetzen, daß der § 18, Absatz 8 des Schulmitwirkungsgesetzes vom 13. Dezember 1977 vom Gesetzgeber dahingehend verändert wird, daß den Elternvertretern in Schul- und Fachkonferenzen der Status des öffentlichen Ehrenamtes zuerkannt wird. § 85 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NW findet insoweit Anwendung, als ein Verdienstausschlag erstattet wird.

Antrag Nr.: V/3
Antragsteller: OV Bürrig-Küppersteg-Quettingen (Leverkusen)
Betrifft: Zusätzliche Mittel für die Jugendarbeit

Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, in erheblichem Ausmaß zusätzliche Mittel für die pädagogische, soziale und kulturelle Jugendarbeit bereitzustellen.

Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei in der Betreuung arbeitsloser Jugendlicher liegen, ohne dabei das Ziel aus den Augen zu verlieren, für diese Gruppe verstärkt Arbeitsplätze zu schaffen.

Das vom Innenministerium vorgelegte Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität wird abgelehnt.

Antrag Nr.: V/15
Antragsteller: OV Bürrig-Küppersteg-Quettingen (Leverkusen)
Betrifft: Gegen das Leerstehen von Wohnraum

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die es verbietet, Wohnraum über einen Zeitraum von über einem halben Jahr leer stehen zu lassen.

Antrag Nr.: V/23
Antragsteller: UB Mettmann
Betrifft: Mitwirkung der Erziehungsberechtigten (Kindergartengesetz)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert dafür zu sorgen, das Kindergartengesetz wie folgt zu ergänzen:

1. Die Erziehungsberechtigten müssen grundsätzlich das Recht haben zu hospitieren.
2. Sprechstage für Erziehungsberechtigte sind einzuführen.

Antrag Nr.: VII/16
Antragsteller: OV Essen-Gerschede
Betrifft: Polizeigesetzesentwurf

Die SPD-Landtagsfraktion NRW wird aufgefordert, den erheblichen politischen Konflikten und sachlichen Befürchtungen bei der Vergrößerung der Polizeibehörden des Landes (Entwurf des Gesetzes über die Organisation und Zuständigkeit der Polizei) durch bessere rechtliche und organisatorische Ausstattung der Polizeischutzbereiche als die maßgeblichen Kontaktstellen zur Bürgerschaft in Abänderung des Gesetzes entgegenzuwirken.

Antrag Nr.: VII/21
Antragsteller: UB Soest
Betrifft: Neuabgrenzung der Bezirke der Staatlichen Gewerbeaufsichtsamter

Nach dem Entwurf einer Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW ist vorgesehen, das Staatliche Gewerbeaufsichtsamter Soest aufzulösen bzw. den Aufsichtsbereich des Gewerbeaufsichtsamtes Arnsberg um den Kreis Soest zu erweitern.

Der Landesgesetzgeber für das Land Nordrhein-Westfalen insbesondere die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, der vorgesehenen Verordnung seitens des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW wie oben vorgesehen nicht stattzugeben.

Antrag Nr.: VII/24
Antragsteller: OV Dortmund-Süd
Betrifft: Gegen Einzelhaft von Jugendlichen

Der Landesparteitag der SPD in NRW fordert die verantwortlichen Genossen auf, darauf hinzuwirken, daß in das Strafvollzugsgesetz eine Regelung aufgenommen wird, wonach Jugendliche unter 18 Jahren nicht in Einzelhaft gehalten werden dürfen.

Antrag Nr.: VIII/1
Antragsteller: OV Essen-Gerschede
Betrifft: Alleinige Zuständigkeit der Landesorganisation

Die Vorstände des Landesverbandes NW und der 4 Bezirke im Lande werden aufgefordert,

klare und unwiderrufliche Regelungen zu treffen, die sicherstellen,

daß die gesamte Landespolitik mitsamt Weisung und Kontrolle in alleinige Zuständigkeit der Landesorganisation gegeben werden.

Antrag Nr.: VIII/2
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Gegen Satzungsänderung

Der Bundesparteitag wird aufgefordert, sich gegen eine Satzungsänderung — 25 Prozent Mindestbeteiligung von Frauen in Funktionen — auszusprechen und einen diesbezüglichen Beschluß zu fassen.

Initiativantrag Nr. 12

Der SPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen wird beauftragt, rechtzeitig vor dem nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Landesparteitag eine Satzungsänderung oder Verfahrensregelung vorzubereiten, die sicherstellt, daß

1. die Mitglieder oder Kandidaten des Landesvorstandes von Delegierten in freier Auswahl gewählt werden können und
2. die Mitglieder des Landeskabinetts NW, soweit sie der SPD angehören, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesvorstandes teilnehmen.

Antrag Nr.: IX/3
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Abschaffung des Splitting-Verfahrens

Die in den §§ 26 und 26 b Einkommensteuergesetz (EStG) vorgesehene gemeinsame Veranlagung von Ehegatten und das gemäß § 32 a Abs. 5 EStG daraus resultierende Splitting-Verfahren sind abzuschaffen.

Grundsätzlich sind beide Ehegatten getrennt zu veranlagern. Das z. Z. praktizierte Ehegatten-Splitting sollte nur noch in folgenden Fällen Anwendung finden:

1. Wenn beide Ehegatten Einkommen aus ganztägiger Berufstätigkeit beziehen.

Bei Teilzeitbeschäftigung eines Ehegatten ist das Splitting-Verfahren entsprechend zu modifizieren.

Dem Einkommen aus Berufstätigkeit gleichzustellen sind solche Einkünfte, die aus einer vorangegangenen Berufstätigkeit resultieren wie Altersrenten, Ruhegehälter, Arbeitslosenunterstützung.

2. Wenn mindestens ein Ehegatte berufstätig ist und zu seinem Haushalt ein Kind unter 16 Jahren gehört.
3. Wenn mindestens ein Ehegatte berufstätig ist und in seinem Haushalt eine pflegebedürftige Person lebt.
4. Wenn ein Ehegatte berufstätig ist und der andere noch in Ausbildung steht.

Antrag Nr.: IX/4
Antragsteller: UB Gütersloh
Betrifft: Charlotte-Nieß-Stiftung

Der Landesparteitag spricht sich für die Errichtung einer Charlotte-Nieß-Stiftung aus.

Initiativantrag Nr. 8 Kabelfernsehen

Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems gegen Durchbrechungen im Rahmen der Breitband-Verkabelungspläne der Deutschen Bundespost.

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit allen Mitteln eine Durchbrechung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems zu verhindern. Dies gilt insbesondere angesichts der Planungen der Deutschen Bundespost, in ihre Breitbandverkabelungspläne (in NRW: Bonn, Düsseldorf, Münster) auch kommerzielle Hörfunksender — z.B. Radio Luxemburg — per Kabel an die Empfänger weiterzuleiten. Im einzelnen wird die Landesregierung gebeten:

1. zu prüfen, welche Rechtsgrundlagen die Deutsche Bundespost zu solchen Planungen berechtigen;
2. Maßnahmen dagegen zu ergreifen, daß kommerzielle Sender bessere Möglichkeiten erhalten, die NRW-Hörer zu erreichen;
3. Die Vollverkabelungspläne der Deutschen Bundespost mit dieser unter dem Gesichtspunkt der durch sie bewirkten erheblichen Veränderung der Medienlandschaft ohne entsprechende politische Entscheidungsgrundlage und ohne vorhergehende Untersuchungen ihrer gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu erörtern und dabei auch das Verhältnis der Bundespost-Pläne zu den auf umfassende wissenschaftliche Begleitforschung angelegten Kabelpilotprojekten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu klären.

Antrag Nr.: X/9
Antragsteller: UB Essen
Betrifft: Parteitag „Medienpolitik“

- I. Der Parteivorstand wird beauftragt, 1978 einen Parteitag „Medienpolitik“ durchzuführen.

- II. Folgende Schwerpunkte sollen dabei behandelt werden:

1. Pressekonzentration, wirtschaftliche Lage und Struktur der Presse, neue Techniken:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefordert,

a) als Konkurrenz zu bestehenden Zeitungsmonopolen, zur Aufrechterhaltung der Meinungsvielfalt, öffentlich-rechtliche Presseunternehmen durch gesetzgeberische Initiativen zu schaffen.

b) Mit ordnungspolitischen Maßnahmen durch eine Verschärfung des Wettbewerbsgesetzes von 1974 die Aufrechterhaltung von Lokalredaktionen bei Konzentrationsvorgängen im Sinne der Pressevielfalt sicherzustellen.

c) Das Presse-Statistikgesetz von 1975 so zu novellieren, daß eine öffentliche Rechnungslegung der Presseunternehmen wie bei anderen publizitätspflichtigen Wirtschaftsunternehmen auch erfolgen muß.

d) Das Versprechen der Bundesregierung von 1976, bei Nichteinigung der Tarifvertragsparteien ein Presse-rechtsrahmengesetz zu schaffen, ist jetzt einzulösen.

e) Alle Bestrebungen sind zu unterstützen, die auf die Errichtung von Pressebetrieben in der Form öffentlich-rechtlicher Anstalten oder von Stiftungen oder von Genossenschaften hinzielen.

2. Innere Pressefreiheit, Zensur- und Selbstzensur, Betriebsverfassungsgesetz, Redaktionsstatut:

a) Abschaffung des § 118 Betriebsverfassungsgesetz (Tendenzschutz) für Presseunternehmen

b) Ausdehnung des Mitbestimmungsgesetzes auf Presseunternehmen

c) Verwirklichung der inneren Medienfreiheit, insbesondere in einem Bundespresserechtsrahmengesetz und Novellierungen der Landespressesetze auf der Grundlage der Anträge 207 f des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier 1977 in Augsburg.

d) Maßnahmen zum Erhalt bzw. Wiederherstellung der Pressevielfalt durch

— Verschärfte Fusionskontrolle durch Einführung von Umgehungstatbeständen ins Kartellrecht, die auch den Erwerb von Sperrminoritäten durch marktbeherrschende Konzerne verbieten.

— Einführung der Genehmigungspflicht für wirtschaftliche und technische Kooperation.

— Diskussion und Prüfung möglicher Alternativen zur privatwirtschaftlichen Form der Presse. Folgende Organisationsformen (bei paritätischer Mitbestimmung der Mitarbeiter und ihrer Gewerkschaften) kommen in Frage: Gründung öffentlich-rechtlicher Konkurrenzunternehmen zu bestehenden Monopolen, die Förderung anderer Eigentumsformen wie demokratisch kontrollierte Stiftungen oder Genossenschaften aber auch die Überführung von Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung in Gemeineigentum (Art. 15 GG).

3. Neue Medien, Bildschirmtext, Videotext, Kabelfernsehen.

a) Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten neue technische Entwicklungen nutzen, zur Verbesserung der technischen und inhaltlichen Qualität der Programme. Inhaltliche Qualität muß sich daran orientieren, ob sie die Möglichkeit für den einzelnen Bürger oder für Gruppen erhöht, sich aktiv und kritisch am sozialen, kulturellen und politischen Leben umfassend zu beteiligen, auch in regionalen Bereich.

b) Die öffentlich-rechtliche Struktur muß für alle neue Medien (einschl. Pilotprojekte) gelten. Zum Ausbau

gehört eine stärkere Berücksichtigung gesellschaftlich relevanter Gruppen, insbesondere der Arbeitnehmer, in den Aufsichtsorganen der Rundfunkanstalten, sowie mehr Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte aller Beschäftigten in den Anstalten.

c) Die Zulassung zum und der Betrieb des Netzes muß bei der Bundespost liegen.

d) Eine Finanzierung neuer Medien durch Werbung ist auszuschließen. Dies gilt insbesondere für Lokalprogramme.

e) Auch in öffentlich-rechtlichen Anstalten muß der Datenschutz verbessert werden.

4. Medienpolitik der Partei

a) Das Kartellrecht muß so gestaltet werden, daß weitere Konzentrationen verhindert werden. Wo publizistische Macht die Demokratie gefährdet, muß die Entflechtung betrieben sowie eine demokratische Kontrolle eingeführt werden.

b) Die Ausbildung und Fortbildung von Journalisten für Massenmedien muß reformiert werden.

c) Die SPD soll die Gründung und Erhaltung von Stadtteilzeitungen fördern.

d) Rundfunk und Fernsehen

— Die SPD soll eine Gegenstrategie zur Strategie von CDU/CSU entwickeln. Damit soll verhindert werden, daß diese Parteien ihren ohnehin personell und inhaltlich bestehenden Einfluß weiter ausbauen.

— Rundfunk und Fernsehen sind gegen alle Versuche, sie privatwirtschaftlich aufzuweichen, zu schützen.

e) Weitere Aktivitäten in der Medienpolitik

— Die SPD soll Sorge Tragen, daß dieses Problem „Medien“ im Bereich der politischen Bildung besonders gefördert wird. Auch in den Volkshochschulen sollen sich Kurse mit der Bedeutung der Medien, ihrer Arbeitsweise, ihrer Wirkung und ihrer inneren Struktur befassen. Wissenschaftlich ist fortlaufend zu untersuchen, ob die Medien ihre öffentliche Funktion erfüllen.

— Durch Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung soll die Partei auf die Zusammenhänge zwischen den Medien und der demokratischen Gesellschaft hinweisen. Sie soll vor allem ihre Mitglieder zu einer kritischen Haltung gegenüber den Medien anhalten und die aktive Kommunikation zwischen den Medien und den Lesern, Zuschauern und Hörern anregen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der SPD soll sich stärker mit Medienpolitik beschäftigen.

Die 1971 vorgeschlagene Bildung einer „Bundeskommmission für Kommunikationswesen“ soll verwirklicht werden.

7. Wahlen

Wahlen

a) des LANDESVORSITZENDEN

Den Delegierten lag folgender Wahlvorschlag vor: Johannes Rau. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	312
abgegebene Stimmen	307
davon gültig	307
Ja-Stimmen	293
Nein-Stimmen	12
Enthaltungen	2

Damit war Johannes Rau zum Landesvorsitzenden gewählt.

b) der STELLVERTRETENDEN LANDESVORSITZENDEN

Die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden erfolgte auf Vorschlag des Präsidiums und mit Einverständnis der Delegierten in einem Wahlgang, aber mit getrennten Stimmzetteln.

Den Delegierten lagen folgende Wahlvorschläge vor: Antje Huber, Christoph Zöpel. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

	Antje Huber	Christoph Zöpel
Stimmberechtigt	312	312
abgegebene Stimmen	309	309
davon gültig	307	307
ungültig	2	2
Ja-Stimmen	261	214
Nein-Stimmen	32	68
Enthaltungen	14	25

Damit waren Antje Huber und Christoph Zöpel zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

c) der BEISITZER

Den Delegierten lag ein Vorschlag für die Wahl der Beisitzer vor. Weitere Wahlvorschläge erfolgten nicht. Die Bewerber stellten sich dem Landesparteitag persönlich vor.

Der Stimmzettel bot sowohl die Möglichkeit, den Wahlvorschlag der Gesamtliste anzunehmen oder abzulehnen als auch ein Votum für jeden einzelnen Kandidaten abzugeben.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	310
davon gültig	299
ungültig	11

Mit Ja stimmten für

Franz-Josef Antwerpes	182
Friedhelm Farthmann	277
Reinhard Grätz	198
Helmut Hellwig	216
Waltraud Hessodenz	253
Werner Kuhlmann	220
Rainer Macdge	239
Rudi Maerker	168
Horst Niggemeier	169
Diether Posser	288
Helga Schmedt	248
Hans Schwier	211
Hilmar Selle	176
Gerd Wendzinski	213
Fritz Ziegler	210

Damit waren alle Kandidaten gewählt.

d) eines Mitglieds des PARTEIRATES

Den Delegierten lag folgender Wahlvorschlag vor: Christoph Zöpel. Weitere Wahlvorschläge erfolgten nicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	272
davon gültig	271
ungültig	1
Ja-Stimmen	181
Nein-Stimmen	80
Enthaltungen	10

Damit war Christoph Zöpel in den Parteirat gewählt.

e) der LANDESKONTROLLKOMMISSION

Den Delegierten lag ein Vorschlag für die Wahl der Landeskontrollkommission vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigt	313
abgegebene Stimmen	247
davon gültig	242
ungültig	5

Mit Ja stimmten für

Max Archimowitz	237
Hans Kalkbrenner	226
Karl Mirus	233
Wilfried Mittelberg	241
Rainer Verhoeven	240

Damit waren alle Kandidaten gewählt.

Alle Genossinnen und Genossen nahmen die Wahl an.

Johannes R A U :

„Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte mich ganz herzlich bedanken dafür, daß Ihr Christoph Zöpel, Antje Huber und mich in unseren gegenwärtigen Funktionen bestätigt habt.

Ich will hinzufügen, daß mir auf der Ebene der unmittelbaren Landespolitik Christoph Zöpel vieles abgenommen hat, auch vieles Unangenehme und Schwierige. Ich danke ihm dafür.

Antjes Aufgabe, die sie bisher wahrgenommen hat und die sie weiter wahrnehmen wird, neben der stellvertretenden Vorsitzenden, nämlich die Brücke nach Bonn zu schlagen und dort für uns das Gespräch zu suchen und für uns zu stehen, wird in der vor uns liegenden Zeit noch wichtiger. Ich füge hinzu, daß das Stimmenergebnis, mit dem Ihr mich ausgestattet habt, meine kühnsten Hoffnungen übertroffen hat. Ich bin sicher, daß Ihr es als einen Vertrauensvorschuß für zwei schwere Jahre versteht. Daß Ihr mir so viel Vertrauen für diese zwei schweren Jahre gebt, dafür danke ich Euch ganz herzlich; denn wenn man weiß, daß die ganze Partei hinter ihrem Vorsitzenden steht, dann wird auch die härteste Arbeit keine lustlose Plackerei. Ich möchte eine solche harte Arbeit leisten.

Ich wäre aber unvollständig und — wie ich fände — auch nicht fair, wenn ich nicht bei dieser Gelegenheit sagte, daß um mich auch jenseits des Landesvorstandes eine Reihe von

Menschen sind, die mir die Doppelfunktion des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten erst möglich machen und die kein parteipolitisches Mandat haben. Ich meine in erster Linie meinen engsten Mitarbeiter, den Chef der Staatskanzlei, Herbert Schnoor, und die, die in meinem Büro als meine Mitarbeiter dafür sorgen, daß ich Tag für Tag in die Sielen kann. Das, was ich für mein Büro im engeren Sinn gesagt habe, was da an Entlastung geschieht, das gilt natürlich und das gilt in den letzten Monaten verstärkt für die, die diesen Parteitag vorbereitet haben: für Rainer Maedge, für die übrigen Geschäftsführer, für die Mitarbeiterinnen, die in den letzten Nächten durchgearbeitet haben und denen wir danken sollten dafür, daß sie in solchen Zeiten vor einem Parteitag unsere Arbeit erst möglich machen.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir von diesem Ergebnis aus selbstbewußt und zuversichtlich, aber ohne die Meinung, wir hätten schon alles erreicht, an die Arbeit gehen. Das Wahlergebnis ist dafür eine gute Voraussetzung. Ich danke Euch. Ich gestehe, daß ich von der Zahl derer, die mich gewählt haben, überwältigt bin. Ich weiß, daß dies nach den Parteitagen '77 und '78 ein ganz neuer Anfang für uns alle werden kann, daß wir mit gebündelter Kraft in das Gespräch mit dem Bürger gehen können. Bitte helft mir und habt herzlichen Dank.“

8. Schlußwort

„Liebe Genossinnen und Genossen,

es wäre unbarmherzig, wenn ich diejenigen, die neun Stunden lang ausgehalten und mitgearbeitet haben, jetzt durch ein ausführliches und politisches Schlußwort zu „strafen“ versuchte. Ich werde diesen Versuch nicht machen, obwohl mir geraten worden ist, noch ein paar kämpferische Töne an den Schluß zu setzen. Aber wenn man neun Stunden so gearbeitet hat, wie wir das getan haben, dann hat man die Voraussetzung geschaffen für zwei Jahre erfolgreicher Politik, und dann braucht man keine bündelnden Formulierungen mehr.

Ich möchte allen ganz herzlich danken. Hört mir bitte noch die paar Minuten zu, die ich brauche, denn es sind ein paar Namen zu nennen und sie sollen nicht untergehen im Gemurmel:

Ich meine, wir hätten zu danken Günter Samtlebe, Michael Geuenich und Erdmann Linde, die jahrelang im Landesvorstand mitgearbeitet und die nicht wieder kandidiert haben und deshalb dem Landesvorstand nicht mehr angehören.

Erdmann Linde hat eine neue, wichtige Aufgabe im Europäischen Parlament übernommen.

Günter Samtlebe hat als der SGK-Vorsitzende im Lande und als einer der drei Vorsitzenden im Bund besondere Verantwortung und Michael Geuenich ist im Gewerkschaftsbereich einer unserer wichtigsten Sprecher.

Wir sollten sie nicht ohne Dank gehen lassen, denn sie haben viel eingesetzt und viel investiert, und der Erfolg dieses Parteitages ist auch ihr Erfolg.

Zweitens: Wir reden bei unseren Veranstaltungen viel zu selten von denen, denen wir zumuten, bei uns hauptamtlich tätig zu sein.

Mit der Entscheidung, die heute getroffen worden ist im Blick auf Rainer Maedge, die ihm die weitere Arbeit möglich macht und erleichtert, werden wir neue Kollegen im Landesbüro haben, nach dem Beschluß, den der Landesvorstand am vergangenen Montag getroffen hat.

Ihr wißt, Arthur Ebker, der anderthalb Jahrzehnte für uns gearbeitet hat, ist sehr krank gewesen, und es waren schwierige Umstände, die dazu geführt haben, daß er seinen Arbeitsplatz gewechselt hat. Ich meine, es sei mehr als eine Sache der Fairneß, es sei auch eine Sache der Dankbarkeit, daß wir ihm für seinen Einsatz, für seine Arbeit danken, ihm volle Genesung und ihm eine gute, ihn befriedigende Tätigkeit in einem anderen Bereich wünschen.

Einer bleibt auf seine Weise bei uns: Karl-Heinz Otten wird erster Mann im Bezirk Mittelrhein. Wir wünschen ihm für diesen neuen Aufgabenbereich alles Gute. Wir wissen, er ist im besten Sinne ein politischer Sekretär, der viel mehr tut, als seine Pflicht ist, und wir wissen, daß er uns auch in dieser neuen Aufgabe verbunden bleibt. Wir sagen ihm ein Wort herzlichen Dankes für die Arbeit, die er bei uns getan hat.

Gestern haben wir im Landesausschuß ein Buch überreicht. Aber wir sollten es hier am Schluß auch noch einmal sagen: Lothar Hentschel hatte gestern 25jähriges Dienstjubiläum als Parteisekretär. Das will etwas heißen in dieser Partei!

Und nun möchte ich denen danken, die hier eine schwierige Aufgabe als Präsidium gehabt und die unseren Parteitag so konzentriert geleitet haben. Das ist ja schon nicht mehr der Normalfall, daß der Parteitag am Schluß sagen kann, er habe alle Anträge behandelt und entschieden. Wir haben ja gelegentlich auch Antragshalden auf neue Parteitage hin übernommen.

Wir danken dem Präsidium herzlich und wir danken denen, die das in der Antragskommission möglich gemacht haben. Wir danken auch den Genossinnen und Genossen in der Mandatsprüfungs- und in der Zählkommission, die ihre schwierige Arbeit geleistet und die gleichzeitig als Delegierte ihre Aufgabe wahrgenommen haben.

Daß wir in der Stadt Herne waren, haben wir wenig gemerkt, weil wir immer hier in der Halle geblieben sind und weil es ja keine Auslaufpausen mehr gibt. Aber daß wir beim Unterbezirk Herne und in der Stadt Herne zu Gast waren, in der Stadt, die

das beste Europawahlergebnis für die SPD im Bundesgebiet gebracht hat, das werden wir nicht vergessen und wir grüßen die Herner und wünschen ihnen einen Erfolg, der über dem der letzten Kommunalwahl liegt, damit sie die Meßlatte abgeben für alle anderen im Lande.

Der Unterbezirk Herne hat uns Helfer zur Verfügung gestellt. Sie haben für den reibungslosen Ablauf gesorgt und ihre Namen stehen am Montag nicht in der Zeitung. Aber wir sollten ihnen danken: den 14 Helferinnen von der ASF und den 18 Helfern von der AfA, denen von den Falken, Herrn Dr. Wichler, der sich als Arzt hier an seinem dienstfreien Tag zur Verfügung gehalten hat, und den übrigen Helfern aus allen vier Bezirken und den Mitarbeitern des Landesbüros, denen wir in den letzten Tagen und Nächten viel zugemutet haben und ohne deren stille Arbeit dieser Parteitag nicht so hätte laufen können, wie er gelaufen ist.

Schließlich danken wir denen, die von Presse, Funk und Fernsehen hier gewesen sind; ihnen wollen wir am Montag noch einmal ganz herzlich danken, wenn wir ihre Berichte gelesen haben. Aber jetzt schon danken wir für die Vorarbeit und für die neun Stunden der Teilhabe und der Teilnahme, denn wir wissen: Eine politische Partei, die nicht über die Medien den Weg zum Bürger findet und die ihn nicht erreicht mit dem, was sie an Perspektiven, Aussagen und Botschaften hat, ist nichts wert.

Nun will ich gar nichts mehr aufgreifen von dem, was heute morgen gesagt worden ist.

Aber diese eine Sache, die will ich gerne noch einmal nennen, nämlich den Versuch, bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag 30 000 neue Mitglieder in die SPD hineinzunehmen; 330 000 – von mir aus auch die Schnapszahl 333 000 oder 333 333 (und alles, was darüber ist, nehmen wir hin und werden wir mit einer Prämie versehen), das wird doch wohl zu schaffen sein! Denn wir dürfen nicht bei den 300 000 bleiben, sonst holt die CDU uns ein an Mitgliedern, und das darf nicht geschehen. Die SPD hat in 115 Jahren immer bewiesen: Ihre eigentliche Kraft, das war nicht ihre Phantasie beim Ausuchen von Werbeagenturen, sondern das war die Geschlossenheit und die Größe des Kreises der Mitglieder.

Ich habe den Eindruck, dies war nicht nur ein fleißiger Parteitag, sondern dies war auch ein Parteitag, der bei schwierigen Problemen – bei der Kernenergie und bei der Frage des Extremistenbeschlusses – die Fairneß untereinander nicht vergessen und der bei diesen schwierigen Diskussionen nichts ausgespart, nichts unter den Teppich gekehrt hat, der dennoch nicht mutwillig Zerreißproben gesucht, sondern Geschlossenheit gefunden hat.

Laßt uns diese Geschlossenheit bewahren in den nächsten zwei Jahren, laßt uns daran denken, auch bei überzeugenden Wahlergebnissen, die wir innerparteilich haben: Es ist nicht die Zahl, von der wir leben. Keiner von uns lebt von der Zahl, auch nicht von der, die er bei einem Wahlergebnis bekommen hat, so sehr ihn das freuen und ermutigen mag. Einige haben nach meiner persönlichen Meinung weniger bekommen als sie verdient hätten nach dem Arbeitseinsatz, den sie erbracht haben in den letzten zwei Jahren, und dies darf ich als meine persönliche Meinung sicher hier auch sagen.

Aber nicht unsere Mandatszahl, sondern wie eng wir beieinander stehen, wie sehr wir auf Tuchfühlungen gehen, wie sehr wir, um noch einmal ein Wort von Heinz Kühn aufzugreifen, „auf Nebenmann denken, statt auf Vordermann“ – davon hängt unser Wahlerfolg ab.

Am 30. September abends wollen wir feiern, daß die Bürger richtig entschieden haben. Helft mit, daß sie es tun.

Und am 11. Mai wollen wir zeigen, daß wir nicht nur die soziale Kraft, sondern auch die stärkste Kraft in Nordrhein-Westfalen sind, und damit wollen wir die Tür auf tun für die neue Wahlperiode von Helmut Schmidt.

Es ist viel zu tun und wir fangen heute an, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Wir werden dabei nicht müde. Und wo einer müde wird, da wird ihn der Nebenmann ermuntern.

Herzlichen Dank.“

Presseschau

SPD VOR DEM PARTEITAG

Kommentar von Horst-Werner Hartelt / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(15. Juni 1979)

Auch die Politik hat ihre Moden, mal Mini mal Maxi. Früher war es üblich, daß sich rechtzeitig vor Parteitag einflußreiche Politiker auf die Laufsteg begaben, um die Führungskollektion zu preisen, insbesondere mit der Absicht, dem jeweils zur Wiederwahl anstehenden Vorsitzenden ein Treuebekenntnis abzustatten und damit Stimmung und Stimmen zu machen. Heute ist dies anders, ganz anders, heute muß der Landesvorsitzende die Schau selbst inszenieren, wie in dieser Woche geschehen. Johannes Rau gewährte seinem obersten Parteiorgan ein Interview, blickte optimistisch auf den morgen in Herne stattfindenden SPD-Landesparteitag und sagte für sich selbst große Vertrauensbeweise voraus. Weil kein Gegenkandidat nominiert wurde, kann auch der Landesvorsitzende Rau mit seiner Wiederwahl rechnen, aber die Selbstankündigung gibt doch zu denken. Warum melden sich nicht die Stellvertreter, schließlich hat Frau Antje Huber einen guten Namen, und warum war nichts von dem sonst zu sprudelnden Dr. Christoph Zöpel zu hören? Beide Vize bewerben sich um die Wiederwahl, wie man weiß. Frau Huber hat eigentlich nichts zu fürchten, während Dr. Zöpel auf der Hut sein muß. Lange genug hieß es, Arbeitsminister Farthmann werde als Gegenkandidat antreten, und wenn er wirklich gewollt hätte, wäre Zöpel's Position ins Wanken geraten, denn der junge Doktor und Minister ist etlichen in der Partei zu fix, zu glatt, zu ehrgeizig. Ein lobreiches Wort von ihm an die Adresse des Landesvorsitzenden Rau hätte möglicherweise geschadet. Was nützt Rau, der sich morgen erstmals zur Wiederwahl stellt? Es ist sein Ministerpräsidentenamt, und sonst nichts. Der Regierungschef steht heute schon als SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1980 so gut wie fest, die Partei muß ihn stützen, wenn sie nicht selbst stürzen will, denn die CDU-Opposition unter Heinrich Köppler ist stärker denn je, und Riemer's FDP leidet unter Muskelschwund. Die SPD in Nord-

rhein-Westfalen hat scheinbar den Wechsel von Heinz Kühn zu Johannes Rau doch besser verkraftet, aber die SPD macht dennoch nicht den Eindruck des kommenden Siegers. Wer die Europa-Wahl objektiv bewertet, wird zugeben müssen, daß die Sozialdemokraten eine Niederlage gerade in dem Land einstecken mußten, das seit 1960 für die Bundestagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung für die sozialliberale Koalition war. Die sozialdemokratische Landesorganisation hat bei der Bewältigung des Auftrages, für eine solide Wahlbeteiligung unter den eigenen Anhängern zu sorgen, versagt, und mit der Einstellung von drei neuen Landessekretären neben einem neuen Landesobersekretär — den Titel Generalsekretär wollten die mächtigen Bezirksvorsitzenden niemandem zugestehen — ist ganz gewiß auch noch keine Garantie auf kommende Wahlsiege. Da hilft auch kein Seitenblick auf Westfalens CDU-Vorstand, der seinem Vorsitzenden Kurt Biedenkopf den Kopf wäscht, weil er eigenmächtig, wie immer, die Kanzlerkandidatenfrage mit sich allein entscheiden möchte. Da hilft auch nicht die Vermutung, CDU und CSU werden sich weit in ihrem Kampf um Strauß und Albrecht verzetteln und aufreiben. Die Anhänger der SPD wollen ihre Partei intakt sehen, wollen ihren Landesvorsitzenden als dominierende Führungskraft erleben. Konkret, im Vorfeld der Kommunalwahl am 30. September möchten die delegierten Herren wissen, wie die SPD mit den Grünen fertig wird, mit den kunterbunten selbsternannten Umweltschützern, die weiter auf dem Vormarsch sind. Die bedrohen SPD-Mehrheiten in Hochburgen und Rathäusern. Was sagt Johannes Rau dazu? Und was wird der Landesparteitag zum Rücktritt des Ministers Diether Deneke sagen, der ja wegen bedrückender Umweltschutzprobleme die Regierung Rau verlassen hat? Die 318 Delegierten von Herne sollten wissen, ein lapidärer Vertrauensbeweis für den Vorstand ist zu wenig.

13. Juni 1979

Westfälische Nachrichten

Mehrheit für den Landesvorsitzenden Rau**SPD in NRW um Solidarität bemüht****Deutliche Kritik am Bündnispartner FDP**

-ju- Herne (Eig. Ber.). Mit einer überraschend großen Mehrheit von 293 gegen zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen hat der SPD-Landesparteitag am Wochenende in Herne NRW-Ministerpräsident Rau zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. Zuvor hatte Rau die Einführung der Gesamtschule als „flächendeckende Angebotsschule“ als eine der Voraussetzungen für die Fortsetzung der SPD/FDP-Koalition nach 1980 bezeichnet.

Der Regierungschef, der angesichts des derzeitigen desolaten Zustandes der FDP offensichtlich einen härteren Kurs gegenüber dem Bündnispartner anschlagen will, meinte zwar, die Koalition „könne“ fortgesetzt werden. Gleichzeitig ließ er aber keinen Zweifel daran, daß die Voraussetzungen dafür noch geschaffen werden müßten. Raus Kritik an dem „öffentlichen Hip und Her“ war deutlich an die Adresse des FDP-Vorsitzenden Riemer gerichtet, dessen Taktieren noch längst beim 10. Pflichtschuljahr die Sozialdemokraten verärgert hatte.

Wenn auch der Parteitag angesichts der bevorstehenden drei Wahlen (Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl) sichtlich bemüht war, ein Höchstmaß an Solidarität zu demonstrieren, so wurden trotzdem zahlreiche kritische Stimmen laut. Delegierte bemängelten, daß die SPD in ihrer Reformpolitik unglaubwürdig geworden sei und die bei der Partei nicht

ohne Grund mit der verbreiteten Vernetzungswirtschaft identifiziert werde.

Nach mehrstündiger, teils hitziger Debatte wurde mit großer Mehrheit ein Initiativantrag des Landesvorstandes gebilligt, der zwar den Vorrang der heimischen Steinkohle betont, gleichzeitig aber den weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Der Bau des geplanten Brennelemente-Zwischenlagers Ahaus soll nach dem Willen des SPD-Parteitages von drei Bedingungen abhängig gemacht werden: Gewähr für die Endlagerung des Atomabfalls an einem anderen Ort, Beteiligung des Bundes und der übrigen Länder an den Kosten, Nordrhein-Westfalens für die Steinkohle- und Verpflichtung aller Bundesländer zum stärkeren Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung.

Bei den Vorstandswahlen wurde Helga Schmedt (Stefeln) in den 15köpfigen Beirat berufen.

Westfälischer
Anzeiger und Kurier
Landesparteitag:

SPD in NRW rüstet zum Kampf um die Rathäuser

-erne (Anw.). Drei Monate vor den Kommunal- und knapp elf Monate vor den Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland hat die nordrhein-westfälische SPD ein Höchstmaß an Geschlossenheit demonstriert. Mit einem Stimmenanteil von über 93 Prozent wurde Ministerpräsident Rau am Wochenende auf dem Parteitag in Herne als Chef des SPD-Landesverbandes bestätigt. Anschließend folgte die überwältigende Mehrheit der etwa 300 Delegierten dem vom Parteivorstand aufgezeigten Kurs zur Energiepolitik und Extremisten-Problematik.

Rau, der bei seiner Wiederwahl 293 und 307 abgegebenen Stimmen erhielt, nannte für seine Partei drei Ziele: Bei der Kommunalwahl am 30. September müsse Nordrhein-Westfalen „ein Land sozialdemokratischer Gemeinden“ werden, nach der Landtagswahl am 11. Mai 1980 müsse die SPD die stärkste Parlamentsfraktion stellen und im Oktober 1980 bei der Bundestagswahl dafür sorgen, daß Bundeskanzler Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Westfälischer
Anzeiger und Kurier

SPD in NRW stimmt für Kohle und Kernkraft

Ministerpräsident ruft die Partei zur Werbung 30 000 neuer Mitglieder auf

Herne (Korr.). Für die von ihm angestrebte Fortsetzung einer Koalition mit den derzeit von einer Führungskrise befallenen Liberalen über 1980 hinaus nannte NRW-Ministerpräsident Rau von sich aus zwei Voraussetzungen: Schrittweise Einführung der integrierten Gesamtschule als flächendeckende Angebotsschule neben Haupt-, Realschule und Gymnasium — diese Forderung findet sich auch in mehreren in Herne verabschiedeten Entschiedenungen. Rau hielt dem FDP-Chef Riemer vor, es sei „kein gutes Wort“ von Riemer gewesen, die sozialdemokratische Kommunalpolitik mit dem Ausdruck

vom „Machtkartell der Oberbürgermeister“ zu belegen.

Scharf ging der Ministerpräsident mit der Landes-CDU ins Gericht. Deren Spitzenmänner Köppler und Biedenkopf hätten sich erst gegenseitig entdeckt, als sie an die Demontage von Helmut Kohl gegangen seien. Dann hätten sie als Arbeitsstellung ausgemacht, daß Köppler das „Feld für landespolitische Sprüche“ bestelle und Biedenkopf von Bonn aus mit Strauß die CDU nach rechts rücke. NRW sei aber „keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“. Die mit Personalgerangel beschäftigte Opposition falle für Sachfragen aus.

Rau rief seine Partei dazu auf, in den nächsten zwei Jahren

30 000 neue Mitglieder zu gewinnen und beim Werben um den Wähler daran zu denken, daß „unser eigentliches Potential bei jenen liegt, die immer noch irrtümlich CDU wählen in Nordrhein-Westfalen.“

Mit großer Mehrheit wurde nach dreistündiger Debatte ein energiepolitischer Antrag verabschiedet, der den Vorrang für die heimische Kohle betont, jedoch ebenso deutlich den Weg zu einem weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atom-Müll wird von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stärkeren Kohleinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Mit ebenfalls überwältigender Mehrheit trug der Parteitag auch jene „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, die die Landesregierung unter Rau kürzlich beschlossen hatte. Mit diesen „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft. Statt dessen muß der Bewerber versichern, daß er keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützt.

Mit ebenfalls überwältigender Mehrheit trug der Parteitag auch jene „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, die die Landesregierung unter Rau kürzlich beschlossen hatte. Mit diesen „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft. Statt dessen muß der Bewerber versichern, daß er keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützt.

Kölner Stadt-Anzeiger

18. Juni 1979

SPD-Parteitag stimmt Kalkar zu

„Endlager für Atom Müll aber unverzichtbar“

Von unserem Redakteur Karlegon Halbach

Herne. — Der Parteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen zeigte nicht nur bei der Wiederwahl des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Rau, demonstrative Geschlossenheit, sondern auch in der umstrittenen Frage des weiteren Atomenergie-Ausbaus und in der Forderung nach verstärkter Verstromung der Steinkohle. Mit überwältigender Mehrheit (95 Prozent) stimmten die Delegierten am Wochenende in Herne dem Leitansatz des Landesvorstandes zu, der klarstellte, daß „zur Zeit weder eine Entscheidung für den forcierten Ausbau von Kernkraftwerken noch über den endgültigen Verzicht auf Kernenergie vertretbar ist“. Der „schnelle Brüter“ in Kalkar soll danach zur Sicherung des technischen Wissens ebenso weitergebaut werden, wie die Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren fortgesetzt werden soll.

Die Errichtung eines Zwischenlagers für Reaktorrückstände im westfälischen Ahaus knüpften die SPD-Delegierten an drei Bedingungen: einmal sollen Bund und Länder verbindlich zusichern, die Subventionen für die Kohle als nationale Energiequelle mitzutragen, zum anderen sollen sich alle Bundesländer verpflichten, mehr Kohle als bisher zur Stromerzeugung einzusetzen. Als abso-

lut unverzichtbar wird schließlich eine Endlagerstätte für Atom Müll festgeschrieben, „wenn nicht Gorleben, dann anderswo“, wie NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann sagte. Ohne gesicherte Endlagerung werde es an Rhein und Ruhr keine weiteren Genehmigungen für Kernkraftwerke geben.

Seiner Kritik am FDP-Landesvorsitzenden Riemer („Es war kein gutes Wort, das er auf dem FDP-Parteitag vom Machtkartell der Oberbürgermeister gesprochen hat“) fügte Rau eine positive Bemerkung der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP an. Sie sei „gut und erfolgreich“ und könne „auch 1980 fortgesetzt“ werden.

Bei der Neuwahl des 18köpfigen Landesvorstandes gab es keine großen Überraschungen. Als Beisitzer erreichten Finanzminister Posser (288) und Arbeitsminister Farthmann (277) die besten Stimmenergebnisse, während der Kölner Regierungspräsident Antwerpes (182) schwach abschnitt. Als Raus Stellvertreter im Landesvorstand erhielten Bundesfamilienministerin Antje Huber 261 und Landesminister Christoph Zöpel 214 Stimmen.

Kölnische Rundschau SPD in NRW steht einmütig hinter Rau

Thema Kernenergie wurde nicht zum Streitpunkt

dt Herne. Vor den anstehenden Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen demonstrierten die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten auf ihrem fünften Landesparteitag in Herne am Samstag vor allem Geschlossenheit.

Nachdem Ministerpräsident Johannes Rau mit der überzeugenden Mehrheit von 293 der 307 Stimmen als Landeschef wiedergewählt worden war, blieben auch die zunächst erwarteten heftigen Diskussionen um die als strittig geltenden Themen Atomenergie und Regelanfrage aus.

Die Partei folgte der Politik Raus. Nach gut dreistündiger Debatte wurde ein energiepolitischer Antrag angenommen, der zwar den Vorrang für die Kohle betont, sich jedoch ganz eindeutig auch den Weg für einen möglichen Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager wird von einer Endlagerung an einem anderen Ort sowie der Verpflichtung anderer Bundesländer zu einem stärkeren Kohleeinsatz abhängig gemacht.

Auch in der Regelanfrage stimmten die Delegierten für die Regierungspolitik und nahmen die „Grundsätze für eine

Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern im öffentlichen Dienst“ an. Mit den „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft.

In seiner programmatischen Rede appellierte der SPD-Landeschef an die Bundesregierung, rechtzeitig ein Konzept gegen Schwierigkeiten bei der drohenden Öl- und Benzinverknappung auszuarbeiten. Rau: „Wir weisen früh genug darauf hin, daß hier Probleme von außerordentlicher Bedeutung auf uns zukommen, die den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Monate in Mitleidenschaft ziehen können und bei denen wir hellwach nach Lösungen suchen müssen.“

Die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP nannte Rau gut und sprach sich für eine Fortsetzung der Koalition aus, allerdings unter der Voraussetzung, daß „einmal getroffene Entscheidungen vor dem Bürger deutlicher gemacht werden, als die Prozesse, die zu den Entscheidungen geführt hätten. Bei dieser Redepassage war eine deutliche Kritik an dem FDP-Landeschef, Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, nicht zu überhören.

Ruhr Nachrichten

SPD billigt Bedingungen für Zwischenlager Ahaus

Fortsetzung von Seite 1

Deutlich ging der Ministerpräsident mit der Landes-CDU ins Gericht. Deren Spitzenmänner Köppler und Biedenkopf hätten sich erst gegenseitig entdeckt, als sie an die Demontage von Helmut Kohl gegangen seien. NRW sei „keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen dürfen“. Die mit Personalgerangel beschäftigte Opposition falle für Sachfragen aus.

Rau rief seine Partei dazu auf, in den nächsten zwei Jahren 30.000 neue Mitglieder zu gewinnen und beim Werben um den Wähler daran zu denken, daß „unsere eigentliches Potential bei jenen liegt, die immer noch CDU wählen in Nordrhein-Westfalen“.

Mit großer Mehrheit wurde vom SPD-Landesparteitag nach dreistündiger Debatte ein energiepolitischer Antrag verabschiedet, der den Vorrang für die heimische Kohle betont, jedoch den Weg zu einem

weiteren Ausbau der Kernenergie offenhält. Das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atom-Müll wird von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stärkeren Kohleeinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Mit ebenfalls überwältigender Mehrheit trug der Parteitag auch jene „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, die die Landesregierung unter Rau kürzlich beschlossen hatte. Mit diesen „Grundsätzen“ wird die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft.

Bei der Wahl der jeweils Stellvertreter Raus fielen von 309 abgegebenen Stimmen 261 auf Antje Huber und 214 auf Christoph Zöpel.

Westdeutsche Allgemeine

NRW-Parteitag der SPD in Herne bestätigt Rau fast einmütig

Von GERD GOCH

waz HERNE

Fast einmütig hat sich die nordrhein-westfälische SPD am Wochenende auf ihrem Landesparteitag in Herne hinter Ministerpräsident Johannes Rau gestellt. Sie wählte ihn mit 293 von 307 Stimmen für weitere zwei Jahre zu ihrem Vorsitzenden. 1977 hatte Rau in einer Kampfabstimmung gegen NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann nur drei Stimmen Mehrheit gehabt. Zu Stellvertretern Raus wählte der Parteitag mit 261 von 307 Stimmen Bundesministerin Antje Huber und, ohne Gegenkandidaten, mit nur 214 Stimmen Christoph Zöpel. Bei der Wahl der 15 Beisitzer führte wieder einmal Finanzminister Diether Posser mit 288 vor Friedhelm Farthmann mit 277 Stimmen.

Düsseldorfer Nachrichten

18. Juni 1979

Auf dem SPD-Landesparteitag in Herne zeigte sich:

Rau hat seine Partei geschlossen hinter sich

Wiederwahl mit 95% / Einig über Energie und Extremisten

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Freitag

Mit 293 von 307 Stimmen, das sind 95 Prozent, wählten die Delegierten des SPD-Landesparteitags am Wochenende in Herne ihren Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau wieder. Der Mann, der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen die Mehrheit gegenüber seinem Mitbewerber Arbeitsminister Friedhelm Farthmann erhielt, bekam bei seiner ersten Wiederwahl nur zwölf Gegenstim-

men und zwei Stimmenthaltungen. Im Verlauf des Parteitags gelang es Rau mit ähnlich großen Mehrheiten die Partei auf seinen Kurs in der Energiepolitik und in der künftigen Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst einzuschwören. In den langwierigen Diskussionen erhielt er die Unterstützung des Landesvorstands, der SPD-Landesminister sowie von vielen anderen Delegierten.

Die stellvertretenden Landesvorsitzenden Antje Huber und Christoph Zöpel wurden gleichfalls wiedergewählt, jene mit 261, dieser mit 214 Stimmen. Bei der Wahl der zwölf Beisitzer ist die des neuen Landesgeschäftsführers und Landtagsabgeordneten Rainer Maedge hervorzuheben, der 239 Stimmen errang. Mit 300 000 Mitgliedern ist die nordrhein-westfälische SPD die weitaus stärkste Landespartei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bei der Kernenergie setzte sich Raus Kurs klar durch. Danach fordert die nordrhein-westfälische SPD nahezu einhellig, daß Sicherheit und Gesundheit der Bürger Vorrang haben, außerdem die Energieeinsparung, ganz besonders beim Öl. Ein absolutes Nein zur Kernenergie lehnt sie aus arbeitsmarktlichen, sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen als unverantwortbar ab. Vorrang sollen Kohleenergie (vor allem mit neuen Technologien) und die Suche nach neuen Energie-

quellen haben. Neu ist die Forderung, den Bau des Atomkraft-Zwischenlagers Ahaus zusätzlich auch noch an die Bedingung zu knüpfen, daß sich Bund und Länder finanziell an der Kohle als nationaler Energiequelle beteiligen und verstärkt Kohle einsetzen. Die SPD verlangt ferner den Bau umweltfreundlicher neuer Kohlekraftwerke, die teilweise veraltete ersetzen sollen.

Für die Abschaffung der Regelanfrage bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst dankte der Parteitag seinem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten ausdrücklich. Auch hier folgte man Raus Kurs fast geschlossen. Besonderen Nachdruck legten die Delegierten darauf, daß „die Bürokratie“ daraufhin überwacht wird, die soeben von der Regierung für zwei Jahre auf Probe verabschiedete Regelung auch ihrem Geist nach zu befolgen und einzuhalten.

In seiner über einstündigen Rede kündigte Johannes Rau ein „Nordrhein-Westfalen-Pro-

gramm“ (NWP) für die Zeit von 1980 bis 1985 an. „Wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin“, sagte er mit Blick auf die FDP. Die Zusammenarbeit mit dieser im Landeskabinett nannte er „gut und erfolgreich“, kritisierte jedoch, daß es (durch die FDP) vor Entscheidungen im Kabinett „so lange öffentlich hin und her“ gehe.

Als Ziel setzte Rau seiner Partei ihren Sieg mit Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen einen noch unbenannten „Mister X“ bei der Bundestagswahl im Oktober 1980. Als Prüfstand dazu bezeichnete er die Kommunalwahlen im September dieses Jahres. Bei der Landtagswahl im kommenden Mai müsse die SPD stärkste Landtagsfraktion werden. Ihr Wählerreservoir befinde sich vor allem bei den CDU-Wählern.

Düsseldorfer Nachrichten

Rau im Aufwind

Von Werner Freitag

Zum erstenmal stellte sich der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen Mehrheit gewählte Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD Ministerpräsident Johannes Rau auf dem Landesparteitag zur Wiederwahl und errang 95 Prozent der 307 Delegiertenstimmen. Er setzte sich mit seiner Auffassung vom Vernünftigen und Machbaren bei den heiklen Fragen der Energiepolitik und der Ein-

stellungspraxis in den öffentlichen Dienst mit ähnlichen Mehrheiten durch. Man beginnt, seinen anfangs viel kritisierten Führungsstil zu begreifen und folgt ihm in der Partei. Herne hat das vielzitierte ätzende Scherzwort des FDP-Landtagsabgeordneten

Roericht von Rau als „Meister im Wegtauchen“ ungültig gemacht. Rau stellte seinen Führungsstil vor dem Parteitag so dar: „Hören, Nachdenken, Antworten und Entscheiden – diese Schrittfolge wird bleiben.“ Diese Art Politik zu machen sei ihm lieber als eine Politik der Herablassung, der Anordnung und der Scheindemokratie.

Unmittelbar nachdem er mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt war, sagte Rau, er verstehe das als einen Vertrauensvorschuß für die zwei nächsten, schweren Jahre, in denen die Gemeinde-, Kreis- und Stadträte, der Landtag und der Bundestag neu gewählt werden. Er sei von dem Ergebnis seiner Wiederwahl überwältigt. Der „Prüfstein“ – auch für ihn – würden die Kommunalwahlen am 30. September sein. Mit dieser Erklärung nahm sich

Rau mit selbstbewußter Bescheidung und frei von Arroganz als Parteivorsitzender in die Pflicht. Das kam bei den über 300 Delegierten ebenso an wie sein freimütiges Eingeständnis, daß ihm und dem Landesvorstand beim Volksbegehren zur Koop-Schule eine „Fehl einschätzung“ unterlaufen sei.

Ein SPD-Politiker aus der ersten Reihe urteilte: „Der Rau ist gut, er ist nur von uns allen nicht gut genug verkauft worden.“ Das war, als der Landesvorsitzende und Ministerpräsident in seinem Rechenschaftsbericht daran erinnert hatte, daß sein Kurs in den heißen Fragen Lohnsummensteuer, Kalkar, Ruhrgebietskonferenz, Abschaffung der Regelanfrage und Energiepolitik zu den gewollten Zielen führte, wobei oft die Entscheidungen in den

Schlagschatten des vorhergegangenen Gerangels beim Koalitionspartner gerieten.

Rau hat sich in seiner Partei durchgesetzt – bis zum 30. September. Die Kommunalwahlen werden ihm in seiner Partei den endgültigen Sieg oder eine schwere Niederlage bringen.

SPD Nordrhein-Westfalen

Handelsblatt

18. Juni 1979

Der Parteitag hält Option auf die Kernenergie offen

HANDELSBLATT, Sa./So., 16./17. 6. 1979

sm. HERNE. Der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD hat mit großer Mehrheit einen Leitantrag zur Energiepolitik angenommen, der in allen wesentlichen Punkten die Haltung der Landesregierung in dieser Frage bestätigt. Im Zusammenhang mit der Kernenergie wird sowohl der Bau des Zwischenlagers in Ahaus, der Weiterbau des Schnellen Brütters in Kalkar und die Genehmigung weiterer Leichtwasserreaktoren offengehalten.

Da die Landesregierung ihren Beitrag zur Entsorgung der bestehenden Anlagen leisten müsse, sei das Genehmigungsverfahren für das Zwischenlager in Ahaus fortzuführen. Eine Errichtungs- und Betriebsgenehmigung werde jedoch nur dann erteilt, wenn feststehe, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung im Rahmen eines Entsorgungssystems gebracht werden und wenn auch andere Bundesländer sich zu einem stärkeren Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung verpflichten, heißt es in dem Antrag. Gerade der Zusammenhang der Lagerung des Atommülls und der Kohleverstromung spielte auf dem Parteitag eine wichtige Rolle. Manche Delegierte wollten mit dem Faustpfand Ahaus andere Bundesländer zu einem stärkeren Einsatz der Ruhrkohle zur Stromerzeugung zwingen.

Während Ministerpräsident Rau in seiner Rede lediglich CDU/CSU regierte Länder, wie Niedersachsen und Bayern, kritisierte, „weil die keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten“, wurden die Delegierten in der anschließenden Aussprache deutlicher. Gerade Hessen und Hamburg, so hieß es, würden einen großen Anteil ihrer Energie aus Kernbrennstoffen erzeugen und wollten den dabei anfallenden Müll im Kohleland Nordrhein-Westfalen ablagern.

Da die Landesregierung ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten müsse, soll der Hochtemperatur-Reaktor mit dem Ziel der Gewinnung nuklearer Prozesswärme und damit der Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle weiter entwickelt werden. Vor weiteren Teilerrichtungsgenehmigungen des Schnellen Brütters in Kalkar soll allerdings wenigstens der Zwischenbericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, der im Mai 1980 vorliegen soll, abgewartet werden.

Die Landesregierung macht Genehmigungen weiterer Leichtwasserreaktoren davon abhängig, daß die Versorgung gelöst ist und

Sicherheitsbedenken nicht bestehen, heißt es in dem Leitantrag. Es werde nicht erwartet, daß in den nächsten fünf Jahren ein neuer Reaktor in Nordrhein-Westfalen genehmigt werde, hieß es dazu in der Diskussion.

Obwohl mehrere Ortsvereine Anträge gegen Kernkraftwerke gestellt hatten, votierten die Delegierten des mit 300 000 Mitgliedern stärksten Landesverbandes der SPD mit überwältigender Mehrheit für diesen Antrag, der zwar die weitere Nutzung der Kernenergie mit einer Reihe von Auflagen verknüpft, der aber dem Landesvorstand und der Landesregierung weitgehend freie Hand in dieser Frage läßt.

Wert legen die Sozialdemokraten des Kohlelandes Nordrhein-Westfalen auf eine verstärkte Nutzung des heimischen Energieträgers. So sollen neue Kohletechnologien zur Herstellung von Gas und Flüssigbrennstoffen gefördert und die Kapazitäten im Kohlebergbau ausgebaut werden. Im Rahmen einer „planvollen staatlichen Energiepolitik“ soll eine Prioritätenliste für den Bau von Kohlekraftwerken festgelegt werden. Mit Nachdruck stellte der Parteitag fest, daß die Kohle eine nationale Aufgabe sei und die entsprechenden Subventionen, die den Haushalt des Landes stark belasteten, in Zukunft ausschließlich vom Bund getragen werden sollen.

Bei den personalpolitischen Entscheidungen dieses Parteitages wurde Ministerpräsident Johannes Rau mit der überraschend großen Mehrheit von 293 der abgegebenen 307 Stimmen als SPD-Landesvorsitzender bestätigt. Rau betrachtete dieses Votum als einen „Vertrauensvorschuß für zwei schwere Jahre“, in denen im Land an Rhein und Ruhr vor der Bundestagswahl des nächsten Jahres noch Kommunal- und Landtagswahlen anstehen. Für die Landtagswahl gab Rau als Ziel vor, die Sozialdemokraten müßten die stärkste Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen werden.

Als Stellvertreter von Rau wurden Antje Huber (263 Stimmen) und Christoph Zöpel (214 Stimmen) in ihren Ämtern bestätigt. Die Minister Diether Posser (288 Stimmen) und Friedhelm Farthmann (277 Stimmen) erhielten als Beisitzer die besten Ergebnisse.

In seiner Parteitagsrede hatte sich der Landesvorsitzende für die Trennung zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk auf der einen und privatrechtlich organisierter Presse auf der anderen Seite ausgesprochen. Aus dem Poullain-Bericht will Rau „ohne schuldhaftes Zögern“ die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Eine Trennung von Staatsaufsicht und Verwaltungsrat werde ganz gewiß in der nächsten Wahlperiode vorgenommen.

Bild-Zeitung

Riesenerfolg! Rau wieder SPD-Landeschef

Wp. Düsseldorf, 18. Juni. Beim 16. und 17. Parteitag der SPD in Herne erzielte Ministerpräsident Johannes Rau einen Riesenerfolg. Er wurde mit 293 von 307 Stimmen als SPD-Landesvorsitzender bestätigt. Die Delegierten hatten ihn einstimmig zum Landesvorsitzenden gewählt. 293 von 307 Delegierten hatten ihn einstimmig zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt. 293 von 307 Delegierten hatten ihn einstimmig zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt.

Auf dem Landesparteitag im Herne Kulturzentrum wünschte sich Rau eine Fortsetzung der Koalition mit der FDP nach 1980. Allerdings: Die Liberalen müssen mit zusätzlichen Gesamtschulden abwarten.

Rau will mit einem „Nikw-Programm 1985“ in die Landtagswahlen gehen. Wenn die FDP nicht mitmacht, auf eigene Rechnung und Verantwortung.

Der jüngste Antrag auf dem SPD-Parteitag: Auf der Trasse der umstrittenen Autobahn A 4 sollen keine „Hopfen, Gerste und Rebstocke“ angepflanzt werden. So könnte der Preis für Bier, Korn und Wein um mindestens 20 Prozent gesenkt werden. Landwirtschaftsminister Baum soll deshalb „eine Hopfenkontingent“ einführen.

Minister Rau zu diesem Zeitpunkt: „Ich habe mich mit meinen Vorgesetzten bereits besprochen.“

Kölner Stadt-Anzeiger

Rau eindeutig als SPD-Chef bestätigt

Parteitag stützt Atomkurs

keh Herne — Eindeutiger als erwartet hat die nordrhein-westfälische SPD ihren Landesvorsitzenden Rau für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt: 293 Delegierte stimmten für Rau, zwölf gegen ihn, und zwei enthielten sich. Zuvor hatte der NRW-Ministerpräsident in einer programmatischen Rede die Zielsetzungen seiner Partei für die nächsten Jahre, insbesondere für die Kommunalwahl am 30. September, die Landtagswahl am 11. Mai und die Bundestagswahl im Oktober 1980 umrissen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen müsse den „entscheidenden Beitrag“ dazu leisten, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibe. Der Landesparteitag in Herne folgte mit großer Mehrheit auch der Politik Raus in der Nuklearfrage.

Westfälische Rundschau

18. Juni 1979

Herner Parteitag billigt Regierungskurs in Atom- und Radikalenfragen

Rau will die SPD wieder zur stärksten Landtagsfraktion machen

Herne. (W.C.) Zur Offensive im Angesicht von drei Wahlgängen hat der SPD-Landesvorsitzende und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau am Wochenende seine Partei aufgerufen. Die Kommunalwahlen am 30. September, die Landtagswahlen am 11. Mai nächsten Jahres sowie die Bundestagswahlen im Herbst seien „die stärkste Herausforderung, die es in der Geschichte unserer Partei nach 1945 je gegeben hat“, sagte Rau auf dem SPD-Landesparteitag in Herne.

Als Ziele nannte er, müßten noch mehr Gemeinden im Lande sozialdemokratisch werden; insbesondere in den ländlichen Gebieten gebe es noch nicht „geschöpfte „Zuwachschancen“. Im Landtag solle die SPD mit dem 11. Mai wieder zur stärksten Fraktion werden. Anschließend müsse dafür gesorgt werden, daß Helmut Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Die Europawahlen hätten gezeigt, daß eine niedrige Wahlbeteiligung sich negativ für die SPD auswirke. Es müsse deshalb „alles getan werden, um die Wähler zu mobilisieren“. Zugleich solle die Partei versuchen, ihren Mitgliederbestand, der seit einiger Zeit bei 300 000 auf der Stelle tritt, um zehn Prozent auf 330 000 zu steigern.

Rau forderte seine Partei dazu auf, dafür zu sorgen, „daß die drei Prozent Grünen sich nicht stabilisieren und vermehren“. Lebensängste und Staatsverdrossenheit wollten ernst genommen werden. Das „eigentliche Potential“ der SPD liege allerdings bei denen, „die noch irrtümlich CDU wählen“.

Der Opposition warf Rau vor, sie falle wegen ihrer inneren Streitigkeiten für Sachfragen aus. Biedenkopf und Koppeler hätten sich „erst entdeckt“, als sie an die Demontage von Helmut Kohl gingen.

Der Ministerpräsident betonte, er rechne auch nach 1980 mit der FDP. Die Voraussetzungen für eine erneute sozial-liberale Koalition seien zu schaffen. Er erwähnte dazu vor allem die Einführung der integrierten Gesamtschule als flächendeckende Angebotsschule neben den traditionellen Schulformen.

Der Parteitag billigte mit jeweils großen Mehrheiten den vom Landesvorstand vorgelegten Leitensatz zur Energiepolitik sowie die von der Landesregierung soeben neu beschlossenen Grundsätze für die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst.

Nach einer Intervention von Dortmunds OB Günter Samtlebe wurde in dem Energiebeschluß das in Ahaus geplante Zwischenlager für Atom Müll von drei Voraussetzungen abhängig gemacht: Gewähr für die Endlagerung an einem anderen Ort, Verpflichtung anderer Bundesländer zum stärkeren Kohleeinsatz bei der Verstromung und Beteiligung von Bund und den übrigen Ländern an den nordrhein-westfälischen Lasten für die Steinkohle.

Die Kohleproduktion müsse endlich als „nationale Aufgabe“ anerkannt werden, hatte Samtlebe gefordert. Er bezeichnete es auch als „Gipfel der Heuchelei“, wenn „Grüne“ oder andere Kernkraftgegner demnächst gegen neue Bergbauschächte in der Haardt oder sonstwo im Münsterland, auftraten.

Der Atombeschluß des Parteitages möge die Genehmigung weiterer Leichtwasserreaktoren durch die Landesregierung davon abhängig, daß die Entsorgung gelöst ist und Sicherheitsbedenken nicht bestehen. Voraussetzung solcher Genehmigungen sei auch der „gesicherte Zubau neuer Steinkohlenkraftwerke“.

„Zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie“ werden auch der Weiterbau des Hochdrucktemperaturreaktors sowie des „Schnellen Bruters“ in Kalkar befürwortet. Für den zweiten Fall soll allerdings der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages abgewartet werden. Der Hochdrucktemperaturreaktor aber sei zur Gewinnung nuklearer Prozesswärme und damit zur Erschließung neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle notwendig.

Düsseldorf-Express

Rau gewählt

☐ Drei Monate vor der Kommunalwahl in NRW wurde Ministerpräsident und SPD-Chef Johannes Rau am Wochenende in Herne mit 293 der 307 Delegiertenstimmen erneut zum SPD-Landeschef gewählt.

Kölner Stadt-Anzeiger

Im Aufwind

Köln — Nordrhein-Westfalens SPD hat Johannes Rau den Rücken gestärkt. Wiederwahl als Landesvorsitzender mit 95,4 Prozent der Stimmen, viel Beifall und keinerlei kritische Anmerkungen zum Führungsstil in Partei und Staatskanzlei — das war eine eindeutige Demonstration des Einverständnisses mit dem Mann an der Spitze.

Die Wahlen dafür hatte Rau Anfang Mai bei der Ruhrgebietskonferenz gestellt. Sie brachte, obwohl so manches vorerst nur Versprechen blieb, dem Regierungschef einen starken Schub für sein Image. Hinzu kam, daß Rau rechtzeitig vor dem Landesparteitag die Abschaffung der Regelanfrage im Öffentlichen Dienst und das zehnte Pflichtschuljahr — wenn auch mit für SPD-Bildungsideologen schmerzlichen Abstrichen — durchgesetzt hat.

Rau sieht nun den Weg frei für „geschlossene Aktivität“ der Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr in den bevorstehenden Wahlkämpfen. Er selbst hat mehr Ellenbogenfreiheit gewonnen.

Gestützt auf das klare Votum des Herner Parteitages, braucht er weniger Rücksicht auf Stimmungen zu nehmen und nicht länger jedermanns Liebling zu sein.

Wenn daraus bei dem SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl mehr Entschlußfreudigkeit und mehr

Durchsetzungsvermögen wachsen, kann das den Sozialdemokraten nur nützen. Wie schwer sie es haben werden, am 11. Mai 1980 das gesteckte Ziel zu erreichen, hat ihnen gerade die Europawahl signalisiert.

Zwischenlager ja – aber nur gegen Kohle

PETER WEIGERT, Herne

„Keine Sau gibt euch was für Appelle“, rief der Dortmunder Oberbürgermeister Günter Samtlebe den Delegierten des nordrhein-westfälischen SPD-Landesparteitags am Wochenende in Herne zu. „Wenn man ein Pfand in der Hand hat – wie das Atommüll-Zwischenlager in Ahaus –, dann muß man das rücksichtslos einsetzen.“ So erreichte Samtlebe einen Zusatzbeschluss, daß als Voraussetzung für die Genehmigung des Zwischenlagers in Westfalen „andere Bundesländer sich verpflichten, die Kohlepolitik als nationale Aufgabe anzusehen und ihre Kosten mitzutragen.“

Über zwei Stunden lang ging die Debatte um einen „Leitantrag“ hin und her, den Ministerpräsident Johannes Rau und die übrigen Mitglieder des SPD-Landesvorstands zur Energiepolitik vorgelegt hatten. Trotz der Forderung nach „Vorrang für Steinkohle“ und Energiesparprogrammen enthielt der Antrag ein Bekenntnis „zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik“. Besonders dabei erwähnt wurden „der Wetterbau vor allem des Hochtemperaturreaktors... und auch des Schnellen Brütters (SNR 300)“. Über weitere Genehmigungen für den Schnellen Brüter sollte die Landesregierung aber erst nach Vorliegen des Berichts der Bonner Enquete-Kommission entscheiden, über die Genehmigung weiterer Leichtwasser-Reaktoren, wenn

„die Entsorgung gelöst ist und Sicherheitsbedenken nicht bestehen“.

In seiner Rede vor dem Parteitag hatte Ministerpräsident Rau dem niedersächsischen Regierungschef Albrecht „Ausweichen und Weglaufen“ vorgeworfen. „Wir wollen und wir werden aus gesamtstaatlicher Verantwortung das Zwischenlager in Ahaus unter bestimmten Voraussetzungen anbieten“, sagte Rau. „Aber wir haben keine Bundesbürgschaft für Albrecht und für Strauß zu übernehmen, nur weil die keine Zwischenlager in ihren Ländern errichten.“

Vom Teufel zum Belzebub

„Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg von Teufel zu Belzebub“, rief der Ministerpräsident den Delegierten zu. „Wir kommen in eine Ölverknappung, bei der Benzinpreis- und Heizkostensteigerungen vielen Bürgern das wegnehmen werden, was sie bei schwierigen Tarifverhandlungen bekommen haben.“ Es könne eine ernste Situation in Nordrhein-Westfalen entstehen. „Dann müssen Helmut Schmidt, die Bundesregierung und die Landesregierung handeln und ein Konzept haben, um den Menschen bei uns im Lande zu helfen“, betonte Rau.

Bundesfamilienministerin Antje Huber bestätigte im Gespräch mit Journalisten auf dem Parteitag, daß Bonn bereits Heizkostensubventionen erörtert habe, aber vor der Gefahr zurückscheue, daß dadurch der Ölmarkt zu noch größeren Preissteigerungen angeheizt werde.

Gegenüber Forderungen nach einem fünfjährigen Moratorium für den Bau von Kernkraftwerken beschwor auch Arbeitsminister Friedhelm Fathmann die SPD-Delegierten: „Wer noch hinter dem Leitantrag zurückbleibt, wird noch neue Schwierigkeiten draufsatteln, dann sind wir nicht mehr mehrheitsfähig.“ Der Antrag wurde schließlich bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Mit dem Taschentuch wischte sich Ministerpräsident Rau den Schweiß von Gesicht und Hemdkragen, als er unter den Fernsehscheinwerfern seine Parteitage-Rede beendete. Der „Spezialist für knappe Mehrheiten“ – wie Rau sich mit einer Anspielung auf seine Wahl zum Landespartei- und zum Ministerpräsidenten-Nachfolger durch die SPD im September des letzten Jahres mit acht Stimmen Mehrheit – erhielt diesmal bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender 293 von 307 Delegiertenstimmen. „Ich hätte schon 270 Stimmen für ein Traumergebnis gehalten“, meinte Rau erleichtert bei einem Teller Erbsensuppe.

Für die kommenden Wahlen sprach Rau von einem „Pakt auf Gegenseitigkeit“ mit dem Bundeskanzler: „So wie wir ohne Helmut Schmidt nicht gewinnen können bei der Landtagswahl, so haben wir in Nordrhein-Westfalen stets dafür gesorgt, daß in Bonn Sozialdemokraten von 1966 an regieren konnten.“ Die Koalition mit der FDP könne fortgesetzt werden, aber – „wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen“.

Westdeutsche Allgemeine

Rau ruft die SPD zur Offensive auf

NRW-Programm angekündigt – Ja zur Kernkraft kein Streitpunkt

Von GERD GOCH

von HERNE

„Meine kühnsten Hoffnungen sind übertroffen“, freute sich Johannes Rau über sein gutes Wahlergebnis. Mit ihrer Geschlossenheit werde die SPD bei der Landtagswahl im Mai 1980 der zerstrittenen CDU mindestens drei Mandate nehmen, damit wieder stärkste politische Kraft im Lande werden und sichern, daß Helmut Schmidt nach der Bundestagswahl im Herbst 1980 Kanzler bleibe.

Der SPD-Landeschef rief die 300 000 Mitglieder des weiteststärksten Landesverbandes der SPD zu offensiver Werbung auf. In den nächsten zwei Jahren sollen in NRW 30 000 neue Mitglieder gewonnen werden.

In einigen Punkten setzte Rau sich mit dem Koalitionspartner FDP auseinander. Der von der FDP angestrebte völligen Streichung der Gewerbesteuer werde sich die SPD „nach Kräften widersetzen“, sagte er. Die Warnung des FDP-Landeschefs Rietner vor einem „Machtkartell“ der SPD-Oberbürgermeister an der Ruhr nannte er „kein gutes Wort“.

Nach der Ruhrkonferenz, die das Herz des Landes gesund machen werde, müsse auch der gesamte Kreislauf wieder in Ordnung gebracht werden. Dazu werde ein „NRW-Programm“ für die Zeit bis 1983 aufgestellt. Wann die FDP dieses Programm nicht geteilt

sam mit den Sozialdemokraten in der Landesregierung ausarbeiten wolle, dann werde es die SPD „allein auf eigene Rechnung und Gefahr tun“. Eine Voraussetzung für die Koalition mit der FDP werden Einführung der Gesamtschule als „flächendeckende Angebotschule“ ab 1980 sein.

Um die Grünen

Ihre neuen Wähler will sich die SPD allerdings bei denen holen, die „immer noch irrtümlich CDU wählen“. Das Reservat werde größer meinte Rau, weil viele nicht wollten, daß der westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf zusammen mit dem bayrischen CSU-Chef Strauß die Union in Bonn nach „rechts“ rücke. Die SPD wolle sich aber auch mehr um die besorgten Umweltschützer kümmern „ohne sich mit den Grünen zu identifizieren“. Wie Rau mitteilte, hatte er Anfang

vergänger Woche ein erstes Gespräch mit Vertretern von Bürgerinitiativen gehabt.

Erstmals teilte der Ministerpräsident mit, daß er den „Auftrag“ des Untersuchungsausschusses im Landtag, der die Poullain-Affäre durchleuchte, erfüllen und Konsequenzen ziehen werde. Finanz- und Wirtschaftsminister, die schon die Staatsaufsicht über die Westdeutsche Landesbank führen, sollen ab 1980 nicht mehr gleichzeitig dem Verwaltungsrat des Instituts angehören.

SPD-Fraktionschef Dieter Heß lobte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der FDP. Die Liberalen hätten intern derzeit zwar Probleme, stünden aber in kritischen Situationen immer treu zum Bündnis mit der SPD. Nur mit Zustimmung der FDP seien die Regelnfrage abgeschafft, der Stufenlehrer beibehalten, und das 10. Schuljahr eingeführt worden.

Während Rau heiße Debatten über die Energiepolitik vorausgesagt hatte, wurde das früher heiß umstrittene Thema vom Parteitag überraschend zügig und sachlich behandelt. Gegen nur einzelne Stimmen wurde ein Antrag des Landesvorstandes angenommen, der der Landesregierung weiterhin eine „behutsame Politik auf dem Gebiet der Kernenergie“ ermöglicht. Stein- und Braunkohle sollen Vorrang haben, die Abhängigkeit vom Öl soll gemildert werden. Rau dazu: „Der Weg vom Schah zum Ayatollah war der Weg vom Teufel zum Belzebub.“

Die Abschaffung der Regelanfrage, von Rau als „freiheitliche und liberale Lösung“ gefeiert, war auf dem Parteitag ebenfalls nicht mehr umstritten. Die von der Landesregierung beschlossenen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ wurden vom Parteitag mit überwältigender Mehrheit akzeptiert. Bewerber müssen künftig nur noch versichern, daß sie keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützen.

Rheinische Post

Wiederwahl des SPD-Landesvorsitzenden

18. Juni 1979

95 Prozent für den Alleinkandidaten Rau

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Breuer

Herne — Johannes Rau strahlte. Der trotz seiner 48 Lebensjahre immer noch jugendlich wirkende Erbe Kühns genoß sichtlich die Glückwünsche seiner Genossen nach der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden. Obwohl der Regierungschef von Nordrhein-Westfalen diesmal keinen Gegenkandidaten hatte und die Partei vor drei lebenswichtigen Wahlen ihm nur aus Übermut hätte Stimmen verweigern können, hatte es doch vor der geheimen Abstimmung Befürchtungen gegeben. Doch die Führungskrise in der Union und beim kleinen Koalitionspartner in Düsseldorf sowie das Milliarden-Steuergeheimnis der Ruhrgebietskonferenz ließen in den letzten Wochen die Pannen und die starke Kritik vergessen, die den früheren Wissenschaftsminister in den ersten acht Monaten seiner Amtszeit in der Staatskanzlei stark verunsichert hatten. Am Wochenende in Herne sprach deswegen auch kaum einer von Führungsschwächen Raus, warf keiner dem neuen Mann am Steuerrad seinen zaudernden politischen Stil vor, gab es statt dessen eine 95-Prozent-Mehrheit für Rau, Zufriedenheit, Freude und Eintracht.

Dabei hatte der aus einer Wuppertaler Predigerfamilie stammende Parteichef keinen Zuhörer mit seiner Rede vom Stuhl gerissen, nicht den rhetorischen Erfolg vom schon legendären Duisburger Parteitag 1977 wiederholt, als Rau mit Worten die Mehrheit für Farthmann zerstörte, sondern locker, gelöst und engagiert aus dem Stegreif eine wenig tiefenscharfe Momentaufnahme der Lage seiner Partei gegeben. Und Rau, der nicht aus seiner Haut kann und will, hatte erneut seine „Politik der Zuwendung“ angepriesen, Behutsamkeit gepredigt und sein Credo des Miteinander-Füreinander betont, was althergebrachte Genossen immer wieder erstaunt und einen kampferprobten SPD-Kämpfer aus dem Revier zu dem Ausruf „Was für Sachert!“ bewegte. Ein Minister Rau, der diesen Stil von „Bruder Johannes“ in immer neuen Witzten bewältigt, meinte allerdings, für die SPD sei dieser Vorsitzende der richtige, solange in Bonn „der Leutnant mit der Lotsenmütze“ kommandiere, denn

„zwei von der Sorte Helmut Schmidt“ könne die Partei wohl nicht ertragen.

Aber wichtiger als diese Personenbeurteilung waren für viele Delegierte die Andeutungen in der Rau-Rede und die nur in Hintergrundgesprächen auf dem Parteitag sichtbar gewordenen Lageeinschätzungen führender Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr. Die Aufforderung Raus, im neuen Landtag wieder stärkste Fraktion zu werden, und die vorsichtig in die Welt gesetzten Koalitionsbedingungen an die FDP, vor allem die flächendeckende Einführung der Gesamtschule als „Angebot an die Eltern“, spiegeln das kritisch gewordene Verhältnis der SPD zu ihrem kleinen, aber notwendigen Koalitionspartner FDP. Anders als 1970 und 1975 kalkuliert die SPD für das Frühjahr 1980 auch den parlamentarischen Tod der FDP ein und wächst die Angst in der Partei, in diesem Fall hilflos zusehen zu müssen, wie die CDU mit ein oder zwei Mandaten Vorsprung die absolute Mehrheit und damit die Macht zurückerobert.

Da man aber dem Partner schlecht den politischen Tod voraussagen kann und gleichzeitig die kompromißmüden SPD-Wähler neu motivieren muß, um auch für diesen Fall gerüstet zu sein, wird die SPD in Zukunft gezwungenermaßen doppeltzünftig agieren: Sie muß den schlechten Nebenmann weiter stützen und sich gleichzeitig um eine absolute Mehrheit bemühen, die die FDP überflüssig macht.

Dieses Doppelspiel wurde in Herne auch im Verhältnis zum FDP-Landesvorsitzenden Riemer deutlich. Offiziell gab es Kritik für den angeschlagenen Wirtschaftsminister, hinter den Kulissen bangt die SPD, den unbeliebten, aber berechenbaren und nach dem Sieg der Kernkraftfreunde auf dem Bremer FDP-Bundesparteitag in seinem Widerstand gegen den Schnellen Brüter nicht mehr gefährlichen Riemer zu verlieren. Denn ein unabhängiger und „rechter“ Politik zuneigender Lambsdorff als Nachfolger des FDP-Landesvorsitzenden ist ein Alptraum führender Sozialdemokraten, die sich offenbar dem Grafen nicht gewachsen fühlen. Im Parteivorstand hofft man deswegen, daß sich Riemer halten kann, statt dessen der aufmüpfige und höchst unbequeme FDP-Fraktionschef Koch gehen muß und der als linksliberal geltende Heinz Nachfolger wird. Doch öffentlich auszusprechen wagt dies kein Sozialdemokrat, weil das den Rau-Kompagnon Riemer weiter beschädigen und dem Heinz-Rivalen Dorn nur nützen könnte.

Neue Rhein Zeitung

Die SPD bekannte sich klar zu Rau

„Traum-Wahlergebnis“

Von HORST-WERNER HARTELT

HERNE. Vor zwei Jahren wurde Johannes Rau nur mit zwei Stimmen Vorsprung zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt, am letzten Wochenende jedoch stimmten beim Dritten Landesparteitag 293 von 307 Delegierten für ihn. „Dies hätte ich nicht einmal zu träumen gewagt“, bekannte Rau.

Die jetzt noch „irrtümlich“ (Rau) CDU wählenden Bürger will der Ministerpräsident auf seine Seite ziehen und die SPD schon 1980 wieder zur stärksten Partei in NRW machen. Das Land dürfe keinesfalls „die Beute“ von Köppler und Biedenkopf werden.

Mit der FDP möchte Rau die Koalition mindestens bis 1985 fortsetzen. In der Kernenergie-debatte zeigte der Ministerpräsident und Landesvorsitzende einen Kompromiß auf, der von den über 300 Delegierten angenommen wurde: Die Kernkraft soll unter Wahrung aller nur erdenklichen Sicherheitsauflagen genutzt und das Zwischenlager in Ahaus gebaut werden, wenn ein anderes Bundesland das Endlager für den Atom Müll besorgt.

Neue Rhein Zeitung

Raus Sieg

Dem Landesvorsitzenden Rau ist ein Wahlerfolg beschieden, den kein anderer vor ihm verbuchen konnte. Weder Heinz Kühn noch Werner Figgen sammelten so viele Stimmen!

Die SPD hat damit deutlich und verbindlich gemacht, daß sie in Rau auch den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl sieht. Der Sieg von Herne wird dem Ministerpräsidenten si-

cherlich gut tun, zumal er selbst bekannte, daß ihm ein „publizistisches Tief“ — gemeint war das schlechte Echo auf seine Regierungstätigkeit in den ersten Monaten — mächtig in die Glieder gefahren war.

Zum Jubel besteht dennoch kein Anlaß, obgleich die SPD nach langer Zeit des Hin und Her den Eindruck einer wieder in sich geschlossenen Partei vermittelte. Diskussionen arteten da schon in einmütige

Langeweile aus, so daß Raus Strategieziel, von der CDU fehlende Stimmen zu holen, leider keine ausreichende Erörterung fand.

Wäre es nicht besser, zunächst einmal die „Grünen“ anzupfeilen? Wenn sie so stark bleiben wie bei der Europawahl, wird manche SPD-Hochburg schon bei den Kommunalwahlen ihr blaues bzw. tieferes Wunder erleben.

Horst-Werner Hartelt

Süddeutsche Zeitung

18. Juni 1979

Rückenstärkung für Rau

Parteitag bestätigt den nordrhein-westfälischen SPD-Vorsitzenden im Amt

Von unserer Redaktion Rhein-Ruhr

sk. Düsseldorf, 17. Juni

Der nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Johannes Rau ist am Wochenende mit einem eindrucksvollen Vertrauensvotum in seinem Amt bestätigt worden. Auf einem Landesparteitag in Herne wurde Rau mit 293 Delegiertenstimmen bei nur zwölf Neinstimmen und zwei Enthaltungen erneut an die Spitze des mit 300 000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverbands gewählt. Seine beiden bisherigen Stellvertreter, Bundesgesundheitsministerin Antje Huber und Bundesratsminister Christoph Zöpel, wurden mit deutlich schlechteren Ergebnissen ebenfalls wiedergewählt.

Raus Grundsatzreferat stand im Zeichen der kommenden Wahlauseinandersetzungen, der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl am 30. September, der Landtagswahl am 11. Mai nächsten Jahres sowie der kommenden Bundestagswahl. Als „stärkste Kraft in der Bundesrepublik“ wolle die nordrhein-westfälische SPD die Voraussetzungen dafür treffen, „daß Helmut Schmidt im Oktober 1980 wieder Bundeskanzler wird“, sagte Rau unter dem Beifall der Delegierten. Bei der Landtagswahl wolle die SPD wieder die stärkste Fraktion im Düsseldorfer Landtag werden, und bei der Kommunalwahl werde man vor allem im ländlichen Bereich noch „einiges hinzulegen“.

Rau kritisierte in diesem Zusammenhang seinen Koalitionspartner Horst-Ludwig Riemer (FDP), der vom „Machtkartell“ der SPD-Oberbürgermeister gesprochen hatte. Kritik an der FDP übte Rau auch im Rückblick auf das koalitionsinterne Gerangel um die Einführung des 10. Pflichtschuljahres. Es dürfe „nicht so lange öffentlich hin- und hergehen“, sagte Rau in Anspielung auf den heftigen Widerstand Riemers gegen diese Reform. Gleichwohl machte Rau aber deutlich, daß er die Zusammenarbeit mit der FDP, die er als „gut und erfolgreich“ be-

zeichnete, auch bis 1980 hinaus fortsetzen wolle. Als eine dieser Voraussetzungen dafür nannte Rau eine Einigung darüber, daß ab 1980 die Gesamtschule als Angebotsschule neben den anderen herkömmlichen Schultypen flächendeckend eingeführt wird.

Zweites großes Diskussionsthema neben der Bildungspolitik war in Herne die Energiepolitik. Beschlossen wurde ein Leitentscheid des Landesvorstands, in dem die Entscheidung für oder gegen Kernenergie offengehalten wird. Betont wurde darin der Vorrang der Sicherheit sowie die Notwendigkeit klarer Entscheidungen in der Entsorgungsfrage. Für den im Bau befindlichen Schnellen Brüter in Kalkar werde keine weitere Teilerrichtungsgehmigung erteilt, bevor nicht die Enquete-Kommission des Bundestages „unseren Sachverstand erhöht, unsere Gewissen geschärft, unsere Entscheidungen möglich gemacht hat“, sagte Rau, dessen behutsame Politik auf dem Gebiet der Kernenergie bestätigt wurde.

Angesichts des guten Abschneidens der „Grünen“ bei der Europawahl kündigte Rau an, der zurückgetretene Landwirtschaftsminister Diether Deneke solle eine leitende Funktion in der Umweltschutzpolitik der Partei erhalten.

Ebenfalls Rückendeckung der Delegierten bekam Rau für die von seinem Kabinett verabschiedeten neuen Grundsätze zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Nachdem Jusos-Vorsitzender Jochen Stemplewski die neue Regelung als zu wenig liberal kritisiert hatte, votierten die Delegierten mit Mehrheit für einen Antrag, der die Regierungspolitik voll unterstützt. Rau verteidigte die neuen Grundsätze mit dem Hinweis, daß sie eine Chance böten, nunmehr eine veränderte Praxis durchzusetzen. Die bloße Mitgliedschaft in der DKP sei in Nordrhein-Westfalen künftig kein Grund mehr, einen Bewerber vom öffentlichen Dienst auszuschließen.

Neue Rhein Zeitung

Rau kritisiert erstmals Riemer

Der SPD-Parteitag duckte Zöpel und feierte Deneke

Von unserem Redaktionsmitglied

H.-W. H. HERNE. „Es war kein gutes Wort von Riemer“, monierte SPD-Landesvorsitzender Johannes Rau vor den 318 Delegierten des Parteitages. Unlängst hatte Riemer von einem „Machtkartell der Oberbürgermeister“ gesprochen und damit SPD-Stadtväter aufgebracht. Rau wies am Wochenende seinen Stellvertreter im Kabinett, den FDP-Landesvorsitzenden Riemer, zurecht, indem er u. a. sagte, dieses „Kartell“ müsse bei der Kommunalwahl noch vergrößert werden.

Auch dies, wie überhaupt die schwungvolle Rede insgesamt, begeisterte die Delegierten derart, daß Rau das beste Wahlergebnis seiner ganzen politischen Laufbahn erreichte.

Anders erging es seinem Vize im Landesvorstand. Von 309 Stimmen fielen auf Dr. Christoph Zöpel nur 214, während Frau Antje Huber immerhin

261 quittierte. Als obligatorische Blumensträuße auf die Tribüne getragen wurden, wollte der deprimierte Zöpel erst gar nicht aufstehen. Der Nein-Block gegen ihn „ist die Quittung für Arroganz und Ellbogen eines sonst sehr intelligenten Aufstiegers“, kommentierten Delegierte.

Der gefeierte Mann des Tages war Landwirtschaftsminister

Diether Deneke. Als Rau ihm für 12 Jahre Regierungsarbeit dankte, umjubelte der Parteitag den Sechzigjährigen. Deneke soll jetzt bestimmte Aufgaben beim Parteiland übernehmen, um sein „Fachwissen“ wie Rau meinte zu nutzen. Umweltschutzbeauftragter der SPD wurde er jedoch nicht, obwohl es mancher erwartet hatte.

In Herne sachliche Debatte über Energie und Regelanfrage

Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD / Unerwartet

hohe Zustimmung für Rau als sozialdemokratischen Landesvorsitzenden

Von unserem Korrespondenten Hartwig Suhrbier

HERNE, 17. Juni. Als solidarische und handlungsfähige Organisation präsentierte sich der mit 300 000 Mitgliedern stärkste SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen am Wochenende auf seinem Landesparteitag in Herne.

So wurde Ministerpräsident Johannes Rau mit 293 Stimmen bei zwölf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen auf weitere zwei Jahre in seinem Amt als SPD-Landesvorsitzender bestätigt; diese unerwartet hohe Zustimmung ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß Rau 1977 mit nur wenigen Stimmen Mehrheit gegen seinen Konkurrenten Friedhelm Farthmann zum Landesvorsitzenden und 1978 ebenfalls nur mit knappem Vorsprung gegen Dieter Posser zum Ministerpräsidentenkandidaten gekürt worden war.

In den beiden am längsten diskutierten Sachfragen — energiepolitische Grundsätze und Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz — entschied der Parteitag nach durchwegs sachlicher Debatte ebenfalls mit großen Mehrheiten.

In der Energiefrage bekräftigte die nordrhein-westfälische SPD ihre Politik des eindeutigen Vorranges für die Kohle und die Bindung der Zulassung weiterer Kernkraftwerke an das Vorliegen eines Entsorgungskonzepts und strenger Sicherheitsauflagen. Zugleich wurde die Bereitschaft zur Errichtung eines Entsorgungs-Zwischenlagers erstmals ausdrücklich von der Bereitschaft der anderen Bundesländer abhängig gemacht, sich an der Subventionierung der Steinkohle zu beteiligen, da alle Länder von der zur Verstromung geförderten Steinkohle profitierten. Es gehe nicht an, so hieß es, daß Nordrhein-Westfalen die Steinkohlelasten alleine trage und auch noch den anderen Bundesländern ihren Atommüll abnehme.

Der Parteitag bekräftigte, daß gegenwärtig weder eine Entscheidung für den verstärkten Ausbau der Kernenergie noch für einen endgültigen Verzicht darauf möglich sei und diese Frage daher offen bleiben müsse.

Als eigenen Beitrag zu einer Klärung des Hochtemperaturreaktors zur Gewinnung von Hitze für chemische Prozesse weitertreiben.

Neue Teilerrichtungsenehmigungen für den umstrittenen Schnellen Brüter in Kalkar solle es erst geben, wenn der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages über die Sicherheitsfragen vorliegt.

Die SPD, so erklärte Rau, werde sich von keiner Partei übertreffen lassen in der Ernsthaftigkeit, mit der sie die Ängste und Sorgen der Bürger anhöre, und in der Gewissenhaftigkeit, mit der sie darauf reagiere. Rau warf in diesem Zusammenhang dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) vor, sich mit seiner Haltung zur Entsorgungsfrage aus der Verantwortung zu stehlen; Nordrhein-Westfalen sei ferner nicht bereit, dem bayerischen Wirtschaftsminister Jaumann (CSU) die Weigerung Bayerns, kein Zwischenlager zu bauen, durchgehen zu lassen.

Die vom Landeskabinett vor kurzem vorgelegten neuen Grundsätze für das

Einstellungsverfahren zum öffentlichen Dienst mit der Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz und der Abkehr von der Ablehnungspraxis aufgrund einer bloßen Mitgliedschaft in einer Organisation, wurden vom Parteitag begutachtet. Zugleich wurden Konkretisierungen der Neuregelungsgrundsätze und entsprechende Anweisungen an die Verwaltung verlangt, um Mißbrauchsmöglichkeiten einzuzengen.

Die Entscheidung der schon länger schwebenden „Alt Fälle“ solle unverzüglich auf der Basis der neuen Grundsätze erfolgen. Wie dazu am Rande des Parteitages verlautete, hat die Kabinett inzwischen bereits vier solcher Fälle positiv und zwei negativ entschieden.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Rau es als die historische Chance der SPD in den 80er Jahren bezeichnet, das Gespräch zwischen den Jungen und den Alten wieder in Gang zu bringen; auf diesem Wege solle bei den Jungen die Staatsverdrossenheit und bei den Alten das Gefühl der Überflüssigkeit abgebaut werden.

Düsseldorfer Nachrichten

Johannes Rau: Auf SPD-Parteitag voll durchgesetzt

Herne (-tag). Der Landesparteitag der SPD in Herne wählte den SPD-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau mit 293 Stimmen, das sind 95 Prozent, bei zwölf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wieder. Mit überwältigender Mehrheit setzte sich Rau auch in den kritischen Fragen der Energiepolitik und der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst durch.

Bis 1980 stellte Rau seiner Landespartei drei Ziele: Mehr SPD-Oberbürgermeister und Bürgermeister bei den Kommunalwahlen am 30. September, stärkste Landtagsfraktion werden bei den Landtagswahlen im Mai, wieder ein Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl im Oktober 1980.

Ruhr Nachrichten

SPD-Landesparteitag geschlossen hinter Rau

Überwältigende Mehrheit bei Wahl zum Vorsitzenden

Herne. (Elg. Ber.) Der Landesparteitag der SPD in Herne hat Ministerpräsident Rau mit überwältigender Mehrheit erneut zum NRW-Landesvorsitzenden gewählt. Er erhielt 293 von 307 abgegebenen Stimmen. Rau, der vor zwei Jahren in einer Kampfabstimmung gegen Friedhelm Farthmann zum erstenmal zum Landesvorsitzenden gewählt worden war, zeigte sich selbst vom Ergebnis überrascht. Schon 270 Stimmen, so sagte er, habe er vor der Wahl am Samstag für ein Traumergebnis gehalten.

In seiner Rede vor dem Parteitag am Samstag sagte Rau, für die Kommunalwahl am 30. September müsse es das Ziel der SPD in NRW sein, für ein Land mit sozialdemokratischen Gemeinden zu sorgen. In Hinblick auf die Landtagswahlen müsse sich die SPD einmal zum Ziel setzen, stärkste Fraktion im Landtag zu werden, zugleich müsse sie ihre Politik jedoch so gestalten,

daß die Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit mit der FDP gegeben seien. Bei der Bundestagswahl müsse die SPD in NRW sich dafür einsetzen, daß Bundeskanzler Schmidt „mit noch größerem Vertrauensbeweis“ in Bonn weiterregieren könne.

Zur Kritik an seinem Führungsstil

erklärte der Parteivorsitzende und Ministerpräsident, es werde bei der „Schriftfolge anhören, nachdenken, antworten, entscheiden“ bleiben.

Für die angestrebte Fortsetzung der Koalition mit der FDP in Düsseldorf nannte Rau als Voraussetzung, die Einführung der integrierten Gesamtschule überall dort, wo es von den Eltern gewünscht werde sowie die klare Darstellung sozial-liberaler Entscheidungen, wenn sie einmal gefallen seien.

Frankfurter Allgemeine

18. Juni 1979

„Ohne den Kanzler keine Chance zum Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen“

Rau mit großer Mehrheit wieder Landesvorsitzender der SPD

L. B. DÜSSELDORF, 17. Juni. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau hat jetzt die Hände frei für den Landtagswahlkampf im kommenden Frühjahr. Die SPD bestätigte ihn auf dem Landesparteitag am Wochenende in Herne mit 293 der 307 Delegiertenstimmen als Vorsitzenden. Das mußte für Rau, der erst in zwei schweren Positionskämpfen gegen seine Konkurrenten Farthmann und Posser den Weg an die Spitze der Partei und der Regierung in Düsseldorf schaffte, Selbstvertrauen bringen. Aber Rau unterschätzt die Schwierigkeit seiner Aufgabe nicht. Er redete der Partei in Herne einige Wahrheiten ins Gewissen, damit sie nicht später von widrigen Entwicklungen überrascht werde.

„Ohne Helmut Schmidt können wir nicht gewinnen bei der Landtagswahl.“ Dies war das erste Eingeständnis mangelnder Zugkraft, die Rau und seine SPD gegenüber dem CDU-Gespann Köppler/Biedenkopf sehen. Zum zweiten setzt Rau kein Vertrauen mehr in die Überlebenskraft der FDP als Mehrheitsbeschaffer. „Wir müssen ins Plus kommen, die Sozialdemokraten müssen stärkste Fraktion im Landtag werden.“ Das war der Aufruf, den Zwei-Prozent-Abstand hinter der CDU 1980 wieder aufzuholen. Wenn die Liberalen draußen vor der Tür bleiben sollten, muß die SPD die Nasenlänge vorn haben, weil sonst die CDU aus eigener Kraft die Regierung stellt. Am Rande dieses SPD-Parteitages wurde die Lage der FDP als „verworfen bis desolat“ eingeschätzt.

Über die Strategie hat Rau andere Vorstellungen als seine Partei. Die SPD will „die Grünen“ zurückgewinnen, die es bei der Europawahl in Nordrhein-Westfalen schon auf drei Prozent brachten. Rau dagegen möchte ins CDU-Lager einbrechen. Mit seiner „Politik der Bürgernähe und der Zuwendung“ verspricht er sich langfristig mehr. Rau brachte das auf die Formel: „Wir müssen darauf achten, daß die Grünen sich nicht stabilisieren, aber unser eigentliches Potential liegt bei denen, die immer noch irrtümlich CDU wählen in Nordrhein-Westfalen.“ Der Ministerpräsident, der selbst als Sozialdemokrat noch wie ein pictistischer

Prediger die Herzen erwärmen kann, erwähnte Brandt nicht ein einziges Mal. Er warnte davor, der Jugend einfach nach dem Munde zu reden.

Das wurde auch in der Sache deutlich, etwa in einigen energiepolitischen Korrekturen. Folgt man den Parteitagebeschlüssen, dann bleibt es zwar beim „Vorrang für die Kohle“. Wie könnte das im Ruhrgebiet anders sein? Aber der Schnelle Brüter von Kalkar wird weitergebaut, der Hochtemperaturreaktor weiter entwickelt, das Genehmigungsverfahren für die zeitlich begrenzte Atom-Müll-Deponie in Ahaus weiter betrieben. Alle Beschlüsse dieser Art machte Rau mehrheitsfähig, indem er sie mit großen Sicherheitskautelen überhöhte. Er gestand der Partei sogar einen „Erpressungsversuch“ zu, der mit Sicherheit im Bundesrat nicht zu verwirklichen ist: andere Bundesländer dürfen atomare Abfälle ihrer Kernkraftwerke in Ahaus später nur deponieren, wenn sie sich verpflichten, mehr Steinkohlenstrom von der Ruhr abzunehmen. Atommüll nur gegen Abbau von Kohlenhalde, so könnte man diese Politik bezeichnen.

Es ist auf Parteitagen Pflicht, den politischen Gegner herabzusetzen. Rau tat das in Herne mit jenem Übermaß, in dem immer noch ein Körnchen Wahrheit steckt: „Köppler und Biedenkopf haben sich gegenseitig entdeckt, um Kohl zu demonstrieren. Nun sind sie bei einer internen Arbeitsteilung. Der eine hat das Feld für landespolitische Sprüche frei, der andere darf in Bonn mit Strauß die CDU nach rechts rücken. Dieses Land ist aber keine Beute, die zwei Leute unter sich aufteilen können.“ Rau verhehlte nicht, daß er dabei über die Stagnation der SPD beunruhigt ist. Sie dürfe erstens nicht „Kriegsschauplatz für den Glaubenskampf werden zwischen Gegnern und Befürwortern der Kernenergie“. Und sie solle künftig wieder Mitglieder werben, in den nächsten zwei Jahren mindestens zehn Prozent zu den derzeit knapp 300 000 Parteigängern hinzugewinnen. Die Antwort auf Biedenkopfs Filzokratie-Vorwurf zwischen SPD und Gewerkschaften lautet dann: man sei eine „Gesinnungsgemeinschaft“, die gemeinsam die Ärmel hochkrempelt.

Rheinische Post Rau klar im Amt bestätigt

Eigener Nachrichtendienst

Herne — Der nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende Ministerpräsident Rau ist am Wochenende auf dem Landesparteitag in Herne überzeugend im Amt bestätigt worden. Rau, der vor zwei Jahren mit nur zwei Stimmen seinen Gegenkandidaten Farthmann schlagen konnte und 1978 bei der Wahl des Kühn-Nachfolgers seinen Konkurrenten Posser nur knapp überrundete, hatte diesmal keinen Mitbewerber und bekam 293 der 307 Delegiertenstimmen. In seiner Rede nannte Rau das Verhältnis der Sozialdemokraten in NRW und dem Bund einen „Pakt auf Gegenseitigkeit“. So „wie wir ohne Helmut Schmidt nicht gewinnen können bei der Landtagswahl, so haben wir bisher in NRW dafür gesorgt, daß in Bonn Sozialdemokraten regieren können.“ Während der Ministerpräsident die CDU scharf angriff, kritisierte er den Koalitionspartner FDP punktuell und knüpfte die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition nach der Landtagswahl 1980 an vorsichtig formulierte Bedingungen. (POLITISCHE UMSCHAU)

Westfälische Rundschau

(Auf dem Herne SPD-Landesparteitag kürzelnde „Resolution“. Über die freilich nicht abgestimmt wurde.)

„Wir begrüßen die Initiative des neuen Landwirtschaftsministers Hans-Otto Bäumer, im Bereich der geplanten Autobahn durch das Rothaargebirge (A 4) den berechtigten Anliegen der umweltbewußten breiten Schichten unseres Volkes dadurch Rechnung zu tragen, daß auf der Trasse und den sie begrenzenden Sonnenseiten der Böschungen Hopfen, Gerste und Rebstöcke anzupflanzen sind.“

Durch diesen flächendeckenden Anbau, der auch auf das Münsterland und andere Gegenden übertragen werden kann, ist der Preis für Bier, Korn und Wein um mindestens 20 Prozent zu senken.

Der Landesparteitag erwartet die baldige Erfüllung dieses Antrages; dies ist durch ein Schwerpunkt-Investitionsprogramm zu gewährleisten. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Hopfenkonferenz unter Einschuß aller „Fachleute“ einzuberufen, um die erwartenden Alkoholpreise möglichst niedrig festzusetzen.“

Rau kündigt Fortschreibung des Nordrhein-Westfalen-Programmes an

Wolf Bierbach berichtet in „Forum West“ / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(18. Juni 1979)

Moderatorin: Wie in Bremen bei den Freien Demokraten auf ihrem Bundesparteitag ging es auch bei den Sozialdemokraten Nordrhein-Westfalens in Herne um dieses Thema, nachdem Ministerpräsident Johannes Rau in seinem Amt als Vorsitzender der Partei bestätigt worden war. Hören Sie dazu Wolf Bierbach:

Ministerpräsident Johannes Rau: Ich bin ja bei diesen beiden Parteitagen gewissermaßen Spezialist für knappe Mehrheiten geworden. Ich will das ändern, es muß mehr werden.

Wolf Bierbach: Auf dem 5. ordentlichen Landesparteitag der SPD am Samstag in Herne machte der amtierende Landesvorsitzende, Ministerpräsident Johannes Rau, gleich zu Beginn seines einstündigen Rechenschaftsberichtes einen selbstironischen historischen Schlenker. Er erinnerte die mehr als 300 Delegierten an knappe Parteitagsscheidungen der Vergangenheit. So hatte sich Rau im Juni 1977 auf dem 4. SPD-Landesparteitag in Duisburg erst im zweiten Wahlgang mit denkbar knapper Mehrheit von drei Stimmen gegen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann als Landesvorsitzender durchsetzen können, und auf einem Sonderparteitag wiederum in der Mercatorhalle in Duisburg war er im September des vergangenen Jahres mit nur 11 Stimmen Vorsprung vor Finanzminister Diether Posser zum Kandidaten der Sozialdemokraten für das Amt des Ministerpräsidenten gekürt worden, in das er wenig später auch vom Landtag gewählt wurde. Im Vorfeld des Herner Parteitages hatte es so ausgesehen, als ob Rau mit einer erheblichen Zahl von Gegenstimmen rechnen müsse, doch es kam ganz anders. In den Vorbesprechungen der vier Parteibeirke wurden die Delegierten am Samstagmorgen ganz auf Solidarität eingeschworen, und die wurde dann auch erzielt. 293 oder 95 Prozent der Delegierten gaben Johannes Rau ihr Ja, nur ganze 12 stimmten bei zwei Enthaltungen mit Nein. Dieses überzeugende Votum hatte Rau selbst nicht erwartet. Er räumte vor der Presse ein, er hätte schon 270 Ja-Stimmen für ein Traumergebnis gehalten. Die Einmütigkeit kam natürlich nicht zuletzt mit Blick auf die kommenden Wahlen zustande, vor allem die Kommunalwahlen vom 30. September, für die Rau folgende Losung ausgab.

Ministerpräsident Johannes Rau: Es war kein gutes Wort von Horst-Ludwig Riemer, daß er auf dem FDP-Parteitag vom Machtkartell der Oberbürgermeister gesprochen hat. Aber der Hinweis auf dieses Machtkartell der Oberbürgermeister veranlaßt mich zu dem Hinweis, da sind noch Plätze frei, da müssen noch einige hinzukommen, der Kreis muß erweitert werden.

Wolf Bierbach: Dieser Seitenhieb auf Riemer blieb übrigens die einzige Kritik am liberalen Koalitionspartner in Düsseldorf, der Rau in den letzten Wochen das Regieren nicht immer leicht gemacht hat. Um so schärfer nahm Rau natürlich die CDU-Opposition an, auch, um sich selbst zu rechtfertigen.

Ministerpräsident Johannes Rau: Seit 1970 dreht Heinrich Köppler jeden Dienstag um 14 Uhr im Landtag die Gebetsmühle seiner Pressekonferenz. Und außer den Grußworten hat er noch drei Worte, die kommen in jeder dieser Pressekonferenzen vor, „die Regierung ist entscheidungsarm; führungsschwach und verbraucht.“ Das ist seit Juli 1979 die These von Heinrich Köppler. Wir werden dafür sorgen, daß er sie mindestens bis 1985 immer wieder drehen kann, diese

Gebetsmühle, wenn ihm schon nichts anderes einfällt. Die Vollmundigkeit, mit der Heinrich Köppler solche Thesen verbreitet, sagt aber nichts über unsere Art des Regierens und des Handelns. Eine Union im Zerfall, eine Union, die im Personengerangel, voll beschäftigt ist, fällt für Sachfragen aus und schlingert herum und hat nicht mehr anzubieten als die Monotonie ihrer Gebetsmühle.

Wolf Bierbach: Als Beweis für die Handlungsfähigkeit seiner Regierung nannte er fünf Punkte: den nach langen Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister erzielten Ausgleich für den Ausfall der Lohnsummensteuer, das 10. Pflichtschuljahr, das der Landtag in der letzten Woche beschlossen hat, die Erteilung der 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Versuchsreaktor vom Typ „Schneller Brüter“ in Kalkar, die Ruhrkonferenz und die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei der Einstellung von Beamtenanwärtern. Im Zusammenhang mit der Ruhrkonferenz kündigte Rau übrigens die Fortschreibung des unter seinem Vorgänger Heinz Kühn 1970 vorgelegten Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 an.

Ministerpräsident Johannes Rau: Und wenn wir es als Gesamtregierung nicht hinkriegen, machen es die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung und Gefahr und auf ihren Erfolg hin.

Wolf Bierbach: Hier deutete sich an, daß sich der Regierungschef des Regierungspartners doch nicht ganz so sicher ist. Aber nicht die Ruhrkonferenz, sondern die Kernenergiefrage und das Extremistenproblem waren die zentralen Punkte der Diskussion auf dem Parteitag. Den Delegierten lagen mehrere Anträge von Unterbezirken vor, auf den Ausbau der Kernkraftwerke überhaupt zu verzichten. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten war ihnen mit einem Leitantrag begegnet, in dem einerseits der Kohle absolute Priorität bei der Energieversorgung eingeräumt wird, andererseits aber nicht auf die Kernenergie verzichtet wird. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen vielmehr unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen weitergebaut und betrieben werden, und auch der Hochtemperaturreaktor bei Schmehausen soll weiterentwickelt werden, weil er Prozeßwärme für die Kohleverflüssigung liefern wird. Das bei Ahaus geplante Zwischenlager für ausgebrannte Reaktorelemente soll nach dem Willen der SPD allerdings nur dann genehmigt werden, wenn feststeht, wohin der Atommüll nach der Zwischenlagerung gebracht wird. Weitere Teilerrichtungsgenehmigungen für den „Schnellen Brüter“ in Kalkar machte der Parteitag von dem Bericht der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission abhängig. Der Leitantrag zur Extremistenfrage entsprach im wesentlichen dem vor gut 14 Tagen gefaßten Beschluß der Landesregierung, Bewerber für den öffentlichen Dienst sollten über ihre besondere Treuepflicht zur Verfassung belehrt werden und eine Erklärung unterschreiben, daß sie keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen unterstützen. Nach langen Diskussionen, in die auch fast alle sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung eingingen, beschloß der Parteitag, auf diese schriftliche Erklärung solle verzichtet werden, weil die geltenden Beamtengesetze ausreichen, um einen Beamten bei einem Verstoß gegen die Verfassung zu entlassen. Im Kern setzten sich aber auch hier Rau und der SPD-Landesvorstand durch, wurde auch Einigkeit nicht nur demonstriert. Die SPD in Nordrhein-Westfalen zeigte sich in Herne als konsolidierte und handlungsfähige Partei.

DIE PARTEIEN IN BEWEGUNG

Kommentar von Dr. Wolfram Köhler / Westdeutscher Rundfunk, II. Programm
(18. Juni 1979, 17.55 Uhr)

Wenn vor Wochen noch darüber geklagt wurde, daß die Parteien sich in starren Fronten unbeweglich gegenüber stehen, so trifft diese Beschreibung heute nicht mehr zu. Innerhalb von Nordrhein-Westfalen ist Bewegung in die politische Landschaft gekommen und die Parteien führen lebhaft interne Diskussionen, die sich freilich vor allem um Personen drehen. Doch Personen repräsentieren immer auch politische Ansichten.

Dabei stehen die Sozialdemokraten im Augenblick am besten dar. Sie haben am Wochenende ihrem Landesvorsitzenden Johannes Rau in einem Maße das Vertrauen ausgesprochen, wie das in dieser Eindeutigkeit vorher von ihm selbst nicht erwartet worden war. Verstummt waren auf dem SPD-Parteitag in Herne die selbstkritischen Debatten über Führungsschwäche. Nicht mehr geredet wurde von einer möglichen Amtertrennung zwischen Parteiamt und Ministerpräsidentschaft. Rau ist in Herne bereits als der unumstrittene Spitzenkandidat der SPD für die bevorstehenden Wahlen herausgestellt worden. Diese Solidaritätskundgebung wird den Sozialdemokraten neues Selbstbewußtsein geben.

Aber während sich die SPD schon in der Hoffnung wiegt, bei der Landtagswahl 1980 wieder stärkste Partei in Nordrhein-Westfalen werden zu können, klappt die FDP als Koalitionspartner immer mehr zusammen. Die Freien Demokraten wollen ihren Parteivorsitzenden Riemer nicht länger ertragen. Das haben sie in der vergangenen Woche in mehreren internen Sitzungen deutlich bekundet. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden folgen. Die FDP wird auf diese Weise noch eine Weile mit sich beschäftigt sein. Dabei lauten die offenen Fragen: wann wird Riemer abgelöst und wie? Wer soll ihn ersetzen als Parteivorsitzender und als Wirtschaftsminister? Denn ein Politiker, dem die eigene Partei die Führungsqualitäten abspricht, wäre, bliebe er in der Regierung, als Minister auch nur noch ein Gespött. Längst werden Namen genannt: Graf Lambsdorff als neuer FDP-Landesvorsitzender und Lieselotte Funcke als künftige Wirtschaftsministerin, also die Vizepräsidentin des Bundestages, die aus Hagen stammt und bei den Freien Demokraten Nordrhein-Westfalens politisch groß geworden ist. Abgesehen davon, daß sie beide nicht übermäßig drängen, reichen die personellen Sorgen der FDP aber noch weiter. Innenminister Hirsch will auf keinen Fall länger als bis 1980 im Amt bleiben. Er strebt wieder zurück in den Bundestag. Und der Fraktionsvorsitzende Hans Koch wird 1980 aus Altersgründen nicht mehr kandidieren. Drei wichtige Posten also sind bei der FDP neu zu besetzen. Die Freien Demokraten werden deutlich machen müssen, daß sie in der Lage sind, diese Vakanzen mit überzeugenden Politikern auszufüllen.

Die Unruhe, die gegenwärtig bei der CDU herrscht, kommt von außen. Strauß oder Albrecht — diese Frage spaltet auch in unserem Lande die Basis in zwei ungleiche Hälften. Dabei wäre die Mehrheitsgruppe der Albrecht-Freunde aber geneigt, Strauß hinzunehmen, wenn die Einheit der Union damit aufrecht erhalten bleiben könnte. Biedenkopf und Köppler sind an den zahlreichen Treffen und Hintergrundgesprächen führender CDU-Politiker intensiv beteiligt. Sollte der Kandidat Strauß heißen, dann würde mehr ein Seufzen denn ein Aufatmen durch die Reihen der Partei gehen — und die Stellung Köpplers und Biedenkopfs würde dadurch nicht einfacher werden. Sie müssen sich dann auch darauf einrichten, daß durch einen CDU-Kandidaten Strauß sich das Ruhrgebiet herrlich zu gunsten der SPD mobilisieren lassen würde. Auf dem Parteitag in Herne klang es manchmal so, als würde die SPD nur darauf warten.

Westfälischer
Anzeiger und Kurier

19. Juni 1979

SPD in Nordrhein-Westfalen von der Harmonie im eigenen Lager überrascht

Landesparteitag in Herne wurde zu einer Demonstration der Geschlossenheit

Von Christoph Lüttger

Düsseldorf (Inw). So schnell kann das gehen: Da hatten sich in der nordrhein-westfälischen SPD vor wenigen Monaten noch Depression und Mäkel am Partei- und Regierungschef Rau breitgemacht, und am vergangenen Wochenende überraschten sich auf dem Landesparteitag in Herne die Genossen selbst mit einer Demonstration der disziplinierten Geschlossenheit, des Kampferwillens und der Siegeszuversicht. Mehr als 95 Prozent der Delegierten-

stimmen für Rau — selbst alte Fabrikanten der Partei können sich nicht erinnern, daß es so etwas schon einmal gegeben hatte —, faire Diskussionen, keinerlei Flügelkämpfe und überzeugende Mehrheitsergebnisse im Sinne des Vorstandes zu so brisanten Themen wie Kernenergie und Extremistenproblematik. Die Harmonie war schon verblüffend. Den zahlenmäßig wie inhaltlich überzeugenden innerparteilichen Erfolg für Rau führen maßgebliche Genossen auf mehrere Ursachen zurück.

Bei vielen in der Partei habe sich die Einsicht breitgemacht, daß Raus sehr behutsamer Führungsstil — lange Zeit auch als Führungsschwäche verschrien — offenkundig die richtige Methode ist, um bei immer komplizierteren Sachverhalten und mit einem oft schwierigen, mitunter sogar unberechenbar wirkenden Koalitionspartner, der FDP, klarzukommen. „Was haben wir trotz dieser FDP am Ende aber eben doch mit ihr alles hingekommen, wieviele Konfliktmöglichkeiten wurden weggeräumt“, rechnete ein SPD-Spitzenpolitiker auf und führte als Beispiele an: Lehrerausbildung, zehntes Schuljahr, Abschaffung der Regelanfrage bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst.

Deutlich wurde in Herne auch, wie vorbildlich loyal die Landesminister Farthmann und Posser zu ihrem Kabinettschef stehen. Jeweils nur ganz knapp hatten

sie in den vergangenen Jahren Kampfabstimmungen einmal um den Parteivorsitz (Farthmann) und zum anderen um die Ministerpräsidentenkandidatur (Posser) gegen Rau verloren. In Herne hatten sie ihre Gefolgsleute für den ehemaligen Rivalen mobilisiert.

Voll genutzt hat die nordrhein-westfälische SPD ihre Chance, sich in Herne als stabile Kraft zu präsentieren, die weil die oppositionelle CDU mit dem Unionsstreit um den Kanzlerkandidaten beschäftigt ist und die Landes-FDP unter einer schweren Führungskrise leidet.

Der Wunsch, er möge den bei vielen Sozialdemokraten ungelebten Koalitionspartner doch nun auch mal deutlich annehmen, um die derzeitige konditionelle Überlegenheit der SPD herauszustreichen, war wiederholt an Rau herangetragen worden. Begrün-

dung: „Umgekehrt hätte es die FDP bestimmt so gemacht.“ Der aber untersagte sich jede arrogante Genugtuung. Nur zwei sehr zurückhaltend formulierte Bedingungen für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der FDP nach der Landtagswahl im Mai 1980 — flächendeckende Einführung der Gesamtschule als Angebotsschule, kein Zerreden einmal gefaßter Beschlüsse —, mehr war nicht drin.

Auffallend oft wiederholte Rau in Herne geradezu beschwörend seine Forderung, die SPD müsse aus der Landtagswahl im kommenden Mai als stärkste Fraktion hervorgehen. Wenn auch unausgesprochen spielte mit Sicherheit der Hintergedanke eine entscheidende Rolle, daß nach dem d'Hondtschen Zählverfahren die SPD dann auf die absolute Mehrheit der Mandate käme, würde die FDP unter die magische Fünf-Prozent-Grenze absacken.

Ergebnis fast erschreckend gut

SPD-NRW: Einschwenken auf Energiepolitik des Kanzlers. Von Bo Frenkel

Sanfte Zähmung der Partei durch Johannes Rau, Selbstbewußtsein gegenüber dem Liberalen, Votum für „bescheidene“ Nutzung der Kernenergie, Rücksicht auf Bürgersorgen – der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD zeigte Geschlossenheit.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten fühlen sich im Aufwind: Dafür sind nicht nur die Führungsdeklamationen in der sogenannten Union oder bei den Düsseldorfer Koalitionspartnern von der FDP verantwortlich, sondern die SPD an Rhein und Ruhr hat nach anfänglichem Zögern ihre eigene Führungsfrage klar und deutlich entschieden. Johannes Rau ist der Durchbruch gelungen. Sein Stil in der Partei, aber auch im Kabinett, hat sich durchgesetzt. Der „gute Mensch aus Wuppertal“ ist oben.

Auf dem Herner Landesparteitag am vergangenen Wochenende gab es keine Frage nach der Doppelbelastung von Amt und Mandat, nur selten und dann verhalten Kritik an Rau. Geschlossenheit hieß die Devise. Und so zielte die Wiederwahl Raus zum Landesvorsitzenden vom Ergebnis her schon

fast erschreckend gut aus: Von 307 Delegierten stimmten bei zwei Enthaltungen 293 für, zwölf gegen ihn. Der so gewährte Vertrauensvorschuß, Ergebnis auch der Regierungsarbeit Raus, der den leidigen Extremistenbeschuß kippte und die Ruhrkonferenz zum Erfolg führte, ist indes angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe im größten Bundesland auch als Ansporn zu verstehen. Rau will bei den Kommunalwahlen am 30. September aus Nordrhein-Westfalen ein „Land sozialdemokratischer Gemeinden“ machen. Ein halbes Jahr später, am 11. Mai 1980, lautet das Ziel bei der Landtagswahl: stärkste Fraktion im Düsseldorfer Parlament. Und bei den Bundestagswahlen im Oktober desselben Jahres soll Schmidt „mit einem noch größeren Vertrauensbeweis ausgestattet“ werden. Zudem will Rau den derzeit bei 300.000 stagnierenden Mitgliederbestand um zehn Prozent aufstocken.

Die „Politik der Zuwendung“, wie sie Rau betreibt, hat die eigene Partei indessen sanft gezähmt. Unangefochten hat sich selten ein Landesvorsitzender behauptet. Da kam sein Stellvertreter Christoph Zöpel, dessen po-

litische Karriere bis hin zum Bundesratsminister manchem Hinterbänkler in der eigenen Fraktion ein Dorn im Auge ist, schon ausgesprochen schlecht davon. Ihm verpassten die Delegierten einen „Denkzettel“. Sicher gelang dagegen Friedhelm Farthmann, vor zwei Jahren Rau im Wettstreit um den Landesvorsitz knapp unterlegen, der Sprung in den Vorstand.

Gesamtschule als Bedingung

Das gestiegene Selbstbewußtsein in der nordrhein-westfälischen SPD macht auch vor den liberalen Bündnispartnern nicht halt. Rau will ein Nordrhein-Westfalen-Programm 1985 (zuletzt gab es ein NWP 1975) auch dann, wenn die FDP, der er die Fortsetzung der Koalition angeboten hat, nicht mitzieht. Und für die Verlängerung des sozialliberalen Bündnisses diktiert Rau den in Existenznöten schwebenden Freidemokraten schon seine Bedingungen: auf keinen Fall ohne die flächendeckende Einführung der Gesamtschule als Angebotsschule.

Sachlich bemerkenswert wird der Herner Parteitag insbesondere durch sein eindeutiges Votum für die „bescheidene“ Nutzung der Kernenergie, wobei nach wie vor die nordrhein-westfälische Bedingung gilt, daß die Kohle Vorrang haben müsse. Weiter müsse das Entsorgungsproblem gelöst werden. Andere Bundesländer hätten sich zu einem stärkeren Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung zu verpflichten.

Unbestritten ist aber angesichts der Ereignisse im Iran, daß die Politik „weg vom Öl“ fortgesetzt und verstärkt werden müsse. Deshalb, so fordert der Parteitag, müsse „die Landesregierung ihren Beitrag zur Sicherung des technischen Wissens auf dem Gebiet der Kernenergie in der Bundesrepublik leisten“. Das heißt konkret: Weiterbau des Hochtemperaturreaktors, der helfen soll, Kohle zu verflüssigen oder zu vergasen. Auch der Schnelle Brüter ist damit bei weitem nicht abgeschrieben.

Das Einschwenken auf Schmidts Energiepolitik, bis vor kurzem kaum denkbar, will sich Rau jedoch nicht mit düsteren Aussichten auf die bevorstehenden Wahlgänge verunsichern lassen. Er gedenkt auch den Bürgersorgen Rechnung zu tragen, die SPD zum Kummerkasten der Nation zu machen. Einen Anfang hat Rau bereits gesetzt und Kontakt mit dem Bundesverband der Bürgerinitiativen aufgenommen.